

## Grünes Gedächtnis 2008





# GRÜNES GEDÄCHTNIS 2008

Bildnachweis:

Kapitel 1 (außer Foto Petra Kelly) und Kapitel 3: Archiv Grünes Gedächtnis

Kapitel 1, Foto Petra Kelly: *The Guardian*

Kapitel 2: Fotograf: Hermann Verbeek

Kapitel 4, Foto Wolfgang Ullmann: Robert-Havemann-Gesellschaft, Fotograf: Joachim Liebe

Kapitel 4, Plakat Radio Verte Fessenheim: Archiv der Sozialen Bewegungen Baden

Alle anderen Abbildungen: Archiv Grünes Gedächtnis

Grünes Gedächtnis 2008

Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung

1. Auflage, Berlin 2007

© Heinrich-Böll-Stiftung

Alle Rechte vorbehalten

Gestaltung: graphic syndicat, Michael Pickardt, Berlin

Druck: agit-druck, Berlin

ISBN 978-3-927760-76-9

Bestelladressen:

Archiv Grünes Gedächtnis der Heinrich-Böll-Stiftung, Eldenaer Straße 35, 10247 Berlin

**T** +49 30 28534-260 **F** +49 30 28534-5260 **E** [archiv@boell.de](mailto:archiv@boell.de) **I** [www.boell.de](http://www.boell.de)

Heinrich-Böll-Stiftung, Rosenthaler Str. 40/41, 10178 Berlin

**T** +49 30 285340 **F** +49 30 28534109 **E** [info@boell.de](mailto:info@boell.de) **I** [www.boell.de](http://www.boell.de)

HEINRICH BÖLL STIFTUNG

## **Grünes Gedächtnis 2008**



# INHALT

Vorwort	7
<b>1 Beiträge zur Zeitgeschichte</b>	
<b>Ruth A. Bevan</b> Petra Kelly: Die <i>andere</i> Grüne	10
<b>Andrea Humphreys</b> „Ein atomares Auschwitz“: Die Lehren der Geschichte und der Streit um die Nachrüstung	39
<b>2 Das historische Dokument</b>	
<b>Roland Vogt</b> Auf der Suche nach neuen Formen politischer Vertretung	64
Grundsatzreferat zum Kongress „Bürgerinitiativen vor Wahlen – Möglichkeiten und Alternativen“, veranstaltet vom Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) am 8./9. April 1978 in Kassel Kommentiert von <b>Christoph Becker-Schaum</b>	67
<b>3 Bestände im Archiv Grünes Gedächtnis</b>	
<b>Robert Camp</b> Das Petra-Kelly-Archiv	72
<b>Anne Vechtel</b> Die Plakatsammlung	76
<b>4 Archivprojekte</b>	
<b>Tina Krone</b> Der Nachlass von Wolfgang Ullmann im Archiv der DDR-Opposition	84
<b>Michael Koltan</b> Radio Verte Fessenheim	89
<b>Anne Vechtel</b> Bewegungsarchive im elektronischen Zeitalter – ein Tagungsbericht	94
<b>5 Rezension</b>	
<b>Marianne Zepp</b> Edgar Wolfrum: Die geglückte Demokratie	98
<b>6 Neuerscheinungen</b>	
Annotiert von Christoph Becker-Schaum und Anne Vechtel	106
Die Autorinnen und Autoren	113





# VORWORT

Anlässlich ihres 60. Geburtstags am 29. November 2007 steht Petra Kelly im Zentrum der zweiten Ausgabe des Jahrbuchs des Archivs Grünes Gedächtnis.

Der Aufsatz «Petra Kelly: The *Other Green*» der amerikanischen Politikwissenschaftlerin Ruth Bevan befasst sich mit der politischen Theorie Kellys und erscheint hier zum ersten Mal auf Deutsch. Frau Bevan hat ihn für die deutsche Veröffentlichung durchgesehen und um ein Kapitel erweitert.

Der zweite Forschungsbeitrag ist eine Zusammenfassung einer Doktorarbeit von Andrea Humphreys, die das Archiv zweimal, aus Australien kommend, für ihre Studien aufgesucht hat. Anhand der Geißler-Fischer-Debatte um die Verantwortung für Auschwitz im Deutschen Bundestag im Sommer 1983 untersucht Frau Humphreys die Berufung auf die Geschichte, insbesondere die des Nationalsozialismus und des Holocaust, in der politischen Auseinandersetzung. Wir wollen die Veröffentlichung von Forschungsergebnissen, die auf Studien in unserem Archiv basieren, gern zu einer Tradition machen.

Heute würde niemand mehr die Grünen als Anti-Partei-Partei bezeichnen, ein Begriff, den Petra Kelly zu Beginn der 1980er Jahre geprägt hat. Klar ist, dass er aus dem Bewegungserbe der Grünen stammt, aber er schillert in seiner Verwendung zwischen Systemopposition und dem Anspruch auf eine Erneuerung von Parteipolitik. Der Gedanke selbst ist älter als die Wortschöpfung. Das zeigt – als historisches Dokument – der Text von Roland Vogt aus dem Frühjahr 1978, in dem der Begriff zwar nicht als Wort vorkommt, aber die Sache, um die es geht, beschrieben wird.

Zwei Beiträge stellen Archivbestände vor. Robert Camp beschreibt den Nachlass von Petra Kelly. Inzwischen sind alle wesentlichen Teile des Nachlasses erschlossen, so dass sich nach jahrelanger Arbeit der Abschluss der archivischen Bearbeitung abzeichnet. Im zweiten Beitrag präsentiert Anne Vechtel die Plakatsammlung im Archiv Grünes Gedächtnis.

Im Anschluss finden Sie die von Tina Krone verfasste Beschreibung des Nachlasses von Wolfgang Ullmann, der sich im Robert-Havemann-Archiv befindet, und Michael Koltans Bericht über die Digitalisierung der in die Jahre gekommenen Mitschnitte der Sendungen von Radio Verte Fessenheim, des Piratensenders der Anti-AKW-Bewegung im französisch-deutsch-schweizerischen «Dreieckland». Anne Vechtels Bericht vom dritten Workshop der Bewegungsarchive, der im Juni 2007 in unserem Archiv stattgefunden hat, schließt diese Rubrik ab.

Wir haben uns vorgenommen, die voranschreitende Historisierung der Grünen, die Art und Weise, wie sie Gegenstand der Zeitgeschichte werden, im Auge zu behalten. Dabei verändert sich auch die zeithistorische Wahrnehmung der Bundesrepublik. Edgar Wolfrums *Die geglü ckte Demokratie* wird von Marianne Zepp besprochen. Was die weiteren Neuerscheinungen betrifft, haben wir uns diesmal mit der Annotierung einiger weniger Titel begnügen müssen.

Für das Zustandekommen des Jahrbuchs gilt allen Autorinnen und Autoren unser herzlicher Dank. Ein besonderes Dankeschön geht wieder an Anne Vechtel, die auch dieses Mal die erste Redaktion der Beiträge übernommen hat. Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, wünschen wir Interesse und Vergnügen bei der Lektüre.

Berlin, im Dezember 2007

Ralf Fücks

*Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung*

Christoph Becker-Schaum

*Leiter des Archivs Grünes Gedächtnis*

# **1 Beiträge zur Zeitgeschichte**

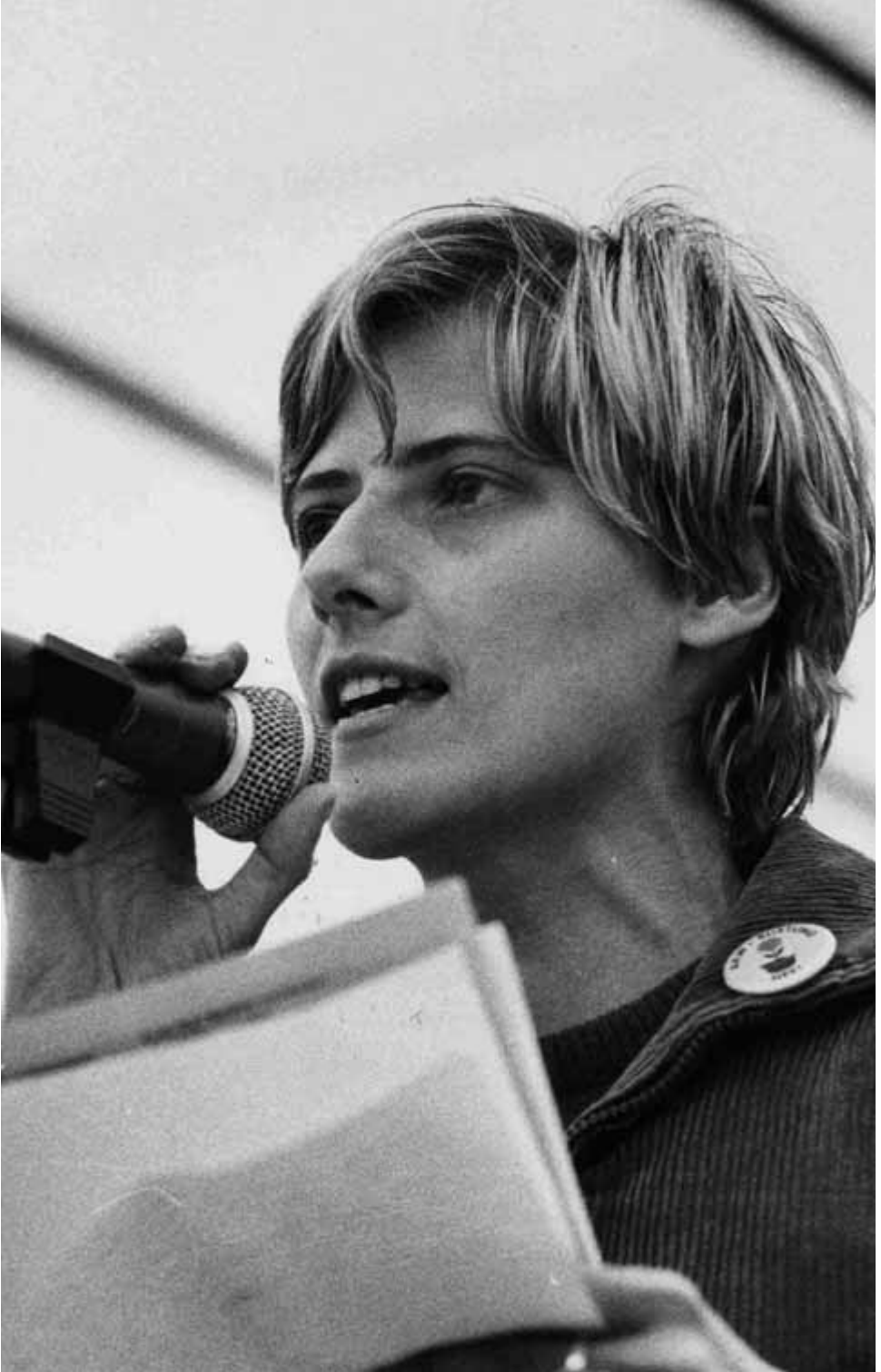
# Petra Kelly: Die *andere* Grüne<sup>1</sup>

## Einführung

Petra Kellys politische Karriere war relativ kurz, aber spektakulär. Diese Karriere begann 1979, als sie half, die deutsche Grüne «Antipartei» zu gründen, und erreichte einen Höhepunkt, als sie 1983 gemeinsam mit 26 anderen Grünen in den Bundestag gewählt wurde. Ihr parlamentarisches Mandat endete mit den ersten gesamtdeutschen «Vereinigungswahlen» von 1990, als die westdeutschen Grünen im Gefolge des Erdrutschsieges für Helmut Kohl, dem populären «Kanzler der Einheit», aus dem Parlament flogen. Diese Niederlage hätte Kellys politische Karriere nicht beenden müssen. Obwohl schwer von ihr getroffen, machte sich Kelly entschlossen daran, ihre strategischen Optionen neu zu bewerten. Im Oktober 1992 jedoch erschoss Gert Bastian, Kellys langjähriger Lebensgefährte, sie im Schlaf in ihrem Haus in Bonn; danach erschoss er sich selbst mit der selben Derringer Kaliber 38.<sup>2</sup> Petra Kelly wurde nur 44 Jahre alt.

Von allen Bundestagsabgeordneten der Grünen war Kelly zweifellos die populärste. Kelly hatte eine natürliche Medienpräsenz und suchte auch von sich aus die Aufmerksamkeit der Medien. Extravagant in ihrem politischen Stil, intelligent und redegewandt, hatte die schlanke, lebhafte blonde Frau bis 1990 keine Probleme, die Medien anzuziehen. Dadurch gewann sie an internationaler Bekanntheit und symbolisierte für den Mann auf der Straße die Grünen, nicht nur in Deutschland, sondern als weltweite Bewegung. Sie hatte Umgang mit renommierten Menschen wie Václav Havel und dem Aktionskünstler Joseph Beuys. 1983 protestierte sie Hand in Hand mit dem Nobelpreisträger Heinrich Böll gegen die Stationierung neuer Atomwaffen und demonstrierte im selben Jahr auf dem Roten Platz in Moskau für die Auflösung von NATO und Warschauer Pakt und die Achtung der Menschenrechte. Zur Zeit ihres Todes war sie gerade für den Internationalen Sacharow-Friedenspreis nominiert worden. Sie schrieb mehrere Bücher und hielt Vorträge auf der ganzen Welt. Etliche weltweite Menschenrechts-, Friedens- und Umweltschutzorganisationen profitierten von ihrer Unterstützung. 1990, im Jahr der gesamtdeutschen Wahlen, erschien Kellys Name auf einer Liste der «1000 Macher des 20. Jahrhunderts» in der Londoner *Sunday Times*.

Heute erregt Petra Kellys Name kein Aufsehen mehr. Wenn sie in aktueller akademischer Literatur über die Grünen überhaupt noch erwähnt wird, dann nur am Rande. Manchmal wird sie gar nicht erwähnt. Was ist geschehen? Hat Petra Kelly kein Vermächtnis hinterlassen? Haben ihre Ideen keinen bleibenden Wert? Das sind die Fragen, die die folgende Neubewertung Petra Kellys beantworten möchte. Die Wogen haben sich nach ihrem tragischen Tod geglättet. Die Welt hat sich seit Kellys Aktivistentagen dramatisch verändert. Damit ist es möglich, die Beiträge der hoch kontroversen Kelly in einer besonneneren, weniger emotionalen Atmosphäre erneut zu überdenken.



Petra Kelly spricht auf der Demonstration der Friedensbewegung am 10.10.1981 in Bonn.

Unsere Erklärung für Petra Kellys «Verschwinden» aus der politischen Erinnerung beruht auf der Annahme, dass Kelly die «andere Grüne» repräsentiert. Ihr «Anderssein» besteht in ihrem Versuch, Fragen der Friedenspolitik, des Umweltschutzes und des Feminismus unter dem grünen Etikett zu verbinden, und es besteht in ihrer Ablehnung *nationaler* politischer Ziele für die deutschen Grünen. Innerhalb der Grünen steht Joschka Fischer für Kelly diametral entgegengesetzte Positionen. Indem er die Grünen in ein Bündnis mit der SPD geführt hat, dessen Sieg ihn 1998 auf den Posten des Außenministers führte, hat Fischer für die Grünen die Gewässer vermessen, vor denen Kelly gewarnt hatte. Die Essenz von Kellys «Anderssein», so unser Argument, besteht in ihrer wahrhaft *antipolitischen* Perspektive, deren Fundament Gewaltlosigkeit war. Das Gefüge von Kellys politischen Ideen passte nicht in den Rahmen der grünen Partei, wie Kelly selbst langsam begriff.

Nach der Niederlage von 1990 mutmaßte Kelly, dass ihre Zukunft «jenseits der Grünen» lag, wie sie im Titel ihres Artikels für die feministische amerikanische Zeitschrift *Ms.* vom November/Dezember 1991 formulierte. Ihre Position innerhalb der «Antipartei» war fast bis zur Verleugnung erodiert. Die Tatsache, dass ihre Leiche erst nach fast drei Wochen entdeckt wurde, dass sie von Freunden und Bekannten nicht vermisst wurde, zeigt deutlich ihre Isolierung. Innerhalb des ideologischen Spektrums der Grünen passte Kelly in keine Strömung hinein. In ihrem Buch *Thinking Green!*, 1994 in den USA posthum veröffentlicht, schreibt Kelly über die Wahlen von 1990: «Viele Kritiker sagen jetzt, dass unsere Vision einer Antiparteipartei gescheitert ist, aber ich glaube, dass nicht unsere Vision gescheitert ist, sondern unser Politikstil – die ewigen Streitigkeiten und Geplänkel zwischen unseren verschiedenen Strömungen.»<sup>3</sup>

Von Anfang an waren die Grünen von Richtungskämpfen geplagt. Die linken «Fundis» verfochten selektive Gewalt gegen Sachen, um grüne Anliegen voranzubringen. Die rechten «Realos» arbeiteten auf ein Bündnis der Grünen mit der SPD hin. Kelly akzeptierte keine der beiden Positionen. Einerseits lehnte sie jede Form von Gewalt ab, andererseits wies sie jede Zusammenarbeit mit etablierten Parteien zum Erreichen traditioneller politischer Ziele zurück.

Kelly tendierte dazu, über ihre eigenen «Beiträge» zu den internen Streitigkeiten der Grünen hinwegzusehen. Ihre willensstarke Persönlichkeit und ihr missionarisches Sendungsbewusstsein erlaubten wenige, wenn überhaupt irgendwelche Kompromisse. Sie glaubte jedoch, ihren Gegenübern häufig weit entgegengekommen zu sein. Trotz all ihrer Anstrengungen fühlte sie sich ständig mit Systemen konfrontiert, «in denen Männer mehr Wert und mehr soziale und ökonomische Macht haben als Frauen.»<sup>4</sup> Auch die Grünen stellten ihrer Meinung nach ein solches System dar. Die Kehrseite dieses Sexismus sei vorausseilender Gehorsam der Frauen, beschwerte sich Kelly in einem persönlichen Gespräch mit der Autorin. Weibliche Mitglieder der Grünen tendierten dazu, sich der Mehrheitsposition anzuschließen.

Sie beschuldigte ihre innerparteilichen Widersacher auch des Neids auf ihre Prominenz, und damit hatte sie wahrscheinlich Recht. Die Grünen wollten keine hierarchische Machtstruktur in ihrer Antipartei. Kellys natürliche Führungsinstinkte erwiesen sich jedoch als ununterdrückbar, und auch die Medien kultivierten ein volkstümliches Bild von ihr als Chefin der Grünen. Ihre Persönlichkeit, nicht nur ihre Ideen, brachte Grüne gegen sie auf. Manche schauderten vor ihrer moralistischen

Rhetorik zurück, die ihnen selbstgerecht und «moralinsauer» vorkam. Andere fanden ihre dominante Art unerträglich.<sup>5</sup>

In ihrem stark von den Anforderungen ihres öffentlichen Lebens eingeschränkten Privatleben bewies sie ihre liebenswerten Qualitäten. Sie hatte enge persönliche Bindungen, insbesondere zu Verwandten. Freunde erinnern sich an sie als freigebig und einfühlsam. Entschlossen und prinzipientreu, blieb sie unkorruptierbar. Persönlich fühlte sie sich jedoch mehr und mehr verletztlich. Von schwacher Gesundheit (sie hatte Nierenprobleme), mag sie gefühlt haben, dass sie nicht alt werden würde. Eine persönliche Tragödie, der Tod ihrer Schwester an Augenkrebs, verließ ihrer Umweltschutzarbeit besondere Dringlichkeit, wie Kelly selbst zugab.<sup>6</sup> Zudem fürchtete sie in ihren letzten Jahren, nachdem sie mehrfach Morddrohungen erhalten hatte, immer stärker um ihr Leben. Kelly ließ ihr Haus in Bonn gegen Eindringlinge schützen und im Hinterhof Bewegungsmelder installieren. Die Vordertür war mit «Betreten-Verboten»-Schildern dekoriert. Sie weigerte sich, öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen. Aus dieser Atmosphäre der Furcht heraus akzeptierte sie Bastians Erklärung für die Waffe im Handschuhfach seines Autos; sie sollte zu ihrem Schutz dienen.

Kelly wusste, dass sie innerhalb der Grünen wahrscheinlich auf verlorenem Posten stand. Wie sie in ihrem Artikel in *Ms.* bemerkte, «stellte sich heraus, dass meine Rolle als Mitbegründerin der Grünen und acht Jahre als Abgeordnete mich einsam werden ließen. Ich lehnte es ab, taktische Spielchen mitzuspielen und entweder eine dogmatisch-linke Fundi oder eine prosozialdemokratische, konservative Realta oder gar eine vermittelnde Zentrala zu sein – weil ich glaubte, dass wir all diese Trennlinien überwinden müssen, wenn wir eine gewaltfreie, feministische, ökologisch alternative Gesellschaft schaffen wollen».<sup>7</sup>

## I

Als Petra Kelly 1979 half, die deutsche Grüne «Anti-Parteien-Partei» zu gründen, war das ein Wendepunkt in ihrer politischen Karriere. Zuvor hatte sie die SPD verlassen und diesen Schritt in einem offenen Brief begründet. Ebenso schrieb sie Johannes Paul II. einen offenen Brief, in dem sie ihre Kritik an der Katholischen Kirche formulierte, die sie einst so verehrt hatte, dass sie ihr Leben der Kirche als Nonne hatte weihen wollen.<sup>8</sup> Sie weigerte sich, Helmut Schmidts Entscheidung mitzutragen, die Stationierung amerikanischer Pershing-Raketen in Deutschland zu erlauben. Für Kelly führte Schmidt die Sozialdemokraten weg von den Prinzipien Willy Brandts, den sie in hohen Ehren hielt.

Brandts Ostpolitik hatte ihm Kellys Bewunderung eingebracht. Mit dieser Politik hatte Brandt, sozialdemokratischer Kanzler von 1969 bis 1974, auf eine Entspannung gegenüber Ostdeutschland (das er als Staat anerkannte) und Osteuropa (dessen «vorläufige» Nachkriegsgrenzen zu Deutschland er nunmehr als permanent anerkannte) hingearbeitet. Verträge mit der Sowjetunion (1970), Polen (1970), der DDR (1972) und der Tschechoslowakei (1973) setzten die Ostpolitik, für die Brandt 1971 den Friedensnobelpreis erhielt, um. Eine Konsequenz dieser Aussöhnungspolitik war die neue Bereitschaft der kommunistischen Regierung Ostdeutschlands, Westdeutschen begrenzten, kontrollierten Zugang zu seinem Territorium zu gewähren. Von nun an konnten die Westdeutschen ihre Verwandten im Osten besuchen. Als Bundes-

tagsabgeordnete nutzte Petra Kelly in den 1980er Jahren die neuen Möglichkeiten voll aus, bepackte ihren Kofferraum mit in der DDR schwer zu beschaffenden Materialien wie etwa Schreibmaschinen und brachte sie heimlich zu ostdeutschen Dissidenten. Diese Dissidenten, mit denen sie in ihren «winzigen Küchen und ... rauchgefüllten Wohnzimmern ... in einer ganz eigenen Welt» saß, beeinflussten Kelly stark. Sie boten ein Beispiel von dem, was sie «moralische Souveränität» nannte.<sup>9</sup>

Innerhalb seiner Einflussosphäre durchbrach Brandt die ideologischen Barrieren des Kalten Krieges. Kelly zufolge erzielte er Durchbrüche für den Frieden. Sie hielt ihn für die perfekte Person dafür, denn Brandt war Deutscher und, noch wichtiger, ein Deutscher mit einer unbefleckten Vergangenheit durch seinen Widerstand gegen die Nazis. Brandt repräsentierte das «andere Deutschland». Dieses metaphorische Bild von Brandt inspirierte Kelly und bewegte sie dazu, 1972 der SPD beizutreten, denn sie hatte ihre eigene unvergessliche Begegnung mit dem «dunklen Deutschland» gehabt.<sup>10</sup>

Petra Kelly wurde in der bayrischen Kleinstadt Günzburg geboren, aus der auch Dr. Josef Mengele stammte, der sogenannte «Todesengel» von Auschwitz. Sie erwähnte diese Tatsache bereitwillig in Gesprächen und fügte sie vielfach in ihre Texte ein. Warum tat sie das? Sie scheint diesen «Geständnismoment» als Ausgangspunkt genutzt zu haben, um ihre eigene Entwicklung zu erörtern. «Während meiner Schulzeit in Bayern (1953 bis 1960) habe ich absolut nichts über den Holocaust, über die Verbrechen des deutschen Volkes erfahren. Erst in den Vereinigten Staaten wurde ich im Schulunterricht und durch meine Lehrer, insbesondere auf der Universität, mit Anne Frank, mit Auschwitz, mit Bergen-Belsen, mit Treblinka, mit Buchenwald, mit Ravensbrück, mit faschistischen Verbrechen, mit Dachau und der «schweigenden Zustimmung» des deutschen Volkes konfrontiert.»<sup>11</sup>

Obwohl sie zugab, dass man der Stadt Günzburg nur schwerlich Mengeles Geburt vorwerfen kann, betrachtete sie die Stadt als «symbolisch für den 'Geisteszustand' vieler Deutscher, die in den Greuelthaten der Nazis eine Art 'Unfall' sehen und der Meinung sind, daß nicht länger darüber diskutiert werden sollte».<sup>12</sup>

Sie erzählte: «Als ich vor einigen Jahren Günzburg besuchte, berichteten mir die Nonnen, daß Josef Mengele 1959 zur Beerdigung seines Vaters in die Stadt gekommen sei und sich im Kloster versteckt habe – in demselben Kloster, in dem ich zur Schule gegangen war. Simon Wiesenthal hat erklärt: 'Die ganze Stadt wußte, daß er da war, nur die Polizei nicht.'»<sup>13</sup> Petra Kelly nahm Günzburgs *Schweigen* als ihre persönliche Bürde auf sich.

Als die Autorin sie 1992 fragte, was sie für ihren wichtigsten politischen Beitrag halte, antwortete Kelly ohne zu zögern: «Zivilen Ungehorsam nach Deutschland gebracht zu haben.» Das Konzept hatte sie in den Vereinigten Staaten kennengelernt, wo sie zehn Jahre lang gelebt hatte. Nachdem ihre Mutter 1959 John Kelly geheiratet hatte, einen in Deutschland stationierten amerikanischen Oberstleutnant, zog die Familie in die Staaten und ließ sich schließlich in der Bundeshauptstadt Washington nieder.<sup>14</sup>

Während ihres Studiums an der American University, wo sie Politikwissenschaft als Schwerpunkt wählte und 1970 ihren BA erwarb, begann Kelly, sich politisch zu engagieren. Sie arbeitete ehrenamtlich für Vizepräsident Hubert Humphrey und entwickelte eine ungewöhnlich enge persönliche Beziehung zu ihm – trotz ihrer entgegengesetzten Ansichten zum Vietnamkrieg. (Humphrey arrangierte einen



Gedenkgottesdienst für Kellys Schwester Grace.) Es war jedoch ihr Engagement für Robert Kennedys Präsidentschaftswahlkampf 1968, das sie tiefgreifend verändern sollte.

Durch Kennedy kam sie in Kontakt zur Bürgerrechtsbewegung. Hier sah sie zivilen Ungehorsam in der Praxis. Die Bürgerrechtsbewegung lehrte sie, wie man moralischen Protest in soziale Aktion umwandelt. «Mich inspirierte Martin Luther Kings Aussage,» schrieb sie, «dass die Macht dieser Kraft der Liebe [Gewaltlosigkeit] körperlich passiv, aber spirituell aktiv ist – ‘obwohl der gewaltfreien Widerstand Leistende passiv ist in dem Sinn, dass er nicht körperlich aggressiv gegenüber seinem Gegner ist, sind doch sein Verstand und seine Emotionen ständig aktiv, versuchen ständig, die Gegenseite zu überzeugen’. Gewaltlosigkeit ist eine spirituelle Waffe, die vermag, was Schusswaffen und Armeen zu tun nur behaupten – sie kann uns tatsächlich verteidigen.»<sup>15</sup>

Gewaltlosigkeit war der Grundstein von Petra Kellys politischen Methoden und ihrer politischen Philosophie. Viele Male zitierte sie den Grundsatz aus Martin Luther Kings *Letter from a Birmingham Jail*: Man kann moralische Ziele nicht mit unmoralischen Mitteln erreichen.<sup>16</sup>

Eine gewalttätige Welt kann nur durch gewaltfreie Methoden gebessert werden. Nachdem sie 1970 nach Europa zurückgekehrt war, arbeitete Kelly in Brüssel als Verwaltungsrätin im Wirtschafts- und Sozialausschuss der Europäischen Gemeinschaft, wo sie mit sozial- und gesundheitspolitischen Fragen befasst war.<sup>17</sup>

An den Wochenenden pendelte sie nach Westdeutschland und engagierte sich in der Bürgerinitiativbewegung. In den 1960er Jahren entstanden, versuchten die Bürgerinitiativen, die Öffentlichkeit über bedeutende politische Fragen aufzuklären und zu mobilisieren. Kelly sah in den Initiativen den Anfang einer zivilen Ungehorsamsbewegung in Deutschland. Sie organisierte «Happenings» vor Militäreinrichtungen und «Schauprozesse» gegen atomare Supermächte und wurde so zu einer Gestalt des öffentlichen Lebens, zu dem vertrauten lächelnden Gesicht unter dem mit Gänseblümchen bedeckten Armeehelm. Kelly wollte in der grünen Partei ein Bekenntnis zum zivilen Ungehorsam am Leben halten, aber das war eine weitere Schlacht, die nicht zu gewinnen war, vor allem, nachdem die Grünen sich an das Parlamentarierdasein gewöhnt hatten. «Viele Grünen sagen: ‘Wir sind eine gewaltfreie Partei’, aber wenn Sie sie fragen, ob sie je an zivilem Ungehorsam teilgenommen haben, ist die Antwort nein. Meine Kollegen in der Fraktion beschwerten sich oft: ‘Oh Gott, Petra hat schon wieder ein Verfahren am Hals!» Sie fanden es peinlich, dass ich nach wie vor diese Sachen mache.»<sup>18</sup>

Kelly verstand zivilen Ungehorsam nicht als eine Aktion gegen ein bestimmtes Gesetz oder Vorhaben, sondern als andauernden Widerstand gegen die *weltweit* vorherrschenden Bedingungen sozialer Gewalt. Kelly verstand diese weltweite Gewalt als auf zwei verschiedenen Ebenen angesiedelt. Physische Gewalt ist die unübersehbare Form; sie erkennt keine geographischen oder kulturellen Grenzen an. Kelly wuchs im zerstörten und schuldbeladenen Nachkriegsdeutschland auf. Günzburg war in den letzten Tagen des zweiten Weltkriegs bombardiert worden, und als sie 1947 geboren wurde, lagen noch überall Trümmer herum. Der anschließende Kalte Krieg erfasste die gesamte Welt und teilte sie in zwei bewaffnete Lager. In der Berliner Mauer hatten die ideologischen Trennlinien des Kalten Krieges Gestalt angenommen. Der Vietnamkrieg demonstrierte die zerstörerische Kraft, die diesen Trennlinien

innewohnte. Vor diesem Hintergrund, und zweifellos auch unter dem Einfluss ihrer religiösen Überzeugungen, entwickelte Kelly eine besondere Abscheu vor jeder Art von körperlicher Gewalt.

Sie sprach jedoch auch über strukturelle Gewalt, die häufig «unsichtbar» ist. Damit meinte sie die ungerechte Art, in der Machtbeziehungen strukturell und kulturell so definiert sind, dass sie einige privilegieren und andere benachteiligen. «Auch habe ich in den sechziger Jahren gelernt», schrieb sie, «daß wir, wenn wir die Welt von so unterdrückerischen Sachen wie Atomwaffen und Armut befreien wollen, die Welt auch von Sachen wie Sexismus und Rassismus befreien und stets ihre strukturelle Grundlage im Auge behalten müssen – und die ist, kurz gesagt, das System des Patriarchats.»<sup>19</sup>

Zur Unsichtbarkeit: «Weil die Unterdrückung von Frauen in unseren Gesellschaften und unserer Psyche so tief verwurzelt ist, bleibt sie unsichtbar, sogar für die, die an der Überwindung anderer Formen von Ungerechtigkeit arbeiten.»<sup>20</sup> Sie behauptete, dass patriarchalische Strukturen in jeder Kultur in alle Institutionen und die gesamte Gesellschaft verwoben sind. Da wir in die patriarchalische Kultur unseres Geburtsortes hineinsozialisiert worden sind, neigen wir dazu, die patriarchalischen Sozialbeziehungen um uns herum als «natürlich» zu betrachten. Durch diese angenommene «Natürlichkeit» erreichte das Patriarchat für Kelly «Unsichtbarkeit». Sie machte es sich zur Aufgabe, das Patriarchat zu delegitimieren, indem sie es als unterdrückerisch bloßstellte, indem sie *alternative* Formen sozialer Beziehungen vorschlug und indem sie zum massenhaften Zivilen Ungehorsam aufrief: «Man muss im täglichen Leben 'Ungehorsam' üben.»<sup>21</sup> Durch Zivilen Ungehorsam hoffte Kelly, das Persönliche mit dem Politischen verbinden zu können. («Das Politische ist persönlich und das Persönliche ist politisch», wie sie sagte.)

Kelly glaubte an einen «tiefgreifenden Zusammenhang zwischen Militarismus, Umweltzerstörung und Sexismus»<sup>22</sup>. Sie betrachtete alle drei Probleme als Folgen unserer «Kultur der Eroberung». Kelly zufolge leitet diese Kultur aus der historischen Rolle des Mannes als Eroberer von Nahrung, einem Revier und einer Partnerin ein soziales Recht und ein politisches Prinzip ab. Ideologien und kulturelle Normen dienen dazu, dieses Recht zu verteidigen. Kelly ging über die ideologischen und systemischen Unterschiede zwischen Ost und West im Kalten Krieg hinweg und betonte eher ihre aus der «Eroberungskultur» hervorgehenden Gemeinsamkeiten. Diese Haltung kostete sie viel Glaubwürdigkeit in westlichen politischen Kreisen.

Obwohl Kelly zu argumentieren scheint, dass die Kultur der Eroberung allen patriarchalischen Gesellschaften überall und zu allen Zeiten eigen ist, betonte sie doch besonders die moderne hochtechnisierte «Kultur der Eroberung». Durch die moderne Technik gewinnt die Macht des Patriarchats eine ganz neue Dimension. Sie erleichtert die habgierige Ausbeutung natürlicher Ressourcen und erweitert sowohl die Reichweite als auch die Zerstörungskraft moderner Kriegsführung. Dank moderner Technik bedroht die Kultur der Eroberung heute erstmals unseren Planeten in seiner Existenz. «Ich glaube», riet sie, «dass wir auf das siebzehnte Jahrhundert zurückschauen müssen, auf die wissenschaftlichen Revolutionen, die bereits den Samen der heutigen unterdrückerischen Technologien enthielten. Wir müssen die mit der Eroberung der Natur verbundenen Mythen und Metaphern zurückverfolgen und verstehen, dass eine radikale Neubewertung männlich geprägter Institutionen und Ideologien stattfinden muss.»<sup>23</sup>

Kelly behauptete, der Nationalsozialismus mit seinem fabrikmäßig betriebenen Völkermord, seinem Militarismus und seiner Unterdrückung der Frau zeige, welche destruktive Dynamik die moderne Kultur entfalten kann, wenn man sie Amok laufen lässt. Provozierend zeichnete sie Mengele nicht als einen Einzeltäter, sondern als die Verkörperung einer kulturellen Richtung: «Mengele war, wie extrem er charakterlich auch veranlagt gewesen sein mag, Teil seiner Nation und ihrer maßgebenden Diskussionen, Haltungen und wissenschaftlichen Philosophien. Elie Wiesel hat uns mitzuteilen versucht, daß das, was einmal geschehen ist, wieder geschehen kann, aus denselben Gründen und aller Wahrscheinlichkeit nach mit denselben Opfern. Aus diesem Grund darf der Holocaust niemals vergessen oder vergeben werden.»<sup>24</sup>

Kellys politischer Grundsatz war, dass «jedes Engagement für soziale Gerechtigkeit und Gewaltlosigkeit, das nicht auch die Strukturen männlicher Dominanz über Frauen angreift, unvollständig» ist.<sup>25</sup> Sozial als integrale Bestandteile der reproduzierenden Natur angesehen («Mutter Erde»), werden Frauen, wie die Natur, zu «Objekten der Eroberung» oder Waren. Innerhalb der patriarchalischen Gesellschaft werden sie nicht als eigenständige vollständige Personen angesehen. Zudem leiden sie besonders unter den durch Krieg und industrielle Entwicklung verursachten sozialen und ökonomischen Entwurzelungen, die vor allem in den erst seit Kurzem an der Industrialisierung teilnehmenden armen Ländern des Südens «die bereits zuvor ungerechte Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen weiter verzerrt haben»<sup>26</sup>.

Obwohl sie der Ansicht war, dass Frauen in besonderem Maße Opfer physischer und struktureller Gewalt sind, definierte Kelly Feminismus als den Kampf für die Menschenrechte aller. Frauen sind der Hebel für gesellschaftliche Veränderung. Durch die Frauenemanzipation würde die Gesellschaft nicht nur reformiert werden, sondern *transformiert*. Bemerkenswerterweise argumentierte Kelly, dass patriarchalische Strukturen die freie Entfaltung der Männer ebenso behindern wie die der Frauen.<sup>27</sup>

An die Stelle hierarchischer Machtbeziehungen, egal ob männlich oder weiblich dominiert, wollte Kelly eine «Teilung der Macht» setzen. Männliche Beteiligung an diesem Transformationsprozess hielt sie für absolut notwendig. All diese Aussagen verband sie in ihrem Programm des «Ökofeminismus». Als Ökofeministin betonte Kelly auch die Notwendigkeit einer «inneren Ökologie», eines Respekts für die Zusammengehörigkeit allen Lebens, vervollständigt durch eine «äußere Ökologie», die Erhaltung von Leben.

«Politik braucht Spiritualität»<sup>28</sup>, glaubte Kelly fest. Auch diese Ansicht brachte sie in Konflikt mit den Grünen. Dazu schrieb sie: «Die tiefen politischen Veränderungen, die wir brauchen, um unseren Planeten zu heilen, werden wir nicht durch isoliertes Problemlösen oder durch intellektuelle Analysen erreichen, die die tiefsten Sehnsüchte und Eingebungen des Herzens ignorieren. Manche meiner Parteifreunde haben ihre dogmatisch-linken Blickwinkel beibehalten und bleiben misstrauisch der Spiritualität gegenüber, die sie mit organisierter Religion verwechseln. Ich teile vieles von ihrer Kritik an religiösen Institutionen, aber ich muss strikt widersprechen, wenn sie spirituelle Bedenken und spirituelle Weisheit für unwichtig erklären. Das lange Werk, der Erde Harmonie zu bringen, bedarf einer ganzheitlichen Vision, die auf gereiften Werten und tiefen Eingebungen beruht.»<sup>29</sup>

Als Petra Kelly 1972 in die SPD eintrat, hatte sie persönlich oder indirekt die Konsequenzen von Kriegen, Rassenunruhen in Washington, Aktionen zivilen Ungehorsams und den Mord an Robert Kennedy erfahren.<sup>30</sup> Sie hatte ein feministi-

sches Bewusstsein entwickelt: «Als Teenager und als junge Frau wurde ich wütend darüber, wie Frauen aus den Geschichtsbüchern und aus den Seiten der Bibel und anderer religiöser Texte gestrichen worden waren. ... Ich ... begann, die Schriften Rosa Luxemburgs zu lesen. ... Ich begann, die Biographien von Aleksandra Kollontai, George Sand, Emma Goldman, Helen Keller und anderen Frauen zu durchsuchen, die auf ganz besondere Weise Geschichte gemacht haben, aber bisher von männlichen Historikern und männlichen Gelehrten ignoriert worden sind. Ich machte mich daran, diese tapferen Frauen wieder zu entdecken.»<sup>31</sup> Obwohl noch jung, war sie schon erfahren. Ihre Überzeugungen hatten sich herauskristallisiert.

In Willy Brandt glaubte sie einen Seelenfreund gefunden zu haben. Die moralische Festigkeit zu widerstehen, der Mut sich zu erinnern und die Vision, Grenzen zu durchbrechen, das waren für Petra Kelly die Fähigkeiten, die Willy Brandt charakterisierten. Mit Brandts Sturz 1974 über einen Spionageskandal im Kanzleramt verlor Kelly die Hoffnung in die einzige Partei, die sie des frischen Denkens für fähig hielt. Brandt war für Kelly kein gewöhnlicher Politiker gewesen. Der Kontrast zwischen ihm und dem im Dritten Reich aufgewachsenen Schmidt erschien ihr wie der Unterschied zwischen einem strahlenden Horizont und der sich behauptenden Dunkelheit. Aus ihrer Sicht verhielt Schmidt politisches *business as usual*, eine von auswechselbaren Mäusen betriebene Tretmühle. Als sie 1979 aus der SPD austrat, suchte sie ein politisches Betätigungsfeld, das politisches Neuland erschließen würde. Ihr schwebte für die Grünen ein Programm vor, das versuchen würde, politische Macht neu zu gewichten: «Grüne Politik basiert auf direkter Demokratie – wir versuchen, Macht so umzudefinieren und umzugestalten, dass sie von unten nach oben fließt. Wir versuchen, Macht zu dezentralisieren und die Freiheit und Selbstbestimmung des Einzelnen, von Gemeinschaften und Gesellschaften zu maximieren. Das bedeutet, zentralisierten Bürokratien – und vor allem dem militärisch-industriellen Komplex – Macht abzunehmen und sie den Leuten vor Ort zu geben. Es bedeutet auch, über nationale und ideologische Grenzen hinweg Bündnisse zu schließen mit Anderen, die für Frieden und Umweltschutz streiten. Es bedeutet, Regierungsmacht vom Staat weg hin zu kleineren und immer kleineren Organisationseinheiten zu verschieben. In der Wirtschaft bedeutet Graswurzeldemokratie ein Produktionssystem, das die Selbstverwaltung der Arbeiter maximiert und Unternehmens- oder Regierungskontrolle minimiert. Es bedeutet Produktionseinheiten von überschaubarer Größe, die lokal ansprechbar und sich ihrer globalen Verantwortung bewusst sind. Vielleicht kommt irgendwann der Tag, an dem die Grünen einen wahrhaft demokratischen und ökologischen Partner unter den etablierten politischen Parteien finden, aber bis dahin müssen wir im Parlament als eine Antiparteienpartei wirken, als ein Experiment in radikaler parlamentarischer Opposition, nicht bereit, aus politischen Erwägungen fundamentale Werte zu kompromittieren.»<sup>32</sup>

Aus der SPD auszutreten erfüllte Petra Kelly mit großer persönlicher Trauer. «Sie sagte mir einmal», schreibt Mark Hertsgaard, «dass sie drei Tage lang geweint habe, als sie aus der Partei Rosa Luxemburgs austrat.»<sup>33</sup> Doch Kelly blickte nie zurück. Sie ging *nie* von ihrem Entschluss ab, *nie* in die normale Politik zurückzukehren. Der Bruch mit der SPD fiel Kelly schwer, doch er bereitete ihr den Weg in die Antipolitik. Nachdem sie sich von konventioneller und «offizieller» Politik gelöst hatte, erhob sie *Nichtkooperation* zu einem Grundprinzip. Ihre politische Entfremdung war abgeschlossen.

## II

In ihrer Fischer-Biographie schreibt Sybille Krause-Burger, dass Joschka Fischer in den frühen 1980er Jahren die Grünen dazu anhielt, in den Parlamenten mitzuarbeiten, und «Petra Kellys Anti-Parteien-Partei widerlegte».<sup>34</sup> Fischer, Parlamentarischer Geschäftsführer der ersten Grünen-Fraktion, in der Kelly eine von drei Sprechern war, hat einen ganz anderen Hintergrund und ist aus ganz anderem Holz geschnitzt als Petra Kelly. Der Sohn ungarischer Einwanderer deutscher Abstammung machte nie Abitur und war auf eine Vielzahl von Gelegenheitsjobs angewiesen, um seinen Lebensunterhalt zu sichern – er verkaufte Spielzeug, trug Post aus, malte religiöse Bilder, übersetzte Pornographie, arbeitete bei Opel am Fließband. Im Gegensatz zu Kelly ein Achtundsechziger, wurde Fischer ein Anhänger von Dany «le Rouge» Cohn-Bendit, einem Verfechter der «spontanen Revolution». Als Theoretiker der anarchistischen Neuen Linken hatte Cohn-Bendit die Vision einer von wechselnden sozialen Gruppen am Leben gehaltenen «permanenten Revolution». Fischer und Cohn-Bendit wurden gute Freunde, wohnten in derselben Wohngemeinschaft und durchliefen eine ähnliche politische Entwicklung. Beide rebellierten gegen das «Establishment» und keiner von ihnen ging zur Wahl. Ende der siebziger Jahre jedoch kamen beide zu der Überzeugung, «die Zeit des revolutionären Heroismus» sei «offenbar vorbei, und das wurde verständlicherweise auch als Sinnverlust empfunden».<sup>35</sup> Rebellion war zehn Jahre lang ihr Lebensinhalt gewesen. Cohn-Bendit machte den ersten Schritt – er ging zur Wahl. Später stellte er sich als Kandidat der Grünen zur Wahl und ist heute Abgeordneter im Europaparlament. Fischer dachte darüber nach, in eine «Partei» einzutreten – die Grünen.

Joschka Fischer trat 1981 den Grünen bei. Die Entscheidung fiel ihm nicht leicht. Krause-Burger interpretiert Fischers politische Wende als Hinweis darauf, dass «der verlorene Sohn ... wieder da (war), er war bereit, einen Part, eine Verantwortung im Spiel der gesellschaftlichen und sogar der parlamentarischen Kräfte zu übernehmen»<sup>36</sup>. Indem er seine radikale anarchistische Position aufgab und in die «Partei-politik» zu den Grünen ging, hatte Fischer «sich vom Straßenkämpfer zum Parteikämpfer gewandelt»<sup>37</sup>.

Nach seinem Parteibeitritt beschrieb Fischer sich als «Realo», bereit, auf ein Regierungsbündnis mit der SPD hinzuarbeiten. Kellys «radikale parlamentarische Opposition», also die Bereitschaft, einem Parlament als permanente Opposition zur Regierung anzugehören, verbunden mit der Weigerung, irgend einem Kabinett beizutreten, sah er jetzt als «Unsinn»<sup>38</sup> an. «Warum die Revolution auf der Straße nicht funktioniert, im Parlament aber funktionieren soll, das hat mir keiner klar machen können»<sup>39</sup>, sagte er. Fischer, als intelligent, unverschämt und ausdrucksstark bekannt, schilderte Kellys Position als absurdes Rätsel: «Die Verbindung dieser beiden Momente, der realpolitischen Möglichkeit und des existenziellen Bedürfnisses, hat nun etwas Neues geboren: den Anti-Parlamentarismusparlamentarismus. ... Damit wurde ein Paradoxon gelöst, ähnlich dem von der Henne und dem Ei. Und das war ganz einfach. Wenn ein Anti-Parlamentarier nur noch im Parlament als Anti-Parlamentarier überleben kann, so macht er das Parlament eben zum Anti-Parlament, in dem er Parlamentarier wird, oder das Parlament anti-parlamentarisiert sich, weil der Anti-Parlamentarier parlamentisiert, oder das Antiment parliert den Tari-Anti, oder... Kurz: der Schwachsinn hält seinen Einzug in die Volksvertretung, vertreten von uns! So war es wohl gemeint, oder?»<sup>40</sup>

Fischer war in eine Partei eingetreten, nicht in eine Antipartei, und er arbeitete bald daran, die Grünen zu einer «echten» Partei zu machen. Daher trat er dafür ein, die Grünen zu einer «normalen» Partei umzugestalten, mit Vorsitzenden und einer Organisationsstruktur, die im Wahlkampf bestehen konnte. Fischer «hatte sich vorgenommen, in der Politik etwas zu erreichen»<sup>41</sup>.

Der Untertitel von Krause-Burgers Biographie, «Der Marsch durch die Illusionen», bildet das durchgehende Thema ihres Buches. Als Sponti glaubte Fischer, die Rebellion gegen den Staat, die Hierarchie und die Macht könne gelingen. Später hielt er das für illusorisch. Als Straßenkämpfer hatte er nichts erreicht außer der eigenen Marginalisierung: «Die Perspektivlosigkeit, das Rummhängen, das Nichtwissen-was-tun wird immer unerträglicher. Die Luft im G[h]etto ist zum Ersticken, und die Wirklichkeit hat sich durch unseren Rückzug auf uns selbst auch nicht verändert.»<sup>42</sup> Krause-Burger kommentiert: «Den Marsch durch die Illusionen, der den Grünen in Bonn [nach der Wahl von 1983] noch bevorstand, hatte er schon hinter sich. ... Er zählte zu den wenigen in der Fraktion, die nicht für heftige Gefühle, für Weltverbesserung, sondern für die praktische Vernunft eintraten.»<sup>43</sup>

Fischers Beziehung zur Grünen Partei war gelegentlich schwierig, vor allem seit er 1998 Außenminister wurde. Als Außenminister war er der Kontinuität in der deutschen Außenpolitik verpflichtet, die auf der EU, dem Euro und der Expansion der NATO nach Osteuropa beruhte. Seine Glaubwürdigkeit als Umweltpolitiker hat er bewahrt, obwohl hier die Frage der Atomenergie Probleme bereitet hat. Er ist für einen «frühestmöglichen» Ausstieg aus der Atomenergie und für eine ökologische Steuerreform eingetreten. Und doch hat auf dem Parteitag der Grünen in Bielefeld am 13. Mai 1999 ein radikaler Pazifist ihn aus Protest gegen seine Unterstützung des Kosovokriegs mit einem Farbbeutel beworfen und ihn am Ohr verletzt. Für manche Grüne bleibt Fischer ein «Verräter». Krause-Burger hingegen beschreibt Fischer als selbstgemachten Politikdarsteller, der seinen Erfolg seinen eigenen Talenten und politischen Instinkten und nicht der grünen Partei verdankt, und zitiert Fischer so: «Ich bin Parlamentarier mit Leib und Seele. (...) Das Machtspiel ist das Faszinierende.»<sup>44</sup>

Das Spiel mitzuspielen, erfordert jedoch Kompromisse. Joschka Fischer hat Kompromisse gemacht. Petra Kelly war immer klar, dass Kompromisse im Machtspiel unausweichlich sind. «Wenn die Grünen am Ende einfach nur eine Öko-SPD sein sollten», bemerkte sie einmal, «dann ist das Experiment vorbei – dann ist es vergeudete Zeit gewesen.»<sup>45</sup>

### III

In welcher Hinsicht waren die Grünen für Kelly ein Experiment? Als eine Antipartei sollten die Grünen antipolitisch sein. Kelly behauptete, den Begriff «Antipartei» als erste geprägt zu haben, und erklärte seine Bedeutung so: «Vor exakt zehn Jahren, bei der Gründung der deutschen Grünen, prägte ich für sie den Begriff Antiparteienpartei als Ausdruck jener neuen Form der Macht (Gegenmacht), von der wir alle sprechen. Dies ist die Macht der gewaltfreien Veränderung und gewaltfreien Transformation. 'Macht über' soll ersetzt werden durch 'geteilte Macht', durch die 'Macht, Dinge zu tun', durch die Entdeckung unserer eigenen Stärke im Gegensatz zur passiven Rezeption der von anderen, oft in unserem Namen, ausgeübten Macht. Es ist nicht die



Fähigkeit, andere zu dominieren – nicht die Fähigkeit, zu terrorisieren oder zu unterdrücken –, sondern die Fähigkeit zur gewaltfreien Veränderung. Der ungarische Schriftsteller György Konrád hat es noch besser ausgedrückt mit seinem Begriff der 'Antipolitik', einer moralischen Macht.»<sup>46</sup>

Für Kelly waren die Grünen kein alter Wein in neuen Schläuchen. Kelly glaubte, eine ganz neue politische Form zu entwickeln – selbst die Sprache, um diese Form zu beschreiben, musste erst erfunden werden.

Kelly scheint György Konrád nicht persönlich gekannt zu haben, aber sie war offensichtlich intellektuell von ihm inspiriert. Konráds Buch «Antipolitik» erschien 1984, ein Jahr nach dem Parlamentseinzug der deutschen Grünen. Der gelernte Soziologe Konrád, auch Romancier, wurde berühmt durch sein 1973 veröffentlichtes Buch «Intellektuelle auf dem Weg zur Macht», das ihn im kommunistischen Ungarn ins Gefängnis brachte.

Konrád bot eine Kritik des zeitgenössischen Megastaats und plädierte für eine Revitalisierung der Zivilgesellschaft: «Wir müssen unser Leben entpolitisieren. ... Ich wünsche mir vom Staat, dass er sich um seine Angelegenheiten kümmert, dass er sich darum gut kümmert. Er soll sich überhaupt nicht um Dinge kümmern, die nicht seine Sache sind, sondern Sache der Gesellschaft.»<sup>47</sup> Der Antipolitiker will «den Bannkreis staatlicher Politik und vor allem den Rüstungsapparat unter der Kontrolle der bürgerlichen Gesellschaft halten.»<sup>48</sup> Antipolitik ist daher «das Politisieren von Menschen, die keine Politiker werden und keinen Anteil an der Macht übernehmen wollen.»<sup>49</sup> Konrád stellte sich demokratische Opposition als «nicht eine politische, sondern als antipolitische Opposition» vor, denn «substantieller Aufgabenbereich dieser Opposition [sei die] Entstaatlichung der Gesellschaft»<sup>50</sup>.

Konrád hielt den Intellektuellen für die Schlüsselfigur bei der Emanzipation der Zivilgesellschaft. Als ungebundener Denker übt der Intellektuelle geistige Macht aus, indem er die politischen Machthaber implizit oder explizit herausfordert. Dadurch übernehmen unabhängige Intellektuelle die Rolle von «Grenzverletzern», und ihr «geistiges Gewicht ist proportional zu der Masse [ihrer] Grenzverletzungen.»<sup>51</sup> «Die geistige Macht unterscheidet sich von der politischen Macht dadurch, dass sie durch Auflehnung und Entrüstung nur erstarkt.»<sup>52</sup> Die moralische Macht des Intellektuellen ist so führend daran beteiligt, dem politischen Bereich psychologischen und sozialen Raum zu entwinden und der Zivilgesellschaft zurückzugeben. Dagegen verlieren kooptierte Intellektuelle, Diener der Macht, ihre intellektuelle Freiheit und opfern ihr Ansehen als Intellektuelle. Antipolitik versucht nicht, Regierungen zu stürzen, denn Antipolitiker «wollen nicht Regierungsbeamte werden»<sup>53</sup>. Konrád erklärte, «die Veränderung der Denkgewohnheiten und prinzipiellen Vereinbarungen einer Gesellschaft, das Andersdenken der tonangebenden Kräfte [sei] das wirkungsvollste Instrument zur Veränderung der Politik»<sup>54</sup>.

Antipolitik ist demnach der Kampf gegen geistige, räumliche und zeitliche Grenzen, die geistige Kreativität und Erfüllung einschränken; sie versucht, Grenzen zu überwinden. Ihre Bildersprache ist von Bewegung geprägt.

Kelly wollte in den Grünen jenes Bewusstsein einer außerparlamentarischen Bewegung wach halten, das sie in den deutschen Bürgerinitiativen und im Zivilen Ungehorsam kennengelernt hatte. Sie wehrte sich gegen die ideologischen Mauern, die durch die Flügelkämpfe in den Grünen entstanden waren.<sup>55</sup> Sie beklagte den angeblichen Eurozentrismus und, schlimmer noch, engstirnigen Nationalismus der

Grünen. «Nach acht Jahren im Deutschen Bundestag weiß ich nur zu gut, wie eurozentrisch unsere europäischen Öko-, Frauen- und Friedensbewegungen und unsere alternativen Parteien geworden sind. Es gibt bei uns auch eine sehr europäische Form der Arroganz und Selbstgefälligkeit. Je mehr Macht meine eigene Grüne Partei bei Wahlen gewann, desto 'deutscher', arroganter und besserwisserischer wurden wir.»<sup>56</sup> Kelly lehnte es für die Grüne Antiparteienpartei ab, die organisatorischen Grenzen einer konventionellen politischen Partei zu errichten und sich mit ideologischen Grenzziehungen einzuengen.

An irgendeinem Punkt der Entwicklung kristallisierte sich dieses Antiparteientum in Kellys Bewusstsein als Antipolitik. Begonnen hatte diese Entwicklung mit ihrem Bruch mit der SPD, entscheidend jedoch war ihr Kontakt zu osteuropäischen Dissidenten. Kelly beschrieb ihre Erfahrungen mit den Dissidenten als «etwas, das ich nie vergessen werde», und sagte, sie habe von ihnen viel über Antipolitik gelernt. «Durch meine langjährige Freundschaft mit Lew Kopelew, dem russischen Schriftsteller und Dissidenten, und durch seinen Freundeskreis in Moskau lernte ich den Gedanken einer Zivilgesellschaft zu verstehen – Zivilgesellschaft und Antipolitik – die beiden wichtigsten Konzepte, die ich bei der Bürgerrechtsbewegung in Osteuropa kennengelernt habe.»<sup>57</sup>

Kelly betrachtete die osteuropäischen Dissidenten als die moralische Avantgarde einer Transformation Europas und vielleicht der Welt. Sie kämpften für einen entpolitisierten Raum für den Einzelnen. Im September 1989 sprach sie über den gemeinsamen Wunsch der verschiedenen osteuropäischen Menschenrechtsbewegungen, die Zivilgesellschaft zurückzugewinnen, was «einen Raum bedeutet, wo sich unabhängige Diskussion und Kritik entwickeln kann, wo eine Alternative zu dem staatlichen Informations- und Erziehungsmonopol gedeihen kann, wo versucht werden kann, den willkürlichen und arroganten Machtgebrauch des Staates seinen eigenen Bürgern oder anderen Ländern gegenüber einzuschränken, und wo nicht zuletzt der Erstarrung und der Isolation der Blockmentalität etwas entgegengesetzt werden kann.»<sup>58</sup>

Mit der «Blockmentalität» waren die ideologischen Barrieren zwischen Ost und West im Kalten Krieg gemeint. In dieser Welt des Kalten Krieges, in der Grenzen – manchmal wortwörtlich durch Stacheldraht, Landminen und bewaffnete Soldaten auf Aussichtstürmen markiert – die Welt in verfeindete Lager spalteten, engagierte sich Kelly für eine Welt ohne Grenzen. Sie spielte in dieser Hinsicht ein hochgefährliches Spiel; in einer parteilichen Welt kann «Offenheit» als verdeckte Unterstützung der Gegenseite wahrgenommen werden. Ihre politischen Aktivitäten machten Kelly für Regierungen auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs zur *persona non grata*.

Kelly bestand felsenfest darauf, dass «Frieden, Gerechtigkeit und Menschenrechte nicht nur für die Einen gelten können und die Anderen aber nicht und ein Bekenntnis zu ihrer Umsetzung nicht durch staatliche Interessen diktiert werden kann»<sup>59</sup>. In diesen Fragen sah sie sich als «außerhalb» des Staates stehend an, und erklärte: «Der Staat ist nicht absolut und Loyalität zum Staat kann nicht absolut sein. Loyalität zu uns gegenseitig und zum gesamten Leben auf der Welt ist viel wichtiger als jede Ideologie, jedes politische System, jede Grenze oder jedes Militärbündnis.»<sup>60</sup>

Wohl gemerkt wandte sich Kelly nicht gegen den Staat an sich, im Gegensatz zu manchen anderen Grünen. Sie sagte, «der Staat tut viel Schlechtes, aber er garantiert Rechte. Es reicht nicht, zu sagen, 'Wir haben eine gute Demokratie'. Wir müssen sie immer weiterentwickeln und verbessern.»<sup>61</sup>



Sie trat dafür ein, im Interesse der Menschenrechte in die internen Angelegenheiten von Staaten einzugreifen, und betrachtete es als die moralische Verantwortung der UNO, «sich in die inneren Angelegenheiten von repressiven Regimen einzumischen, die den Leben der Menschen innerhalb ihrer Grenzen Gewalt antun»<sup>62</sup>. Die UN dürfen jedoch mit dieser Verantwortung nicht alleingelassen werden. Für Kelly war «Einmischung im Namen der Menschenrechte die Aufgabe jedes Einzelnen»<sup>63</sup>.

«Sich einmischen ist ein wesentlicher Aspekt grüner Politik. Während der Jahre des Kalten Krieges traten viele von uns westdeutschen Grünen dafür ein, sich in die inneren Menschenrechtsangelegenheiten beider Blöcke einzumischen, ohne Bündnistreue zum Weißen Haus oder zum Kreml. Wir protestierten gegen die sowjetische Invasion in Afghanistan und gegen den US-Militarismus in Mittelamerika und der Karibik. Wir demonstrierten mit unseren ostdeutschen Freunden auf dem Alexanderplatz für Frieden und Menschenrechte. Wir demonstrierten in der Türkei gegen eine als NATO-Mitglied akzeptierte Militärdiktatur. Und wir demonstrierten sowohl in Moskau als auch in Washington gegen die Verbreitung von atomaren Waffen. Aber die Weste der deutschen Grünen ist nicht unbefleckt. Eine der schmerzhaftesten Erfahrungen in all meinen Jahren als Aktivistin war, dass viele deutsche Grüne das tibetische Volk in seinem Kampf gegen die völkermörderische Politik Chinas im Stich gelassen haben. (...) Unser Schweigen – das Schweigen der internationalen Gemeinschaft und das Schweigen der Friedens- und der progressiven Bewegungen – mordet Tibet.»<sup>64</sup>

Kelly benutzte Publicity als ihre antipolitische Methode in ihren Versuchen, den Staat rückzubauen (zu entpolitisieren und zu entstaatlichen) und Raum für die Zivilgesellschaft zurückzugewinnen. Alle Staaten, behauptete sie, versuchen, den Zugang zu Information zu beschränken, und verbreiten falsche Informationen. Als Antipolitikerin sah sie sich (und die Grüne Antipartei) in der Rolle eines Verteilers von *Gegeninformation*, also Information, die außerhalb der Grammatik der modernen Kultur und der politischen Kaste liegt. Jede politische Kultur enthält ihre eigene Grammatik und schafft dadurch implizite und explizite politische Übereinkünfte (Michel Foucault definiert Institutionen als «nichtdiskursive Domänen»). Alles, das nicht der Logik dieser Grammatik folgt, trifft auf kognitiven Widerstand oder Widerspruch. Eine Veränderung der Kultur, Kellys eigentliches Ziel, erfordert eine neue Grammatik, eine neue Sprache, rund um die eine neue Sprach- oder Deutungsgemeinschaft entstehen kann. Petra Kelly versuchte, diese neue Grammatik und Sprachgemeinschaft zu erschaffen. Das Ziel von Gegeninformation war also, eine «sachkundige Störung» der vorherrschenden kulturellen Denk- und Ausdrucksweisen zu schaffen.

Kelly sprach nicht offen von intellektueller Macht im Konradschen Sinne, aber sie versuchte, durch die Grünen die Öffentlichkeit mit einem steten Strom von Gegeninformation zu beliefern. Zumindest in dieser Hinsicht sollte die Antipartei eine «intellektuelle» Antipolitikfunktion wahrnehmen. Wie Konrad erhoffte sich auch Kelly eine sprunghafte Vermehrung von internationalen öffentlichen Foren, in denen die Menschen Gegeninformationen erhalten und diskutieren könnten. Zu diesem Zweck organisierte sie 1990 mit Ost- und Westeuropäern die Helsinki Citizens' Assembly, eines von mehreren derartigen von ihr initiierten Foren. Sie war berühmt für ihre weltweiten gegeninformationellen Vorträge und Schriften, ihre endlosen Faxe und ihre stete Präsenz am Kopierer.

Das Parlament mit seinen Ressourcen und seinem landesweiten Publikum war für Kelly von vitaler Bedeutung nicht als Pfad zur Regierungsmacht, sondern als öffentliche Bühne. Das war es, was die Grünen nicht verstanden. Die konzeptuelle Entwicklung aus dem Antiparteientum in die Antipolitik fand bei den Grünen keinen Widerhall. Die Realos sahen in dem dialektisch aufgeladenen Begriff der «Antipartei» wahrscheinlich eine Spitze gegen die SPD, während die Fundis zweifellos auf seine revolutionären Implikationen ansprachen. Als nicht an Regierungsmacht interessierte Antipolitikerin stand Kelly allein. Jedoch genoss sie die Möglichkeiten zur Verbreitung von Gegeninformation, die ihr die Position einer Parlamentsabgeordneten bot. Kelly brachte in die Parlamentsdebatten Gegeninformationen zu Themen wie «Brasilien und der Bau von Atombomben», die «Beteiligung deutscher Ingenieure an einem Raketenprojekt in Indien» und zu der Tatsache, dass «Deutschland nie Reparationen für Guernica geleistet hat»<sup>65</sup> ein. Die Protokolle des Bundestags verzeichnen auch unzählige Fragen Kellys zur deutschen Verantwortung für die Opfer der Nazis. Der Bundestag verlieh Kelly eine besondere «Stimme». Den Verlust dieser Stimme durch die grüne Wahniederlage von 1990 empfand sie als niederschmetternd.

#### IV

Kelly sah die osteuropäischen Dissidenten als ein Modell für Antipolitik überall an. Sie waren sich ihrer Ziele sicher und zeigten großen Mut – sie hatten, was Kelly «moralische Souveränität» nannte. 1990 erklärte sie westliche Vorstellungen für «noch immer traurig arm an Vorstellungskraft» und «den radikalen Veränderungen in Osteuropa nicht angemessen»<sup>66</sup>. Sie hoffte, die osteuropäischen Dissidenten würden eine neue Politik im Westen anregen, «nun da auch wir in Westeuropa lernen, Dissidenten zu werden, so dass auch wir eine Zivilgesellschaft bei uns zu Hause bauen können»<sup>67</sup>. Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus in Osteuropa, als der Westen hoffte, Osteuropa nach dem Ebenbild des «siegreichen» Westens transformieren zu können, stimmte Kelly mit ihrer Gegenutopie in diese Melodie nicht ein.

In Václav Havel fand Kelly *den* Antipolitiker. Der Schriftsteller und Dissident Havel hatte politisch kontroverse Stücke in der Tradition des Absurden Theaters geschrieben, die die Sinnlosigkeit des Lebens unter der sozialistischen Bürokratie schilderten. Er hatte unter dem Kommunismus für seine Prinzipien gelitten und verkörperte jene entschlossene Haltung, die Kelly so imponierte. Des weiteren bewies Havels «samtene Revolution» gegen den Kommunismus in der Tschechoslowakei, dass Veränderung auf gewaltfreiem Wege tatsächlich möglich war. Zudem weigerte sich Havel nach der Revolution, sich an der Parteipolitik zu beteiligen, nahm aber das Amt des Präsidenten der Tschechischen Republik an. Havels Biographin Eda Kriseova beschreibt seine Rolle als Präsident als die eines «Garanten der Legitimität der politischen Lösung, als Bewahrer der politischen Kultur und der moralischen Dimension der Politik.»<sup>68</sup>

Dunkle Wolken überwältigten diese vielversprechenden Zeichen am Horizont Europas nach dem Kalten Krieg. Die gesamtdeutschen Wahlen von 1990 schlossen den Prozess der deutschen Wiedervereinigung ab und zerschlugen endgültig Kellys Hoffnung auf ein unabhängig demokratisiertes, entmilitarisiertes Ostdeutschland, das ein Experimentierfeld für die Grünen hätte werden können. Sie fürchtete die

Macht eines vereinigten Deutschlands. Als Europäische Föderalistin hatte sie die Expansion der EU nach Osteuropa und Russland vorausgesehen. Die Europäische Union hatte jedoch keineswegs die Absicht, Russland oder mehr als Teile von Osteuropa aufzunehmen. Kelly hatte auf ein «kreatives und fantasievolles europäisches System der kollektiven Sicherheit, vielleicht sogar ein System kollektiver sozialer Verteidigung» gehofft, vielleicht auch auf eine Stärkung der KSZE, um die NATO zu ersetzen. Stattdessen musste sie mit ansehen, wie die EU in ein «Militär- und Sicherheitsbündnis» unter deutscher Führung mit der NATO umgewandelt wurde.<sup>69</sup>

Für die Welt als Ganzes sah Kelly eine globale Zweiklassengesellschaft als das politische Muster der Zeit nach dem Kalten Krieg an. Nach der Abrüstung in Ost und West würde der Süden die Märkte für die Waffenproduzenten und -händler des industriellen Nordens liefern. «Es ist die Dritte Welt», schrieb sie, «die wieder einmal die ökologischen Kosten der neuen Industrien und der Konsumorientierung im Norden tragen wird, einschließlich der Kosten für die ökologische Erneuerung Osteuropas. Ost- und Westeuropa werden die Dritte Welt mehr und mehr als Müllhalde benutzen. Und wenn die Transportrouten in die Dritte Welt zu lang sein sollten, wird der Westen Osteuropa als Müllhalde benutzen.»<sup>70</sup> Diese «Globalisierung von oben», wie Kelly diesen Trend nannte, war ihrer Ansicht nach kein Rezept für eine «Neue Weltordnung», sondern für Konflikte und möglicherweise Völkermord.

Hätte Petra Kelly noch einige Jahre länger gelebt, hätte eine neue Wendung der Ereignisse ihr vielleicht Hoffnung gegeben. 1998 wurde der ehemalige Militärdiktator von Chile, Augusto Pinochet, während eines Urlaubs in London unter dem Vorwurf der Verbrechen gegen die Menschenrechte verhaftet. Spanien hatte durch die Europäische Union Pinochets Verhaftung beantragt (unter den «Verschwundenen» waren mehrere spanische Staatsbürger gewesen), und das Auslieferungsbegehren (entweder an Spanien oder an Chile) fand seinen Weg bis vor das höchste britische Gericht, die Law Lords des Oberhauses. Der Prozess stellt eine faszinierende Fallstudie aktueller Entwicklungen in der Europäischen Union dar. Hier sind jedoch nur zwei Elemente des Falles relevant. Zum einen feierten internationale Menschenrechtsorganisationen Pinochets Verhaftung als das Ergebnis ihrer langjährigen Öffentlichkeitsarbeit und Lobbykampagne für eine Anklage gegen Pinochet. Zweitens zeigte die Verhaftung, dass «diplomatische Immunität» als Schutzschild gegen Strafverfolgung für Inhaber öffentlicher Ämter, die im Amt Verbrechen begangen hatten, erfolgreich herausgefordert worden war. [...]

Und China? Kelly erinnerte an die Demokratiebewegung chinesischer Studenten, Arbeiter und Intellektueller und nannte die Niederschlagung der Bewegung auf dem Platz des Himmlischen Friedens «Staatsterrorismus in vollendeter Form.»<sup>71</sup> Nur zwei Jahre nach Kellys Tod richteten sieben mutige chinesische Intellektuelle eine Petition über Menschenrechte an Jiang Zemin. Sie sprachen Petra Kellys Sprache, als sie in ihrer Petition schrieben, «über Modernisierung ohne Menschenrechte zu sprechen ist wie auf einen Baum zu klettern, um Fische zu fangen»<sup>72</sup>.

Für Petra Kelly wären all das Beispiele für «Globalisierung von unten» gewesen, das Ziel der Antipolitik. Und natürlich können wir die Auswirkungen des Internets auf diese Globalisierung von unten noch nicht beurteilen, aber die bisherigen Indizien legen nahe, dass das Internet zu einer Machtverlagerung nach unten führen wird. Petra Kelly hatte das Pech, das Internet nicht mehr kennenzulernen. Das

Internet hätte ihren antipolitischen Hoffnungen neues Leben eingehaucht. Vielleicht wäre Kelly zu dem Schluss gekommen, dass ein Blog ihr eine mächtigere Bühne für Gegeninformation geboten hätte als das Parlament!

## V

Für Petra Kelly konnte eine Transformation der Politik, eine Neuausrichtung ihrer Werte, nicht auf der Basis alter Paradigmen und alter Identitätsstrukturen stattfinden. Sie dekonstruierte diese Paradigmen, um den Entmächtigten Macht zu geben, um neue Gender-Identitäten und Geschlechterbeziehungen zu schaffen, um die Macht der Gemeinschaft, der Zivilgesellschaft, im Gegensatz zu staatlicher Macht zu fördern, um kulturelle und geistige Vielfalt zu pflegen und um die Beziehung des Menschen zu seiner natürlichen Umgebung auf eine neue Grundlage zu stellen. In all diesen Bemühungen ist sie beispielhaft für die *postmoderne* Absicht. «Die 'Situation der Postmoderne' stellt nicht einfach nur die Unterscheidung oder die Wahl zwischen sozialen und kulturellen Identitäten in Frage», schreibt Ernesto Laclau, «sondern den Status und die Logik der Konstruktion dieser Identitäten.»<sup>73</sup> Petra Kelly griff die Paradigmen des Patriarchats, des Eurozentrismus, der Staatsfixiertheit und des Fortschritts als materiellen Fortschritt an und versuchte sie durch eine neue humanistische Kultur zu ersetzen. Indem sie «die Geschichte der Ontologie» (Heidegger) dekonstruierte, war Kelly wahrhaft revolutionär.

Petra Kelly ragt hervor als eine Theoretikerin *globaler* Politik. Mit guten Gründen kann man sie die erste Theoretikerin dieser Art nennen. Sie gab der globalen Menschlichkeit einen konzeptuellen Rahmen, indem sie Menschenrechte, Umweltschutz und Frieden zusammendachte. Sie gründete oder war Mitbegründerin von weltweiten Organisationen, die Frauenrechten, Minderheiten ohne politische Vertretung (indigenen Völkern), Kindern und dem Frieden gewidmet waren. Für sie persönlich hatten nationale Grenzen keinerlei Bedeutung.

Während der Jahre des Kalten Krieges traf Petra Kellys Politik ohne Grenzen auf energischen Widerstand. Nach dem Ende des Kalten Krieges jedoch finden Kellys Ideen ihren passenden Kontext. Die Globalisierung höhlt alle Grenzen aus. Der globale Kapitalismus greift über die Grenzen von Nationalstaaten hinaus. Die Informationskanäle des Internets verbinden alle Winkel der Erde zu einem «globalen Dorf» (Marshall McLuhan). Der *Andere* erhält ein Gesicht (Emmanuel Levinas) und macht es unmöglich, der eigenen moralischen Verpflichtung auszuweichen. «Die Welt», schreibt Christa Daryl Slaton, «befindet sich in einer Periode radikaler Transformation. ... Nicht nur werden neue politische Systeme erschaffen, sondern tief verankerte Grundwerte werden in Frage gestellt, und fundamentale epistemologische Fragen werden neu gestellt und neu beantwortet. Was wissen wir? Woher wissen wir es? Was ist der Ursprung und die Natur unserer Existenz? Was bedeutet das alles?»<sup>74</sup> Dies sind genau die Fragen, die Petra Kelly beschäftigten.

Erleben wir in dieser «Periode radikaler Transformation» die Auflösung des westfälischen Staates? Was bedeutet staatliche «Souveränität» heute? Noch ist keine klare Antwort erkennbar. Petra Kelly jedoch hatte den Nationalstaat bereits hinter sich gelassen und «nationale» Führer als «lokale» Führer innerhalb einer internationalen «Gemeinschaft» vorausgesehen. Die Europäische Union stellt, indem sie ihre Mitgliedsstaaten schrittweise auflöst, einen Mikrokosmos einer solchen globali-

sierten Gemeinschaft dar. Kelly versuchte, das Verantwortungsbewusstsein des Bundestags zu «globalisieren», wenn sie Resolutionen zu Themen einbrachte wie den amerikanischen Ureinwohnern, den australischen Aborigines, Tibet und weltweiten Gesundheitsfragen. Sie brachte den Bundestag dazu, einstimmig eine Resolution gegen die chinesischen Menschenrechtsverletzungen in Tibet zu verabschieden.

Petra Kelly sprach von der Notwendigkeit, politische Macht zu dezentralisieren und lokalen Gemeinschaften die Möglichkeit zu geben, ihre eigenen Angelegenheiten zu regeln. Die Globalisierung wird nun von einem gegenläufigen Trend begleitet: der Abgabe von Macht nach unten als einem Weg, das Regieren neu zu erfinden. «Big Government» ist unter Generalverdacht geraten. England hat Schottland und Wales das Recht auf Selbstverwaltung zugebilligt. Frankreich hat 1999 ein Abkommen unterzeichnet, das das Recht der Bretagne, der Provence und des Baskenlandes anerkannte, ihre indigenen Sprachen im Schulunterricht und in Funk und Fernsehen zu verwenden. Bereits seit den Tagen Mitterrands ist Frankreich um eine Stärkung der lokalen Gemeindeverwaltung bemüht. Um schnellfließende Internetinformationen effektiver nutzen zu können, haben selbst Unternehmen ihre hierarchischen Strukturen in mobilere Netzwerkeinheiten umgebaut. Und natürlich kann heute jeder vom eigenen PC aus Internethandel betreiben.

Petra Kelly wollte den Staat rückbauen, um der Zivilgesellschaft Raum zu geben. Helmut K. Anheier, Direktor des Centre for Civil Society an der London School of Economics, schreibt: «Dritter Sektor, Zivilgesellschaft, Bürgerschaftliches Engagement und Gemeinsinn – Begriffe, die bis vor kurzem allenfalls einige Sozialwissenschaftler interessiert hätten, sind plötzlich in aller Munde. Was steht hinter dieser Aufmerksamkeit, welche Entwicklungen und Tendenzen zeichnen sich ab, und warum spielen diese Begriffe gerade heute eine so große Rolle?»<sup>75</sup>

Der Zuwachs an gemeinnützigen zivilgesellschaftlichen Gruppen ist mit den Regionalisierungstendenzen verknüpft. Solche Gruppen befassen sich etwa mit Kultur, Sozialarbeit, Umweltschutz und internationaler Politik. In diesem Zusammenhang stellt Anheier eine entscheidende Frage mit Anklängen an Kelly: «Wie jüngste Entwicklungen zeigen, sind gerade die sogenannten Themenanwälte, das heißt Organisationen, die in Bereichen wie Umwelt oder internationalen Aktivitäten tätig sind, aktuell besonders attraktiv für das Spenden von Geld als auch für ehrenamtliches Engagement. Ist das Vorhandensein solcher Themenanwälte gleichzeitig als Indiz dafür anzuführen, dass die Organisationen im Dritten Sektor in der Lage sind, auch Kontrollfunktionen gegenüber dem Staat wahrzunehmen, dem Staat Grenzen aufzuzeigen?»<sup>76</sup>

Petra Kelly hoffte, durch Antipolitik die Regierung kontrollieren und reformieren zu können. Gegeninformation sollte «offizielle» Information stören. Ihr Konzept einer radikalen parlamentarischen Opposition ist jedoch problematisch. Ist es demokratisch verantwortlich gehandelt, wenn Parlamentarier eine Regierungsbeteiligung ablehnen? Wird Wählern dadurch nicht Vertretung verweigert? Und wären die Wähler, praktischer gefragt, überhaupt auf Dauer bereit, eine Partei ins Parlament zu wählen, die Übernahme von Regierungsverantwortung verweigert? Sicherlich hoffte Kelly doch, dass die Grünen Stimmenzahl wachsen und nicht schrumpfen möge, dass sie nicht für immer in «permanenter Opposition» bleiben würden. Wenn die Grünen eine Mehrheit der Stimmen gewännen, hätten sie doch, so steht zu vermuten, die Macht übernehmen und ihr Programm in die Tat umsetzen sollen.

Die Umsetzung dieser Idee bleibt unentwickelt. Doch weist uns Kelly hinsichtlich demokratischer Opposition in eine interessante Richtung. Wie uns die englische Parlamentsgeschichte lehrt, war die Idee der «loyalen Opposition Ihrer Majestät» ein revolutionärer Zivilisationsfortschritt. Zuvor war es nicht möglich, Opposition als Opposition zur *Politik der Regierung* zu verstehen und nicht zur *Legitimität der Monarchie (des Staates)*. Begriff und Praxis von Opposition haben jedoch seit den Tagen Elizabeth I und ihres rebellischen Parlaments einen weiten Weg zurückgelegt. Opposition ist heute Teil des «Systems» geworden. Ist sie noch tatsächlich oppositionell? Gibt sie dem Wähler eine echte Wahlmöglichkeit? Stellt sie noch eine wirksame Kontrolle der Regierung dar? Kelly scheint nach einem Schiedsrichter über der Regierung gesucht zu haben, einer Art Ombudsmann, wobei dieser Ausdruck allerdings zu administrativ bzw. legalistisch klingt. Was macht heutzutage echte demokratische Opposition aus? Petra Kellys Frage erfordert theoretische Beachtung.

Kelly betrachtete die Grüne Bundestagsfraktion offensichtlich nicht nur ihrer unmittelbaren Wählerschaft verpflichtet, sondern einem weiteren Kreis. Im Frühjahr 1991 schrieb sie einen «Offenen Brief an die Grüne Partei», in dem sie die Wahlniederlage von 1990 analysierte und Reformvorschläge (etwa die Abschaffung der Rotation der Grünen Parlamentsabgeordneten) machte. Sie lehnte eine Koalition mit der SPD nicht unter allen Umständen ab, wollte aber zunächst abwarten, «ob die SPD in den 90er Jahren es ernst meint mit der angekündigten ökologischen und friedenspolitischen Erneuerung»<sup>77</sup>. Sie fährt fort: «Für mich bleiben die wichtigsten und glaubwürdigsten Koalitionspartner der Grünen weiterhin die engagierten Menschenrechtsgruppen wie amnesty international und ökologische Bahnbrecher wie Greenpeace. Die Menschen dort dürfen wir am allerwenigsten enttäuschen.»<sup>78</sup> Demnach hätte die Fraktion der Grünen eine ideelle Verantwortung auch gegenüber der internationalen Menschenrechts- und Umweltbewegung gehabt und nicht nur ihren Wählern. Radikale parlamentarische Opposition transzendierte also nationale Interessen.

Joschka Fischer antwortete auf innergrüne Kritik an seiner Unterstützung des Einsatzes der Bundeswehr in Bosnien sinngemäß, «dass der radikale Pazifismus den Völkermord erst möglich macht»<sup>79</sup>. Als Vietnamkriegsgegner und Pazifist zermarterte sich Fischer den Kopf über Bosnien und den Kosovo. Seine Antwort traf die «reine Lehre» des Pazifismus an empfindlicher Stelle. Konnte diese Doktrin reale und oft brutale Fragen von Leben und Tod beantworten? Fischer konfrontierte radikale Pazifisten mit diesem scheinbar unlösbaren Dilemma.

Petra Kelly war sich dieses Dilemmas bewusst. Auf die Frage, ob sie eine destruktive Kraft wie die Nazis mit Waffengewalt bekämpft hätte, antwortete sie leise und nach einer Pause: «Ich hätte es nicht gekonnt.» Doch an einer Stelle in ihren Schriften trifft sie eine bedeutsame Unterscheidung. «Die beunruhigende Unfähigkeit», so schreibt sie, «zu unterscheiden zwischen dem, was Mengele und seine Leute in den Konzentrationslagern getan haben, und bestimmten Maßnahmen der Alliierten im Zweiten Weltkrieg ist immer noch weitverbreitet. (...) Die moralische Abgestumpftheit, die die Taten von Mengele mit brutalen Militäroperationen, die viele Opfer unter der Zivilbevölkerung gefordert haben, auf eine Stufe stellt, spiegelt das wider, was von einigen Deutschen – zu Recht – als das wesentliche Versäumnis der Deutschen gesehen wird: Ihre ‘moralische Gleichgültigkeit’. Sie wollten – oder konnten – nicht einsehen, dass das, was in ihrem Namen geschah, ein verbrecherischer Verstoß gegen ein moralisches Verhalten war.»<sup>80</sup>



Fischers Argument kann nicht so einfach abgetan werden. Kann es nicht manchmal notwendig sein, Gewalt auszuüben, um Leben zu retten? Kelly verstand dieses Dilemma sehr gut. Sie verstand, dass die menschliche Natur wechselhaft ist, dass Wunsch und Realität auseinanderklaffen, dass Konflikte in menschlichen Beziehungen, nach der historischen Beweislage zu urteilen, unvermeidlich scheinen. Sicherlich fürchtete sie die Möglichkeit «kompromittierender» Entscheidungen wie die, die Fischer zu Bosnien treffen musste, und verweigerte sich einer Regierungsbeileiligung auch, um sich nicht in diese Situation bringen zu lassen. Ihre Antwort war, nach «nichtmilitärischen Verteidigungsformen»<sup>81</sup> zu suchen.

Diese Antwort ist bezeichnend. Es handelt sich nicht um einen Versuch, der Frage auszuweichen. Petra Kelly dachte auf einzigartige Weise über Wege nach, Frieden zu schaffen und zu sichern. Sie forderte einen höheren Stellenwert für die Friedensforschung und riet Studenten dazu, «Friedensfragen zu diskutieren und Forschungsprojekte zu entwerfen darüber, wie man Waffensperrverträge schließt, wie man Schritte in Richtung auf einseitige Abrüstung einleitet und wie man die Menschenrechte schützt, wo immer sie verletzt werden»<sup>82</sup>. Wenn sie über Friedensfragen nachdachte, suchte Kelly nach *politischen* Lösungen für politische Probleme. Sie empfahl beispielsweise ein von Zivilisten getragenes System der sozialen Verteidigung.

Heute stellen wir fest, dass Probleme staatlicher Sicherheit immer öfter politische Probleme sind: Flüchtlinge und illegale Einwanderer, internationaler Drogenhandel, internationales Verbrechen. Für diese Fragen gibt es keine militärischen Lösungen. Insbesondere die Europäische Union hat diese sicherheitspolitischen Fragen als politische Herausforderung erkannt. Petra Kellys Bekenntnis zur Gewaltlosigkeit hält eine Lehre bereit: Gewalt ist nicht die Fortsetzung der Politik, wie Clausewitz uns glauben machen will; sie ist das *Versagen der Politik*. Gewaltlosigkeit zwingt zu einem kreativen politischen Denken. Das bleibt Petra Kellys nachhaltigstes Vermächtnis.

Kelly verstand, dass die Umwelt das politische Kernproblem der Zukunft sein würde. Heute ist Umweltpolitik nicht mehr das Steckenpferd politischer Einzelgänger; sie ist Teil der gewöhnlichen politischen Tagesordnung geworden. In diesem Punkt ist demokratische Politik grüner geworden. Wie die Notwendigkeit, die Rechte und die Sicherheit des Einzelnen zu schützen – was den Sozialvertragstheoretikern nach zur Schaffung des liberalen Staates führte –, so kann die Notwendigkeit, die Umwelt und die damit zusammenhängenden Menschenrechte zu schützen, durchaus noch zu einem internationalen Sozialvertrag führen. Dies war Petra Kellys Hoffnung, auch wenn sie es nie in diesen Worten ausgedrückt hat.

Die Welt braucht Politiker wie Joschka Fischer *und* Antipolitiker wie Petra Kelly. In der Spannung zwischen ihnen liegt die Hoffnung auf ein besseres Morgen begründet. Aktivisten wie Kelly schaffen diese erforderliche Spannung, indem sie sich der Dynamik staatlicher Politik entgegenstellen, die notwendig zur Ausdehnung neigt, wie schon Aristoteles, Montesquieu und James Madison nachgewiesen haben. Die Schwäche von Petra Kellys gewaltfreier Antipolitik liegt in ihrem riesigen Bedarf an menschlicher Energie. Die Bürger sind aufgefordert, konstant Wachsamkeit und ununterbrochenen Widerstand zu üben. Petra Kelly widmete ihre ganze Lebensenergie diesem Unterfangen. Ist das in dieser Ära der Wahlmüdigkeit in den reichen Demokratien eine realistische Forderung?

Die Stärke von Petra Kellys gewaltfreier Antipolitik liegt darin, wie sie die Hoffnung wiederherstellt und das Gewissen wieder in den politischen Diskurs und

das politische Handeln einführt. Petra Kelly plädierte für keine bestimmte Klasse, für keine Nation, für kein *special interest*. Sie sprach im Namen der gesamten Menschheit. Sie ermutigte uns alle, uns zu bilden und unsere Rechte zu verteidigen. Hätte Petra Kelly die Zügel der Macht akzeptiert – wäre sie realistisch gewesen –, dann hätte sie ihre Fähigkeit eingebüßt, alle zu kritisieren, und wäre eine Apologetin der Macht geworden. Niemandem verpflichtet, konnte Petra Kelly ihrem Gewissen freien Ausdruck verleihen. Die Vorgaben ihres Gewissens können akzeptiert oder zurückgewiesen werden. Die Authentizität dieses Gewissens kann niemand anzweifeln; es setzt das Vorbild.

## VI

Eine neue Ära hat seit Petra Kellys Tod begonnen. Vielleicht ging Gert Bastian, wie so viele andere, davon aus, dass die postsowjetische Welt der «bürgerlichen Demokratie» und insbesondere ihrem Archetyp, den Vereinigten Staaten, gehören würde, heute die einzige Supermacht. Vielleicht ging er davon aus, dass in einem wiedervereinigten Deutschland kein Platz für grüne Politik sein würde. Vielleicht glaubte er zudem, dass die Friedensbewegung ihr Waterloo erlitten hatte. Aber welches Recht hatte er, all diese Fragen für Petra zu beantworten? Vielleicht liegt die Sache einfacher, und er fürchtete mehr als alles andere die Entdeckung einer Stasi-Akte und seine Bloßstellung. Vielleicht hatte sie sich in ihm geirrt. Sie brauchte den Glauben an seine «Bekehrung» vom Militärgeneral zum Friedenskämpfer. Die Frage bleibt: Wer war dieser Gert Bastian?

Die Frage ist von großer Bedeutung. Alles deutet darauf hin, dass Petra Kelly nach dem Zusammenbruch des Sowjetsystems ihren Blick auf neue Horizonte gerichtet hat. Die Wiedervereinigung war für sie enttäuschend. Doch hätte sie ihr die Hoffnung nehmen können? Sie war zwar sicher keine stets heitere Optimistin, aber zum Defätismus neigte sie ebenso wenig.

Petra Kelly glaubte an den Wert des politischen Kampfes, der politischen Auseinandersetzung. Gert Bastian hat uns die Möglichkeit genommen, zu sehen, wohin uns Petra Kelly in der postsowjetischen Ära zu führen versucht hätte. Wo hätte sie Schwerpunkte gesetzt? Welche Strategien hätte sie verfolgt? Wie wäre sie politisch gereift?

Einige ihrer Themen sind Teil des politischen Mainstreams geworden. Wie schon erwähnt gilt Umweltpolitik nicht mehr als ein «radikales» Thema. Kelly hätte sich auch gefreut zu erleben, dass Angela Merkel als deutsche Bundeskanzlerin den Dalai Lama empfangen hat, wie übrigens auch Präsident Bush. Tibet bleibt auf der politischen Tagesordnung der westlichen Demokratien. Vergessen scheinen dagegen die indigenen Völker an der Peripherie der Welt, denen Petra so viel ihrer geistigen und körperlichen Energie gewidmet hatte. Frieden scheint so unerreichbar wie eh und je, vielleicht mehr denn je – obwohl die These vom Demokratischen Frieden offizieller Bestandteil der amerikanischen Außenpolitik geworden ist.

Müssen wir Kelly also als eine interessante, aber jetzt irrelevante historische Größe betrachten? Eine moralisch tapfere Frau mit provokanten Ideen? Müssen wir schließen – wie wir begonnen haben – mit der Feststellung, dass Petra Kelly, die einst solche Wellen in den Medien und politischen Kreisen schlug, heute völlig unbedeutend zu sein scheint?

Keineswegs. Zu diesem Schluss kommen wir weniger aufgrund von Petra Kellys politischen Themen, so wichtig sie auch sind, als aufgrund ihres Ansatzes. Letztlich



sah sich Petra Kelly selbst mehr als Theoretikerin der Politik denn als Politikerin. Ein Politiker strebt nach Wahlämtern, um die politische Macht zu erringen, die er oder sie braucht, um seine oder ihre Politik in die Tat umzusetzen. Petra Kelly strebte nicht nach politischer Macht. Stattdessen lieferte sie eine Kritik politischer Macht. Ihre Rolle war die einer politischen Theoretikerin. Raffinierterweise versuchte sie, ihre Rolle als Abgeordnete zu nutzen, um eine sokratische Kritik der Macht in den politischen Apparat selbst hineinzutragen. Ihre neuartige Idee eines unpolitischen Schiedsrichters der Politik – ein Ombudsmann des Politischen (und nicht der Bürokratie) – bleibt es wert, weiter verfolgt zu werden. Sie könnte Petra Kellys bleibender Beitrag zu der Entwicklung parlamentarischer oder verfassungsmäßiger Regierung sein. All die bis hier erwähnten Ideen tragen zu dem bei, was ich die Kellysche Stimmung nennen möchte. Um zu erklären, was damit gemeint ist, müssen wir zunächst einige Eigenschaften der neuen politischen Ära skizzieren.

Die Euphorie im Westen nach dem Zerfall der Sowjetunion verdeckte die in Entstehung begriffenen neuen politischen Gegensätze. Das paradiesähnliche «Ende der Geschichte» trat nicht ein. Die neue Freiheit ließ in Osteuropa nicht nur Gelegenheiten für die Demokratie entstehen, sondern paradoxerweise auch Gelegenheiten für ethnische Säuberungen. Im postsowjetischen Europa erfüllte sich nicht die historische Mission der Französischen Revolution, wie manche akademische Idealisten glaubten. Dem Erstarken des Rechtsradikalismus in Europa und in der ehemaligen Sowjetunion nach zu urteilen, muss man feststellen, dass den demokratischen Idealen ernsthafte Opposition gegenübersteht (Linksopposition hat in der postsowjetischen Welt eine andere Dimension als zuvor).<sup>83</sup> Was ist es an der Demokratie, das sie umstritten macht? Sollte nicht eigentlich jeder seine natürlichen Rechte genießen wollen? An der Regierung teilhaben, und sei es nur als Wähler? Sollte nicht jedermann frei sein wollen zu tun, was er will, und zu denken, was er will?

Tatsächlich kann Demokratie nicht als eine selbstverständliche Wahrheit angesehen werden. Sie ist eher eine von außen aufgezwungene angenommene Wahrheit.

Ihre Grundannahmen wie etwa die allgemeine Gleichheit sind nicht wissenschaftlich nachweisbar, aber dennoch moralische Voraussetzungen, die als die Grundregeln moderner Demokratien gelten.

Gelegentlich begegnen diese moralischen Annahmen offenkundigen Widersprüchen in der Wirklichkeit. Manche Leute sind intelligenter oder weiser als andere, aber die Regeln der Demokratie schreiben ihnen dennoch vor, den weniger intelligenten oder weniger weisen die Chance zu geben, ihre Meinung zu äußern und im Rahmen der demokratischen Regeln nach ihrer Meinung zu handeln. In diesem Sinne steht die Demokratie im Widerspruch zur politischen Ästhetik, die Symmetrie, Gleichgewicht und Ordnung unterstützt. Ihr fehlt die Großartigkeit oder der Hochmut der Aristokratie, wie der Antidemokrat Friedrich Nietzsche so treffend bemerkt hat.

Zudem ist die moderne Demokratie aus einem spezifischen kulturellen Kontext heraus entstanden – dem des Westens. Ihr konzeptueller Rahmen beinhaltet diesen Kontext sowohl in Begriffen historischer Erfahrung, religiös-philosophischer Traditionen als auch sozioökonomischer Vorlieben. Demokratie ist, um Charles Taylors Begriff zu verwenden, eine westliche «soziale Imagination». Eine faszinierende These besagt, das Geheimnis des westlichen Erfolges in der Schaffung von am Einzelnen

orientierten, säkularen und konstitutionellen Gesellschaften läge in ihrer Instabilität. Während ihrer gesamten Geschichte seien westliche Gesellschaften immer wieder in sich zusammen gefallen und hätten sich, oft nach viel Leiden und Blutvergießen, wieder neu zusammengesetzt.<sup>84</sup>

Es scheint, dass Thomas Jefferson, obwohl ein radikaler demokratischer Vor- denker, diese Idee nur neu formuliert hat, als er den Amerikanern alle zwanzig Jahre eine Revolution empfahl, um die Machtstrukturen durchzuschütteln. Diese Vorstellung strahlt westliche Werte und Befürchtungen geradezu aus.

Zudem haben westliche Gesellschaften traditionell viel Wert auf technischen Fortschritt als Mittel gesellschaftlicher Entwicklung gelegt. Marx betrachtete den technischen Fortschritt als den grundlegenden treibenden Faktor gesellschaftlichen Wandels. Man könnte ihn auch den grundlegenden treibenden Faktor gesellschaftlicher Destabilisierung nennen. Soziale Schichtungen wandeln sich. Technologie vermittelt Sozialbeziehungen. Zugang zu Technologie ermächtigt Individuen ebenso wie ganze Gesellschaften. Wir wissen noch nicht, wohin die digitale Revolution uns führen wird, aber sie hat bereits begonnen, alte kulturelle und soziale Kohärenzen zu zerstören.

Psychologen wie Erich Fromm lehren uns, dass es den meisten Menschen nicht leicht fällt, sich an Veränderungen anzupassen. Veränderung bedroht die alltägliche Trägheit. Sie stellt die Muster der Kontrolle in Frage. Sie liefert dem Unbekannten aus. Und dennoch stellt Veränderung einen Grundwert demokratischer Regierungsformen und ganz sicher kapitalistischer oder neoliberaler Volkswirtschaftslehre dar. Wir, die wir in westlichen Gesellschaften aufgewachsen sind, sind in unseren Familien, unseren Schulen und anderen soziokulturellen Institutionen so sozialisiert worden, dass wir die Vorzüge von Veränderung kennen. Im Extremfall werden wir dazu ermutigt, zu glauben, dass wir uns selbst als Individuen verändern und, wie die Denker der Aufklärung es ausgedrückt haben, «neue Menschen» werden können. Anders gesagt erzeugen wir eine Kultur der Unzufriedenheit, und diese Unzufriedenheit wird, zu Recht oder zu Unrecht, als die Suche nach Verbesserungen definiert. Der moderne Konsumwahn kann als ein Paradebeispiel für diese Kultur der Unzufriedenheit gelten.

Das ist es also, was der Westen der Welt zu bieten hat. Obwohl wir zumeist vorhaben, die Welt durch Demokratisierung und durch technologische Entwicklung zu stabilisieren, destabilisieren wir stattdessen durch unsere vereinzelnden demokratischen Vorstellungen und durch unsere Technologien, die die westlichen Werte untermauern.<sup>85</sup> Der Mittlere Osten bleibt das Paradebeispiel. Die These vom Demokratischen Frieden mag richtig sein, aber stellt sie auch den richtigen Ansatz dar? Kann der Weltfrieden *nur* in einer Welt der Demokratien hergestellt werden? Ist keine friedliche Form nichtdemokratischer, aber dennoch konstitutioneller Regierung denkbar? Falls die Antwort auf diese Frage «nein» lautet, dann ist die Anschlussfrage: Ist die Demokratie westlichen Stils das einzig denkbare demokratische Modell? Oder ist ein anderes, für unsere globalisierte, multikulturelle Welt geeigneteres Modell denkbar?

Die westliche Demokratie, in der historischen Form etwa des letzten Jahrhunderts, löst sich auf, während wir sie zu exportieren suchen, denn die westliche Welt hat selbst ein neues revolutionäres Zeitalter betreten. Sie exportiert ein Phantom. Unser Selbstverständnis als Gemeinwesen bildet die revolutionären Veränderungen,

die dieses Gemeinwesen derzeit transformieren, noch nicht ab. Wir denken noch «in alten Begriffen» und handeln auch noch danach.

Veränderung erscheint nach Marx immer in der Form von Machtgegensätzen. Was sind unsere derzeitigen Gegensätze? Seit dem Angriff auf das World Trade Center und auf das Pentagon am 11. September 2001 sind die Sicherheitsvorkehrungen, nicht nur in den USA, sondern in allen Demokratien, verschärft worden. In den USA wird sehr viel über die daraus resultierenden Einschnitte in Bürgerrechte und bürgerliche Freiheiten diskutiert. Mehr Sicherheitsvorkehrungen bedeuten einen Zuwachs an zentralisierter Regierungsmacht, denn nur der Staat kann Sicherheit liefern.

Zur gleichen Zeit restrukturieren die Neuen Informationstechnologien Macht, indem sie alte Hierarchien (etwa in Firmen) durch destrukturierte, flache Netzwerke ersetzen.

Informationssysteme müssen offen und mobil sein, um effektiv zu sein. Hierarchische Organisation mit ihren Befehlsketten läuft der schnellen Übermittlung und Nutzung essentieller Informationen zuwider. Offenheit (Glasnost) und Restrukturierung (Perestroika) sind Schlüssel zur Macht in der Welt nach dem 11. September.

Terrorgruppen sind computergestützt und -organisiert, was bedeutet, dass sie mobile und relativ unabhängige, obwohl miteinander verkettete Informationsnetzwerke bilden. Bewaffnete Terroristen – vielleicht mit Atomwaffen, wie das US-Militär in seinen Zukunftsszenarien annimmt – haben all die Überraschungs- und Flexibilitätsvorteile von Guerillakämpfern (wie in Vietnam) in Verbindung mit dem Zugang zu lebenswichtiger Informationstechnologie. Das US-Militär restrukturiert sich selbst in Erwartung nicht nur von «irregulärer Kriegsführung» (Guerilla- oder Aufstandsbekämpfung), sondern auch von «katastrophischer Herausforderung», wie die Armee Terrorismus nennt. In ihren Planungen für die Zukunft betont die Armee schnellstmögliche Einsatzfähigkeit. Sie geht davon aus, dass die Zukunft aus vielen kleineren Konflikten gleichzeitig bestehen wird, manche von kurzer, manche von längerer Dauer, also aus «vielen Afghanistans».<sup>86</sup>

Thomas Hobbes glaubte, dass Sicherheit vor dem oder Isolierung gegen den Naturzustand des «Kriegs aller gegen alle», des *bellum omnium contra omnes*, des Staates als Leviathan bedürfe. Wird das auch in Zukunft richtig sein? Oder wird der Leviathan im Zeitalter der Neuen Informationstechnologie zum modernen Goliath? Falls die Zukunft sich als mehr hobbesianisch denn lockeanisch herausstellt, indem sie Sicherheit höher schätzt als Freiheit, was wird dann überhaupt aus dem demokratischen Staat, wie wir ihn kennen?

Macht wird immer den Punkt der größten Effizienz finden. Julien Benda beklagte in seinem «Verrat der Intellektuellen» die Zersplitterung des katholischen Feudaleuropas in Nationalstaaten. Der Nationalstaat wurde jedoch, in Begriffen politischer «Evolutionstheorie» gesprochen, zu einer effizienteren Machtform als die feudalen Reiche. Heute kehrt die Europäische Union zu einer revidierten Version des «heiligen Römischen Reichs» in Europa zurück. Was wir jedoch unter der bürokratischen Struktur des Brüsseler Europas sehen, ist die Revitalisierung einiger prämoderner provinzieller Verwaltungseinheiten. Die Regierungsform der Zukunft mag durchaus in dieser Kombination abgestufter Einheiten, in denen auf der lokalen Ebene Demokratie gilt, mit einem die Sicherheit gewährleistenden Überbau liegen.

Es ist fast schon sprichwörtlich, dass Krisen- und Kriegszeiten zur Entstehung politischer Theorien führen. Was machen wir aus diesem Chaos? Wie kommen wir da

wieder raus? Das sind die essentiellen theoretischen Fragen. Gerade jetzt brauchen wir scharfsinnige politische Denker. Denken wir an den Peloponnesischen Krieg, der die zivilisierte Welt jener Zeit erschütterte. Wie erschreckend der Kollaps jener Welt gewesen sein muss! Kein Wunder, dass Plato die Essenz einer unveränderlichen «gerechten» Republik einzufangen versuchte. Begegnen wir nicht auch heute denen, die das Zeitlose, das Ewige suchen?

Sicherlich stellt der Terrorismus das unmittelbare politische Problem unserer globalisierten Welt dar. Er ist jedoch nur ein Symptom profunder gesellschaftlicher Veränderungen, die in vielen, wenn nicht den meisten Fällen Reaktionen auf die Herausforderung durch die westlichen Werte darstellen. Wir müssen uns sicherlich auch um das Symptom kümmern, aber es kann kein Fehler sein, tiefer zu schauen.

Wir werden in unserer globalisierten Welt neue politische Formen brauchen. Und wir werden ein globales Sozialethos formulieren müssen. Die Betonung muss auf dem Globalen liegen, denn Politik westlichen Stils wird schlechterdings nicht ausreichen. Dies wird ein radikales neues Denken quer zu allen Grenzen erfordern – geographischen, ideellen und kulturellen. Francis Fukuyama hatte Recht mit seiner Aussage, der Zusammenbruch der Sowjetunion bedeute «das Ende der Geschichte», auch wenn er sich in der Bedeutung geirrt hat, die er diesem Ende gab. Der Zusammenbruch hat nicht alle historischen Gegensätze aufgelöst, wie er dachte, sondern er hat nur ein solches Gegensatzpaar beendet, eine Ära. Man kann durchaus argumentieren, dass ein Hauptgrund für den Zusammenbruch der Sowjetunion in ihrer durch bürokratisches Wirrwarr und ideologische Ketten bedingten Unfähigkeit lag, sich der Neuen Informationstechnologien zu bedienen. Die Lektionen aus dem Zusammenbruch sind noch zu lernen. Ein Leviathan-Staat kann sich durchaus als unfähig erweisen, in dem neuen Informationszeitalter für Sicherheit zu sorgen. Es kann also sein, dass wir derzeit die falsche politische Antwort auf den Terrorismus entwickeln. Diese Frage hat zu den derzeitigen Debatten zwischen den USA und der EU hinsichtlich des «War on Terrorism» geführt. Die Europäer vertreten den Standpunkt, dass der Terrorismus nicht mit militärischen Mitteln bekämpft werden kann, wie es die Amerikaner versuchen; sie betonen stattdessen polizeiliches Handeln.

Während wir die derzeitige Krise angehen, brauchen wir dringend ein neues Nachdenken über Politik – was sie bedeuten sollte, wie sie organisiert sein sollte, was sie leisten sollte und was sie nicht versuchen oder was ihr nicht erlaubt sein sollte. Petra Kelly bat uns, neu nachzudenken. Der ideologische Kontext ihrer Zeit ließ ihre Bitte allen Seiten verdächtig erscheinen. Heute, nach dem Wegfall dieses Kontexts, müssen wir die Kellysche Stimmung des Neu-Nachdenkens übernehmen, neue politische Kategorien entwerfen und neue politische Lösungen riskieren. Petra Kellys geistige Nähe zu Willy Brandt und Hubert Humphrey zeigt ihre Absicht, Wegbereiter zu finden. Letzten Endes besteht Petra Kellys Erbe in ihrer provokativen Herausforderung an uns, über Grenzen hinweg, über den Abgrund hinweg zu denken. Sie rät uns, aus unseren gesellschaftlich belasteten Persönlichkeiten herauszutreten, uns selbst aus der Ferne zu betrachten, uns selbst im Licht der neuen Umstände neu zu bewerten. Petra Kelly versuchte, neu nachzudenken, um humanistische Werte zu erhalten. Sie erkannte vor der Zeit, dass eine Ära zu Ende ging, dass revolutionäre Veränderungen nahten. Sie bleibt die Vorbotin unserer Zeit.

Aus dem Amerikanischen von Martin Schaum

## Fußnoten

- 1 Die Erstausgabe erschien in *New Political Science*, Vol. 23 (2001), No. 2, S. 181-202.
- 2 Bastian, ein ehemaliger General der Bundeswehr, hatte 1980 den Dienst aus Protest gegen den Ausbau der amerikanischen Atomkraft in Europa quittiert. Er half, die «Generäle für den Frieden» zu organisieren und fand schließlich den Weg zu den Grünen und zu Petra Kelly. Bastians Motiv für den Mord an Kelly bleibt unklar. Die Polizei verwarf letztendlich die Theorie eines Selbstmordpakts. Es wird auch behauptet, Bastian habe Verbindungen zur Stasi gehabt.
- 3 Petra K. Kelly, *Thinking Green!*, Berkeley 1994, S. 7.
- 4 Ebd., S. 10.
- 5 Eine Sekretärin erzählte der Autorin, dass Kelly häufig nachts in ihr Abgeordnetenbüro zurückkehrte, um die Papierkörbe zu durchsuchen, und oft aus dem Papierkorb geholt, zerknüllte Papiere auf dem Schreibtisch hinterließ und eine Zusammenfassung des Inhalts oder eine Begründung für das Wegwerfen verlangte. Sekretärinnen kamen morgens an ihren Schreibtisch und fanden ihn übersät mit Zetteln der nächtlichen Besucherin. Unnötig zu sagen, dass Kelly Schwierigkeiten hatte, Sekretärinnen zu halten.
- 6 Kelly beginnt die Einleitung zu *Thinking Green!* mit den folgenden Sätzen: «Meine Schwester Grace Patricia starb 1970 zehnjährig an Augenkrebs. Ich frage mich oft, warum so ein schönes Mädchen so früh sterben musste. Lag es an den ständigen Störfällen der Atomkraftwerke in der Nähe unseres Hauses in Virginia, oder daran, dass ihr Vater, mein Stiefvater, als junger Soldat ein paar Wochen nach dem Abwurf der Atombombe in Hiroshima gewesen war? Wurde ihr Krebs durch die Strahlentherapie noch verschlimmert? Als Grace starb, beschloss ich, alles in meiner Kraft Stehende zu tun, um die Leute über die militärischen und zivilen Verwendungen der Atomkraft aufzuklären und auf jede erdenkliche gewaltfreie Weise gegen sie zu protestieren. Ich schwor, mein Leben der Aufgabe zu widmen, herauszufinden, warum so viele Millionen zu Krebspatienten geworden waren und warum wir alle in diesem radioaktiven Zeitalter als nukleare Geiseln gehalten werden.» Kelly, *Thinking Green!*, S. 3.
- 7 Petra K. Kelly, *Beyond the Greens*, in: *Ms. November/December* 1991, S. 70.
- 8 Kelly hatte in ihrer bayrischen Heimatstadt Günzburg eine Klosterschule besucht und blieb ihr Leben lang mit einer der Nonnen befreundet. Für ihre sterbenskranke Schwester Grace arrangierte sie eine Audienz beim Papst. Sie betrachtete sich selbst als gläubige Katholikin (*Thinking Green!*, S. 4). Auch nachdem sie die Kirche verlassen hatte, betrachtete sie sich selbst als religiös: «Ich bin tief religiös und fühle mich Männern völlig gleichwertig, und ich brauche keine autoritäre, männliche Institution, um meine eigene innere Wahrheit zu finden. Ich habe nach Göttern und Göttinnen von kosmischer Energie, Licht und Wahrheit gesucht, und viel Weisheit in östlichen Religionen gefunden. (...) Mir scheint es so, als läge im Herzen aller Religionen die eine Wahrheit, die uns verbindet, die Liebe» (ebd., S. 5).
- 9 Petra Kelly, *A Green View of German Reunification and Europe's Future*, in: Glenn D. Paige und Sarah Gilliatt (Hrsg.), *Nonviolence Speaks to Power: Petra Kelly*, Honolulu 1992, S. 92.
- 10 Die Sozialdemokraten hatten bekanntlich bereits 1959 auf dem Godesberger Parteitag förmlich die marxistische Vorstellung vom Klassenkampf verworfen. Kelly lehnte den Marxismus und alle anderen auf Konflikttheorie beruhenden Ideologien ab.
- 11 Petra Kelly, «Vergangenheitsbewältigung» oder Neofaschismus? Rede im Goethe-Institut Los Angeles, in: dies., *Mit dem Herzen Denken*, München 1990, S. 52
- 12 Ebd., S. 50.
- 13 Ebd., S. 50.
- 14 Kellys leiblicher Vater hatte die Familie verlassen, als Kelly noch ein Säugling war. Später nahm sie den Nachnamen ihres Stiefvaters an, lehnte jedoch sein Angebot einer förmlichen Adoption ab.
- 15 Petra Kelly, *Petra Kelly*, in: Phillip L. Berman (Hrsg.), *The Courage of Conviction*, New York 1987, S.118f.

- 16 Vgl. Martin Luther King, Jr., *I have a Dream: Writings and Speeches that Changed the World*, James M. Washington (Hrsg.), San Francisco 1992, S. 99.
- 17 1970 schrieb sich Kelly an der Universität Amsterdam ein, wo sie einen Magistergrad in Politikwissenschaft erwarb. Danach begann sie für die Europäische Gemeinschaft zu arbeiten.
- 18 Kelly, *Thinking Green!*, S. 128.
- 19 Kelly, Petra Kelly, a.a.O., S. 116.
- 20 Kelly, *Thinking Green!*, S. 10.
- 21 Kelly, Petra Kelly, S. 117.
- 22 Kelly, *Thinking Green!*, S. 12.
- 23 Ebd., S. 117f.
- 24 Kelly, «Vergangenheitsbewältigung» oder Neofaschismus?, a.a.O., S. 51f.
- 25 Kelly, *Thinking Green!*, S. 12.
- 26 Kelly, *Thinking Green!*, S. 16.
- 27 Sie definierte das Patriarchat als «ein System männlicher Dominanz, sowohl in kapitalistischen als auch in sozialistischen Ländern vorherrschend, dass Frauen unterdrückt und Männer einschränkt.» Kelly, *Towards a Green Europe, Towards a Green World*, in: Paige und Gilliat, S. 23.
- 28 Kelly, *Thinking Green!*, S. 40.
- 29 Ebd., S. 40.
- 30 Kelly kehrte 1970 nach Europa zurück. Sie erwarb einen Magistergrad in Politikwissenschaft an der Universität Amsterdam und arbeitete mehrere Jahre für den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss in Brüssel. Während dieser Zeit fuhr sie oft nach Deutschland, engagierte sich in der Bürgerinitiativbewegung und trat in die SPD ein.
- 31 Kelly, Petra Kelly, S.115. Kelly fährt fort: «Ich habe nie viel Respekt gehabt für die Karl Marxe und Friedrich Engelse und all diese anderen dogmatischen Macho-Männer, die über die Arbeiterklasse und das Kapital theoretisierten und philosophierten, und dabei gleichzeitig ihre Frauen und Kinder diskriminierten und das Leben von 'akademischen Paschas' führten, und die ständig von ihren Frauen oder Geliebten verjüngt wurden! Sie konnten nicht kochen, putzen, nähen oder sonstwie für sich selbst sorgen. Für ihre wichtigsten Bedürfnisse waren sie immer auf Frauen angewiesen.» (ebd.)
- 32 Kelly, *Thinking Green!*, S. 42f.
- 33 Mark Hertsgaard, *The Legacy of Petra K. Kelly*, in: Kelly, *Thinking Green!*, S. 138.
- 34 Sybille Krause-Burger, *Joschka Fischer: der Marsch durch die Illusionen*, aktualisierte Neuauflage, Stuttgart 1999, S. 222.
- 35 Ebd., S. 118.
- 36 Ebd., S. 123.
- 37 Ebd., S. 124.
- 38 Ebd., S. 128.
- 39 Ebd., S. 128.
- 40 Ebd., S. 122.
- 41 Ebd., S. 223.
- 42 Zitiert nach Krause-Burger, S. 118.
- 43 Krause-Burger, S. 141.
- 44 Ebd., S. 212.
- 45 Manuel Dittmers, *The Green Party in West Germany*, London 1986, S. 20.
- 46 Kelly, *Global Green Politics*, in: Paige und Gilliat, S. 58.
- 47 Konrad, *Antipolitik*, Frankfurt 1985, S. 211f.
- 48 Ebd., S. 209.
- 49 Ebd., S. 213.
- 50 Ebd., S. 212.
- 51 Ebd., S. 202.
- 52 Ebd., S. 206.
- 53 Ebd., S. 207.
- 54 Ebd., S. 207.



- 55 Kelly argumentierte, dass «die Vielfalt der Strömungen unsere Partei bereichert, selbst ohne einen allgemeinen Konsens zur Analyse der Gesellschaft», und wollte «Kommunisten und Konservative» nicht aus der Partei drängen, da «eine Strömung von der anderen lernt». Werner Hulsberg, *The German Greens*, London 1988, S. 124.
- 56 Kelly, *Moving Beyond the Greens*, S. 70.
- 57 Kelly, *A Green View of German Reunification and Europe's Future*, in: Paige und Gilliat, S. 92.
- 58 Ebd., S.112.
- 59 Kelly, *Thinking Green!*, S. 68.
- 60 Ebd., S. 68.
- 61 Ebd., S. 129.
- 62 Ebd., S. 70.
- 63 Ebd., S. 70.
- 64 Ebd., S. 70, 74.
- 65 Petra Kelly, *Morality and Human Dignity*, in Paige und Gilliat, S. 123.
- 66 Ebd., S. 128.
- 67 Kelly, *A Green View of German Reunification and Europe's Future*, in: Paige und Gilliat, S. 112.
- 68 Eda Kriseova, *Václav Havel*, New York 1993, S. 277. Kriseova gibt an, dass Havel «nicht länger sagen kann, dass er nicht Präsident sein will und dass er sein Amt nicht gesucht hat. Er hat es als sein Los akzeptiert. Dennoch ist in seinem Grundsatzpapier noch etwas zu spüren von der Freiheit des Intellektuellen, von jemandem, der jederzeit zurückkehren kann zu etwas, das er vielleicht sogar lieber täte.» (ebd.)
- 69 Kelly, *Morality and Human Dignity*, in: Paige und Gilliat, S. 138.
- 70 Kelly, *A Green View of German Reunification and Europe's Future*, in: Paige und Gilliat, S. 111.
- 71 Kelly, *Thinking Green!*, S. 72f.
- 72 *New York Times*, 11. März 1994.
- 73 Ernest Laclau, *Politics and the Limits of Modernity*, in: Thomas Docherty (Hrsg.), *Postmodernism: A Reader*, New York 1993, S. 330.
- 74 Christa Daryl Slaton, *An Overview of the Emerging Political Paradigm: A Web of Transformational Theories*, in: Stephen Woolpert, Christa Daryl Slaton und Edward W. Schwerin (Hrsg.), *Transformational Politics*, Albany 1998, S. 4.
- 75 Helmut K. Anheier, *Die Zivilgesellschaft in Deutschland*, in: *Deutschland 2* (2000), Heft 5 (Oktober/November), S. 22.
- 76 Ebd., S. 23.
- 77 Petra Kelly, *Offener Brief an die Grüne Partei*, in: Ralf Fücks (Hrsg.), *Sind die Grünen noch zu retten?*, Reinbek bei Hamburg 1991, S. 32.
- 78 Ebd., S. 32.
- 79 Krause-Burger, S. 222f.
- 80 Kelly, «Vergangenheitsbewältigung» oder Neofaschismus?, S. 51.
- 81 Kelly, Petra Kelly, S. 119.
- 82 Kelly, *Thinking Green!*, S. 55.
- 83 Mit dem Zerfall der Sowjetunion ist auch die marxistische radikale Linke zusammengebrochen. Die Lücke ist durch nichts gefüllt worden. Die «Linke» hat zur Zeit keine Identität und daher keine politische Stoßrichtung. Es existieren noch marxistische Regimes, etwa in China und auf Kuba, aber sie spielen nirgends auf der Welt eine Rolle als ideologische Vorbilder. Nordkorea ist bedeutend nicht aufgrund seiner kommunistischen Ideologie, sondern nur aufgrund seiner atomaren Möglichkeiten.
- 84 Theodore K. Rabb schreibt in *The Last Days of the Renaissance and the March to Modernity*: «Es ist ein weiter Weg von der Zeit Karls des Großen zurück zu unserem Ausgangspunkt im zwanzigsten Jahrhundert. Doch die Muster der Entstehung und Wiederauflösung von kultureller und gesellschaftlicher Kohärenz haben sich seitdem nicht verändert.» New York 2006, S. 220.
- 85 Westliche Technologie verstärkt westliche Werte beispielsweise, indem sie den Einzelnen ermächtigt. Man denke etwa an das Automobil und den PC.
- 86 Siehe *New York Times*, 30.9.2007, S. 12.



# Grünes Bulletin

Ausgabe Nov/Dez. '84

**DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG informieren:**

## Faschismusvergleiche: Schlechtes Gewissen oder eine Kampagne Geißlers?

**DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG diskutierten mit Gästen über Nazi-Vorwürfe**



Foto: Richard Schupp-Wolberg

Die Bundestagsfraktion der GRÜNEN hat am 3. Dezember drei Stunden lang in sachlicher Atmosphäre über Äußerungen von CDU/CSU/FDP-Politikern diskutiert, mit denen die GRÜNEN in die Nähe von Nationalsozialisten oder Kommunisten gerückt wurden. In der Sondersitzung der Fraktion nahmen als Gäste auch Bundestagsvizepräsident Heinz Westphal (SPD), die SPD-Abgeordneten Ernst Waltemathe und Dietrich Sperling sowie Hildegard Hamm-Brücher von der FDP teil. CDU/CSU-Politiker waren der Einladung nicht gefolgt. GRÜNEN-Fraktionssprecherin Antje Vollmer hatte für die Sitzung eine Zusammenstellung der »gesammelten Nazi-Vergleiche« von CDU-, CSU- und FDP-Politikern aus Protokollen der Bundessitzung vorgelegt, darunter die  
(Fortsetzung Seite 2)

Inhalt: S. 3 Flick-Debatte • S. 6 »Geld beschaffen für mehr Waffen« • S. 7 Verbot der Weltraumrüstung gefordert • S. 9 Verkabelung und neue Medien: Triviale Kultur • S. 12 Chemische Waffen in USA • S. 14 Neuordnung der Gemeindefinanzen •

Die Bundestagsfraktion der Grünen diskutiert am 3.12.1984 über Vorwürfe von CDU/CSU/FDP-Politikern, mit denen die Grünen in die Nähe von Nazis oder Kommunisten gerückt wurden.



# «Ein atomares Auschwitz»: Die Lehren der Geschichte und der Streit um die Nachrüstung<sup>1</sup>

Während der Bundestagsdebatte zur Nachrüstung – der Stationierung von Pershing- und Cruise-Missile-Mittelstreckenraketen in Europa – im November 1983 beriefen sich Mitglieder des Bundestages (MdBs) von CDU/CSU auf deutsches Leiden während und nach dem Zweiten Weltkrieg, nämlich an der Front, bei den Bombenangriffen auf deutsche Städte und bei der Vertreibung aus den Ostgebieten. Sie benutzten dabei das Argument, dass die Raketen die beste Möglichkeit darstellten, eine Wiederholung solcher Zerstörung zu vermeiden. Bundeskanzler Helmut Kohl sprach von den unzähligen Deutschen, die Schlimmes erlebt hatten, «am eigenen Leibe, in ihrer Familie, in ihrem Freundeskreis»<sup>2</sup>. Die Grünen-Abgeordnete Christa Nickels bezog sich in ihrer Rede auf diese Schilderungen von Kriegserfahrungen und brachte auch eine kurz zuvor gefallene Äußerung Bundeskanzler Kohls in Erinnerung, er brauche Hiroshima nicht zu besuchen, da er schon aufgrund der Bombenangriffe auf Dresden und Hamburg wisse, was Krieg heiße. Doch verwarf Nickels diese Geschichten vom deutschen Leiden nicht einfach. Stattdessen zeigte sie Verständnis für die Redner und nutzte ihre Erfahrungen, um atomare Abrüstung zu vertreten: «Ich glaube, dass Sie die Hölle erlebt haben. Ich teile diese Meinung. Das, was sie nicht gelernt haben, aber – das, was diesmal neu ist –: es gibt eine Steigerung der Hölle».<sup>3</sup>

Dieser Austausch offenbart einige der vielen und komplexen Wege, auf denen die Nazivergangenheit in den außenpolitischen Debatten in der Bundesrepublik vorkommt, darunter einige, die nicht mit den gängigen Beschreibungen der nachkriegsdeutschen Erinnerungslandschaft in Übereinstimmung zu bringen sind.

Diese Arbeit erörtert die sich verändernde politische Bedeutung des Nationalsozialismus, des Zweiten Weltkriegs und des Holocaust in den 1980er Jahren anhand zweier wichtiger Bundestagsdebatten des Jahres 1983: dem Streit zwischen Heiner Geißler von der CDU und Joschka Fischer von den Grünen im Juni und Juli und der Abstimmung über die Nachrüstung im November – dies alles vor dem Hintergrund der nationalistischen Wende nach dem Regierungswechsel 1982, illustriert durch das Debakel von Bitburg 1985 und den Historikerstreit 1986. Sie zeigt, dass es in dieser Periode teilweise zu neuen Übereinstimmungen zwischen linken und rechten Bewertungen der Rolle der Nazivergangenheit in der deutschen Außenpolitik kam, da die Rechte begannen, einen moralischen Anspruch sowohl auf Basis der Lehren aus Auschwitz als auch der aus München zu erheben. Währenddessen begannen die Realos unter den Grünen sowohl die Westbindung<sup>4</sup>, also die Integration der Bundesrepublik in die westliche Gemeinschaft, als einen wichtigen Bruch mit der Nazivergangenheit zu betrachten als auch die konservative Definition eines neutralen Deutschlands

außerhalb der NATO als Wiederaufleben eines gefährlichen deutschen Sonderwegs zu akzeptieren.<sup>5</sup> Diese Arbeit zeigt weiter, dass der Streit um die Nachrüstung ein oft abstraktes Verständnis der Nazivergangenheit bei den Grünen enthüllte, in dem sowohl die Metapher vom Holocaust als auch die Erinnerung an den Bombenkrieg benutzt wurden, um die Gefahren eines potenziellen Atomkrieges darzustellen. Dieser undifferenzierte Umgang mit der Vergangenheit machte Mitte der 1980er Jahre einem konkreten Fokus auf die spezifischen Opfer und Täter des Nationalsozialismus und des Holocaust Platz. Diese Entwicklung kam, als die Grünen versuchten, sich gegen die konservative Regierung Kohl abzugrenzen, die sich auf nationalistische Elemente in der Union und der Wählerschaft (wie etwa die Vertriebenenverbände) stützte und die Naziverbrechen zu relativieren suchte. Die Entwicklung stand auch im Zusammenhang mit einer generell gestiegenen öffentlichen Wahrnehmung des Holocaust und mit den Argumenten der Realo-Fraktion innerhalb der Grünen.

### **Diese Welt vor ihrer endgültigen Zerstörung retten**

Die Grünen entstanden zu einer Zeit, als die beiden Supermächte ungefähre Parität in strategischen Atomwaffen erreicht hatten und die Vereinigten Staaten über keine glaubwürdige Drohung mehr verfügten, mit der sie Westeuropa hätten verteidigen können. Einige NATO-Atomstrategen begannen, Konzepte vom «eingeschränkten» Atomkrieg in Europa zu formulieren. Mit dem «Doppelbeschluss» vom Dezember 1979 beschloss die NATO, Cruise-Missile- und Pershing II-Mittelstreckenraketen in Westeuropa zu stationieren, sollte die Sowjetunion sich weigern, ihre SS-20-Mittelstreckenraketen aus Osteuropa zurückzuziehen. In der Bundesrepublik erzeugte dieser Beschluss «spürbare Angst vor einem Atomkrieg», da Millionen von Bürgern die Pershings und Cruise Missiles als Waffen für einen atomaren Schlagabtausch beiderseits der deutsch-deutschen Grenze ansahen.<sup>6</sup> In diesem Klima atomarer Angst übernahmen die Grünen E.P. Thompsons Konzept des «Exterminismus» und sprachen davon, dass sowohl die Zerstörung der Natur als auch die wachsende Gefahr eines Atomkriegs eine exterministische Logik zeigten.<sup>7</sup> Sie sahen sich selbst als Teilnehmer einer «Revolte des Lebens gegen eine Welt voller Tod».<sup>8</sup>

Dieses Klima spiegelte sich in dem grünen Verständnis der Bedeutung des Zweiten Weltkrieges und des Holocaust für die Außenpolitik. Sie bezweifelten, dass die Regierungen der Welt, die immer mehr Waffen der Massenvernichtung produzierten, die Lehren aus der deutschen Geschichte gelernt hatten,<sup>9</sup> und stellten einen Atomschlag als viel schlimmer dar als alle Bombenangriffe auf deutsche Städte während des Zweiten Weltkrieges, als das Resultat einer inhumanen Modernität, ebenso wie Auschwitz, nur mit dem Vielfachen an Opfern, oder als das nächste Hiroshima, mit Europäern und insbesondere Deutschen als den anvisierten Opfern. In ihrem Bundestagswahlprogramm von 1983 forderten die Grünen unilaterale Abrüstung für Deutschland «in Erinnerung an die Schrecken des II. Weltkrieges, die» im Falle einer atomaren Konfrontation zwischen den Supermächten «übertroffen werden würden»<sup>10</sup>. Am vierzigsten Jahrestag des Aufstandes im Warschauer Ghetto veröffentlichten sie eine Pressemitteilung, die «die Opfer des deutschen Antisemitismus» betrauerte und über die aus dem Holocaust entstehenden Verpflichtungen reflektierte. Diese Verpflichtungen waren teils sehr spezifisch – die Grünen verurteilten die Tendenz, die Nazivergangenheit zu verdrängen, da sie zu unzureichender

Bestrafung der Täter und zur Ablehnung der Forderung nach Reparationen geführt und neuen Rechtsextremismus ermöglicht hatte – und sehr generell: in Erinnerung an den Holocaust hatten die Grünen es sich «zur Aufgabe gemacht, diese Erde vor ihrer endgültigen Zerstörung, sei es durch Krieg oder durch Naturzerstörung, zu retten»<sup>11</sup>.

1985 schrieb Bundesvorstandsmitglied Norbert Kostede in einem offenen Brief an die Sozialdemokratische Partei (SPD) zum Jahrestag des 8. Mai 1945, der 8. Mai verpflichtete beide Parteien auch dazu, nicht blind zu sein «gegenüber dem Notstand, gegenüber den Bedrohungen und zerstörerischen Projekten unserer Zeitgeschichte». Grüne und Sozialdemokraten würden «nur dann der, historischen Lehre' gerecht sein», wenn sie ihre «enge, intime Beziehung zu der Tagespolitik verstehen!» – die aktuellen Bedrohungen seien nicht der «Faschismus», sondern die Aufrüstung und die Zerstörung elementarer ökologischer Lebensgrundlagen. Kostede schloss, Max Horkheimer zum Thema Faschismus wiedergebend: «Wer von unserer gemeinsamen Verantwortung für eine neue Politik nichts wissen will, der sollte von der, historischen Lehre des 8. Mai', der sollte von Auschwitz und den Schrecken des Weltkrieges schweigen.»<sup>12</sup> Die Grünen stellen ihre eigene Opposition zu Atomwaffen als Widerstand in der Tradition des Widerstands gegen die Nazis dar, nur als eine noch dringlichere Aufgabe.<sup>13</sup> Auf dem von der Partei 1983 veranstalteten «Nürnberger Tribunal gegen Erstschlags- und Massenvernichtungswaffen in Ost und West» richteten Petra Kelly und Hermann Verbeek einen Aufruf an die Bürger der Bundesrepublik zu «gewaltfreiem Widerstand und zivilem Ungehorsam (...) stärker und weiterreichend als alles, was die Welt je zuvor erlebt hat. (...) Nie wieder wird man sagen können 'Wir haben von nichts gewusst'.»<sup>14</sup>

Während die Grünen ihren Widerstand gegen die Raketenstationierung in der antifaschistischen Tradition verorteten, als deren politische Erben sie sich sahen, stellte ihre Rhetorik während des Kalten Krieges – in der Parole «Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg» zusammengefasst – einen Zusammenhang zwischen Pazifismus und Antifaschismus her, der später vielfach als ahistorisch beschrieben wurde.<sup>15</sup> Zum Beispiel schrieben die Fraktionssprecherinnen Antje Vollmer, Waltraud Schoppe und Annemarie Borgmann 1985 in einem offenen Brief an den Kanzler, dass «die Ökologie- und Friedensbewegung in der Tradition des Antifaschismus stehen und alles daran setzen, Gewaltfreiheit zum ersten Mal in Deutschland zur tragenden Säule einer ganzen politischen Bewegung zu machen»<sup>16</sup>.

## Die Nachrüstung

Das zentrale Thema der Friedensbewegung war die Opposition zum NATO-Doppelbeschluss von 1979, der vom damaligen Kanzler Helmut Schmidt unterstützt wurde, aber die SPD spaltete. In den Jahren 1980-81 entstand eine europaweite Friedensbewegung, deren erste Massendemonstration in der Bundesrepublik im Oktober 1981 stattfand. Die Phase der maximalen Mobilisierung dauerte von da an bis zum November 1983, als die konservative Mehrheit im Bundestag der Stationierung zustimmte. Die ganze Zeit über stellten die Grünen sich als der parlamentarische Arm der Friedensbewegung dar.

Im Juni und Juli 1983 kam es zu einem erregten Streit mit CDU-Generalsekretär Geißler und dem Grünen MdB Fischer als den Hauptprotagonisten über die «Lehren

aus der Geschichte». Sie zeigte eine tiefe Kluft zwischen Links und Rechts in der Erinnerung an den Holocaust. Wie Jeffrey Herf erläutert, wurde bei den Linken die Erinnerung an den Holocaust in Antimilitarismus übersetzt, während für bundesdeutsche Konservative «die Erinnerung an die Nazizeit weniger auf Auschwitz gerichtet [war] als auf den Versuch, Parallelen zu sehen zwischen Appeasement gegenüber den Nazis in den 1930ern einerseits und ‚Appeasement‘ gegenüber der Sowjetunion in den 1980ern in Form von Opposition zu den NATO-Stationierungen (...)»<sup>17</sup>. Herf beschreibt diesen Streit als den am bittersten geführten in der gesamten Auseinandersetzung um die Nachrüstung: «Diese Bitternis hatte sehr viel damit zu tun, wie die Erinnerung an und die Auswirkungen von Auschwitz, aber auch die von ‚München‘, von der modernen westdeutschen Politik verarbeitet wurden. War der Holocaust möglich gemacht geworden durch die instrumentale Rationalität der Moderne oder durch das Appeasementdenken, das zum Münchener Abkommen geführt hatte?»<sup>18</sup>

Die Geißler-Fischer-Debatte wurde ausgelöst durch ein Interview mit Fischer und seinem Grünen-Fraktionskollegen Otto Schily aus dem sozialdemokratischen Teil des grünen Spektrums. Während des Interviews stellte *Der Spiegel* die Behauptung der Grünen, mit ihren Anti-Raketen-Demonstrationen ihr Widerstandsrecht auszuüben, in Frage, weil das verfassungsgegebene Recht auf Widerstand nur für ernstere Situationen, wie etwa dem Ermächtigungsgesetz und dem Holocaust, gelte. Schily erwiderte, dass der Atomkrieg eine ebenso ernste Sache ist: «Wenn Europa an den Rand eines Atomkrieges gebracht wird, bedroht uns ein atomares Auschwitz. Darum ist gewaltfreier Widerstand gerechtfertigt.» Als er gefragt wurde, was organisierter Massenmord mit einer fragwürdigen Waffenpolitik zu tun habe, antwortete Schily, dass der schlimmste Fall «vielmal» so schlimm sei wie Auschwitz. Später machte Fischer eine Bemerkung, die ein durch die Theorien Horkheimers und Adornos geprägtes Verständnis des Holocaust zeigte, die den Holocaust als zentrales Element des deutschen Faschismus betrachtet, aber universale Fragen der Modernität und Technologie hervorgehoben hatten, um ihn zu erklären: «Es ist sicher richtig, die Einmaligkeit des Verbrechens, das die Nationalsozialisten am jüdischen Volk begangen haben, nicht mit schnellen Analogieschlüssen zu überdecken. Aber ich finde doch moralisch erschreckend, daß es offensichtlich in der Systemlogik der Moderne, auch nach Auschwitz, noch nicht tabu ist, weiter Massenvernichtung vorzubereiten – diesmal nicht entlang der Rassenideologie, sondern entlang des Ost-West-Konflikts. Da analogisiere ich nicht mit Auschwitz, aber ich sage: Auschwitz mahnt eigentlich daran, diese Logik zu denunzieren, wo sie auftritt, und sie politisch zu bekämpfen.»<sup>19</sup>

Geißler ging in einer Debatte über den Doppelbeschluss am 15. Juni auf diese Äußerung ein. Seine Bemerkungen versetzten den Bundestag sofort in Aufruhr, und die Grünen, die SPD und einige Mitglieder der FDP forderten ihn dazu auf, sie zurückzunehmen; zwei Wochen später wurde eine Sondersitzung abgehalten, um über einen Antrag der SPD auf Entlassung Geißlers als Minister für Jugend, Familie und Gesundheit abzustimmen. Mit Bezug auf das *Spiegel*-Interview hatte Geißler gesagt, Fischer habe unzulässigerweise ein «zweites Auschwitz» mit «unserer Verteidigungspolitik und der Politik der atomaren Abschreckung» in Verbindung gebracht. Vor allem aber stellte Geißler die Behauptung auf, das «schreckliche und mörderische» nationalsozialistische Regime sei nicht möglich gewesen ohne die Schwäche

der westlichen Demokratien, und verglich die britische und französische Appeasementpolitik mit der zeitgenössischen Anti-Atom-Bewegung: «Herr Fischer, ich mache Sie als Antwort auf das, was Sie dort gesagt haben, auf folgendes aufmerksam. Der Pazifismus der 30er Jahre, der sich in seiner gesinnungsethischen Begründung nur wenig von dem unterscheidet, was wir in der Begründung des heutigen Pazifismus zur Kenntnis zu nehmen haben, dieser Pazifismus der 30er Jahre hat Auschwitz erst möglich gemacht.»<sup>20</sup>

Mit dieser Bemerkung, schreibt Herf, «stieg die politische Temperatur bis zum Siedepunkt»<sup>21</sup>. Alfred Dregger vom nationalistischen rechten Flügel der CDU verteidigte Geißler. Dregger bezeichnete die Bemerkungen Fischers als «eine unglaubliche Unverschämtheit», welche «die Massenmörder von Auschwitz und die demokratischen Regierungen, die sich darum bemühen, den Frieden und die Freiheit ihrer Völker zu erhalten», auf eine Stufe stellten. Dregger gab zu, dass nicht die Pazifisten, sondern Antisemitismus, Faschismus und Nationalsozialismus für Auschwitz verantwortlich waren, aber er stellte erneut fest, dass Hitler ohne den Pazifismus der 30er Jahre nicht ganz Europa hätte unterwerfen können.<sup>22</sup> Andere Redner verurteilten Geißlers Äußerungen, wobei sie eine Reihe unterschiedlicher Argumente entwickelten. Viele argumentierten, Appeasement und Pazifismus seien zwei verschiedene Dinge. Schily und Gert Weisskirchen (SPD) etwa bestanden beide darauf, dass Geißler den klaren Unterschied zwischen dem sozialistischen Pazifist Carl von Ossietzky, der im Konzentrationslager umkam, und dem Architekten der Appeasementpolitik Neville Chamberlain anerkannte.<sup>23</sup> Ernst Waltemathe (SPD) fragte, ob seine pazifistischen Verwandten, die in Auschwitz vergast wurden, an ihrer Ermordung selber schuld waren.<sup>24</sup> Hartmut Soell (SPD) war der Ansicht, dass die Position Geißlers Hitler von Schuld reinwasche, und Hildegard Hamm-Brücher (FDP) fragte, was der Pazifismus mit dem Judenhass in Deutschland zu tun hatte.<sup>25</sup> Wolfgang Mischnick (FDP) bat Geißler, keinen Zusammenhang zwischen pazifistischen Einstellungen und der Judenverfolgung zu schaffen,<sup>26</sup> und Hermann Scheer (SPD) fand, dass es Deutschland gut getan hätte, wenn es in früheren Jahrzehnten «mehr Pazifisten als Nazis and Militaristen» gehabt hätte.<sup>27</sup>

Kelly wies für die Grünen darauf hin, dass Fischers Wortwahl nicht neu war. Sie fragte Geißler, ob ihm bewusst sei, dass der amerikanische Erzbischof Hunthausen die Phrase «atomares Auschwitz» verwandt hatte, und erklärte, dass die Demonstranten gewaltlosen Widerstand übten gegen das, was sie (wieder Hunthausen zitierend) als «das Auschwitz der Menschheit» sahen.<sup>28</sup> Schily sagte, er verstehe die Bedenken von Abgeordneten der CDU/CSU gegen die Verwendung des Wortes «Auschwitz» im Zusammenhang mit atomarer Abschreckung, beschrieb aber den Zusammenhang als relevant: «Wenn man mit Massenvernichtungsmitteln droht, [...] dann droht man mit einem vielfachen Auschwitz. [...] Wenn Sie sich auf die Realität einlassen, müssen Sie sich vergegenwärtigen, daß Sie mit der Vernichtung von Kindern, Frauen, Greisen, Männern in millionenfacher Zahl drohen.»<sup>29</sup>

Acht Tage später stellte Jürgen Schmude (SPD) einen erfolglosen Antrag auf Entlassung Geißlers, weil Geißler die «historische Wahrheit über die Verantwortung für den vom nationalsozialistischen Staat betriebenen organisierten Massenmord an jüdischen Menschen verbogen» habe. Geißler habe damit sowohl «das allgemeine Rechtsempfinden» verletzt als auch das Andenken der Opfer des nationalsozialistischen Mordregimes beleidigt, indem er sie für ihr Schicksal teilweise selbst verant-

wortlich dargestellt habe, zudem habe er zu Hass gegenüber der Friedensbewegung angestachelt. Schmuide stellte klar, dass die SPD die Gleichsetzung zwischen Auschwitz und Atomkrieg ablehne, weil sie die Abschreckungspolitik in wichtigen Punkten verzerrt darstelle und «den Blick auf das ganze Ausmaß des mörderischen Verbrechens, das mit Namen wie Auschwitz gekennzeichnet wird», verstelle. Doch wenn Geißler solche Gedankenverbindungen zurückweisen wolle, dürfe er nicht selbst noch schlimmere Verwirrung schaffen: «Den Pazifismus der 30er Jahre in irgendeinen ursächlichen Zusammenhang mit Rassenhaß und Massenmord zu bringen, ist [...] verwerflich.»<sup>30</sup>

Wolfgang Schäuble (CDU) verteidigte Geißler und die atomare Abschreckungspolitik und stellte dabei eine kühne Behauptung über das historische Bewusstsein der Unionsparteien auf. Er benutzte Max Webers Konzept einer «Gesinnungsethik» im Gegensatz zu einer «Verantwortungsethik», um zu behaupten, die Lehre aus Weimar und dem Dritten Reich sei, dass ein Politiker «nicht nur für sein Tun, sondern auch für die Folgen seines Tuns und für die Folgen seiner Unterlassungen verantwortlich» sei.<sup>31</sup> Geißler verteidigte sich mit einem ähnlichen Argument – Pazifisten müssten die Konsequenzen ihrer Politik der radikalen unilateralen Abrüstung betrachten und akzeptieren, dass die Abschreckungspolitik vielleicht die eigentliche Lehre der Geschichte darstelle: «Auschwitz kann nicht rückgängig gemacht werden. Aber wir heute Lebenden können heute unsere Freiheit bewahren, wenn wir aus der Geschichte lernen.»<sup>32</sup> Schäuble griff auch den Versuch der Grünen, die Phrase «atomares Auschwitz» in die Diskussion einzubringen, an und forderte die SPD auf, sich von den Grünen zu distanzieren, weil diese die Atompolitik der Regierung Schmidt auf eine Stufe mit Auschwitz stellten.<sup>33</sup>

Fischer hielt dann eine der berühmtesten Reden seiner parlamentarischen Karriere. Er stellte klar, dass er keine demokratisch gewählte Regierung, egal wie schlecht, mit Hitlers Verbrechen und Massenmorden vergleiche, und dass er auch nicht die zeitgenössische Atomwaffenpolitik mit der Vernichtung der Juden, Sinti und Roma gleichsetze. Doch verteidigte er seinen Standpunkt der Moderne gegenüber. Im Ersten Weltkrieg hätten die Menschen die immensen Vernichtungskapazitäten moderner Industrie erlebt, und dieses Erlebnis sei ein Hauptmotiv des «Gesinnungspazifismus» der 1930er Jahre gewesen. Später, in Auschwitz, wurden nicht mehr Armeen, sondern ganze Völker vergast, aber damit war die «Spirale der Zerstörung» noch nicht am Ende, wie die Atombombe zeige: «Als wie krank muß man eigentlich eine Zivilisation bezeichnen, in der die angedrohte und technisch bereitgehaltene Verbrennung ganzer Völker im atomaren Feuer – und sei es zu Verteidigungszwecken – als Voraussetzung der eigenen Sicherheit angesehen wird?» Hunthausen habe sich auf «die verbrannten Völker in einer möglichen atomaren Katastrophe und nicht eine verbrecherische Absicht einer westlichen Regierung» bezogen, als er die Phrase vom «atomaren Auschwitz» prägte. «Auschwitz», fügte Fischer hinzu, «war das Ergebnis eines perversen Vernichtungswillens einer deutschen Regierung; der atomare Holocaust wird das Ergebnis von Sachzwängen, Irrtümern und Selbstüberschätzung sein.»<sup>34</sup>

Fischer bezeichnete Geißlers Versuch, die Opfer des Nationalsozialismus für ihr eigenes Leiden verantwortlich zu machen, als grauenhaft und vermutete, die These sei wahrscheinlich populär bei einigen ehemaligen Soldaten, Vereinen ehemaliger SS-Männer und den Teilen der deutschen Industrie, die von der Arisierung profitiert



hatten. Überdies sei Geißlers Versuch, anderen Länder die Verantwortung zuzuschieben, eine traditionelle Behauptung der deutschen Nationalisten. Herf dagegen sieht in Geißlers an Churchill erinnernden Angriff auf die britischen Appeasementpolitik ein Indiz für die tiefgreifende Verwestlichung der Bundesrepublik – deutsche Konservative der 30er Jahre seien nicht gegen die Appeasementpolitik gewesen, sondern gegen die Weimarer Republik.<sup>35</sup> Zum Schluss erinnerte Fischer Geißler daran, dass es deutsche Industrielle und Nationalisten gewesen waren, die Hitler an die Macht geholfen hatten, gegen den Widerstand der Kommunisten, Sozialdemokraten und vieler anderer Einzelner. «Diese Menschen sollen schuld an Auschwitz sein, Herr Geißler: Ein Carl von Ossietzky, den die Nazis gequält haben, ein Erich Mühsam, Jude, Anarchist, Pazifist und Poet, den die SS langsam zu Tode marterte, während andere mit feuchtem Blick ihrem Führer zujubelten oder sich von ihm mit dem enteigneten jüdischen Vermögen die Taschen füllen ließen? [...] Die deutsche Rechte wird niemand aus ihrer Verantwortung für den Völkermord in Auschwitz herausreden, auch Sie nicht, Herr Geißler. Dieses Erbe, das Ihre Partei immer geflissentlich übersieht, hat sich ja in die westdeutsche Nachkriegsrepublik herübergerettet. Die Globkes, Oberländers, Vialons, Kiesingers und Filbingers hat es ja wohl wirklich gegeben, genau wie all die Beamten, Richter, Ärzte und Wirtschaftsführer, die den braunen Massenmord erst möglich gemacht oder ihn zumindest billigend in Kauf genommen haben. Auch sie findet man als tragende Säulen dieser Republik und der sie regierenden christlichen Partei!»<sup>36</sup>

Antje Vollmer verstand Geißlers Rede als Teil einer kalkulierten Regierungsstrategie, die moralische Integrität der Friedensbewegung, die ihr wichtigstes Kapital war, zu beschädigen. Zu diesem Zweck gebe Geißler zu, dass die Ziele der Friedensbewegung ehrenhaft waren, beharre aber darauf, dass den Konservativen «die eigentliche, die höhere, die tragischere Moral» gehöre: «Der Pazifist ist ein einfacher Moralist, wir, die wir diese einfache Moral hinter uns lassen, sind die wirklichen Retter Deutschlands vor der Wiederkehr totalitärer Regimes und Herrschaftsformen.»<sup>37</sup> Eine Woche nach seinen kontroversen Bemerkungen erklärte Geißler, dass er mit «Pazifismus» nur die Appeasementpolitik gemeint habe, die zum Teil durch Druck von der britischen Friedensbewegung angetrieben gewesen sei. Er stellte auch klar, dass diese Politik keine moralische Verantwortung für die Vernichtung der Juden Europas trage. Die Appeasementpolitik sei jedoch einer von vielen Faktoren, die die Bereitschaft Hitlers zum Krieg beeinflusst hatten. Viele Beobachter beschrieben später die von einer Verantwortungsethik geprägte, interventionistische Position von Teilen der Grünen in der Ära nach dem Kalten Krieg – und ihre Gleichsetzung von Pazifismus und Appeasement – als der Haltung Geißlers im Jahr 1983 sehr ähnlich.<sup>38</sup>

Helmut Dubiel stellt die Periode von 1983 bis 1987 als eine Reihe von Kontroversen über die Nazizeit vor dem Hintergrund des Streits um die Nachrüstung dar. Er beschreibt diese Kontroversen zum Teil als das Resultat einer Spannung zwischen dem «linksliberalen Antifaschismus» der Grünen, der nicht einfach mit antikommunistischen Argumenten abgetan werden konnte, und dem «neuen Geschichtsbewusstsein» Kohls und seines Kabinetts.<sup>39</sup> Doch beschreiben Dubiel und Herf den Geißler-Fischer-Streit als Zeichen eines schrumpfenden Abstands zwischen den historischen Argumenten der deutschen Linken und Rechten. Dubiel ist der Ansicht, es habe bis in die 1980er Jahre eine fundamentale Kluft zwischen der Linken und den

Konservativen in Bezug auf die öffentliche Diskussion der Nazivergangenheit gegeben – die Linke habe die Diskussion darüber oft erzwungen, während Konservative eher zu «Zurückhaltung, Bemäntelung, Verschweigen» neigten. Doch mit dem Amtsantritt der Regierung Kohl änderte sich diese Dynamik. Die Geschichte des Dritten Reichs erschien plötzlich als «gefährloser Steinbruch zur instrumentellen Bedienung aller Parteien». Christdemokraten bezogen sich jetzt offensiv auf die Nazivergangenheit, einschließlich des Holocaust, um ihre eigenen politischen Ziele historisch zu rechtfertigen.<sup>40</sup> Es gab eine lange Tradition der Berufung auf Auschwitz durch die Linke, um ihre Politik zu erklären, aber für die CDU war dies neu.

Nach der Geißler-Fischer-Debatte begannen Vertreter der Union, von den Lehren aus Auschwitz zu sprechen. Schäuble etwa entwickelte in Erwiderung auf sozialdemokratische Kritik an Geißlers Äußerungen ein Konzept der «Gemeinschaft der Demokraten»: «Der Gedanke der Union ist in den Konzentrationslagern des Dritten Reiches entstanden. Unsere Väter damals und wir selbst heute haben geschworen, daß wir das niemals wieder zulassen werden, daß Freiheit und Menschenrechte mit Füßen getreten werden. Unter diesem Gesetz sind wir angetreten, und diesem Gesetz bleiben wir treu. Ich denke, daß auch die Sozialdemokraten sich diesem Gesetz verpflichtet wissen. Darin gründet sich die Gemeinsamkeit der Demokraten, an die ich appelliere.»<sup>41</sup>

Wie Dubiel bemerkt, ist dies eine «beschönigende» Darstellung der Geschichte der CDU, aber dennoch ein gutes Beispiel der Annäherung in Bezug auf Haltungen (oder zumindest Rhetorik) der politischen Lager: in dem sie sich über die heutige Bedeutung von Auschwitz stritten – für Geißler zeigte Auschwitz «die Notwendigkeit der militärischen Selbstbehauptung demokratischer Systeme» auf, wohingegen Fischer in Auschwitz ein Symbol «für die destruktive Kapazität moderner Technologie» sah –, bewiesen sie die Gemeinsamkeit ihrer Prämissen. Geißlers provokative Äußerung habe «die allmähliche Generalisierung eines rhetorischen Musters der Linken» zur unbeabsichtigten Folge gehabt. Aber trotz dieser teilweisen Annäherung zwischen Links und Rechts, die vor allem im öffentlichen Forum des Bundestages stattfand, sieht Dubiel eine gleichzeitige Verschärfung der Gegensätze in Bezug auf das politische Handeln.<sup>42</sup> Herf beschreibt eine ähnliche Verbindung von Annäherung und Entfremdung, zieht aber andere Schlüsse. Während Dubiel Fischers Argumentation in Bezug auf Auschwitz und Atomwaffen für «stichhaltiger» hält, kommt Herf zu dem Urteil, dass Geißlers Position die «Behauptung der Linken, bei der Beurteilung der Nazivergangenheit die moralische Überlegenheit zu besitzen», ernsthaft herausfordert.<sup>43</sup>

Dubiel sieht in dem graduellen Eindringen der Topoi des linksliberalen Antifaschismus in Unionskreise nach dem März 1983, welches seinen Höhepunkt mit der gefeierten Rede Bundespräsident Richard von Weizsäcker vom 8. Mai 1985 erreichte, eine Herausforderung für die politische Identität beider Lager. Die noch streng konservative Mehrheit der Unionsparteien, wie etwa Dregger, nahm diese neuen Ideen als Zeichen einer kulturellen Hegemonie der Linken wahr, die jetzt in ihre eigenen Kreise hineinreichte. Aber die verwässerte und verspätete Auseinandersetzung der Union mit Auschwitz stellte auch eine Bedrohung für die Identität der Linke dar. Dadurch, dass sie nun von allen politischen Lagern benutzt wurde, wurde «Auschwitz» als Metapher mehrdeutig. Dubiel sieht im Streit um die Nachrüstung ein frühes Zeichen eines Phänomens, das durch den Golfkrieg den frühen 90er Jahre



klarer veranschaulicht wurde: unter Bezugnahme auf Auschwitz können zwei gegensätzliche politische Schlussfolgerungen, wie etwa Befürwortung und Ablehnung des Golfkriegs, gezogen werden.<sup>44</sup>

Herf kritisiert auch, wie die Geschichte im Kampf gegen die Nachrüstung verwandt wurde, zum Beispiel das, was er als «Abstraktion weg von den Details» bezeichnet. Herf stellt fest, dass dies richtigerweise vor allem als Kennzeichen des konservativen Diskurses über die Nazizeit in den 1980er Jahren bezeichnet wird. Zum Beispiel zeigte 1983 Kohls Vorhaben, ein gemeinsames Denkmal für alle Opfer von Krieg und Tyrannei zu bauen, eine sehr undifferenzierte Vorstellung von den Tätern und Opfern des Nationalsozialismus. Nach eigener Aussage wollte Kohl «ein gemeinsames, würdiges Denkmal für alle, die Opfer beider Weltkriege, die Opfer von Gewaltherrschaft und Rassenwahn, die Opfer des Widerstands, der Vertreibung und der Teilung unseres Vaterlandes, und auch die Opfer des Terrorismus». Doch legten westdeutsche Linke mit ihrem Konzept eines «atomaren Auschwitz» dieselbe Form von Abstraktion an den Tag.<sup>45</sup> Die politische Instrumentalisierung des Begriffs «Holocaust» in dieser Zeit sei zum Teil die Folge von Ereignissen, die zu häufigeren Diskussionen des Holocaust in der Bundesrepublik geführt hatten: die Ausstrahlung der amerikanischen Fernsehserie «Holocaust» 1979 und die Verjährungsdebatte. Aber die Verwendung der Phrase vom «atomaren Auschwitz» in der Anti-Aufrüstungs-Rhetorik der Linken habe eine «implizite Verleugnung der Einzigartigkeit des Holocaust» enthalten, welche bald «in aller Deutlichkeit in den Schriften konservativer Historiker während des Historikerstreits» zu Tage trat.<sup>46</sup>

Andrei Markovits und Philip Gorski weisen ebenfalls auf diese abstrakte Darstellung von Auschwitz in der Rhetorik des grünen Ökopax-Milieus hin, wobei Auschwitz zu «einem allgemein anwendbaren Konzept für alle Massenvernichtungen» und einem «Synonym für die Schrecken der Moderne» werde anstelle eines «Ortes, wo Deutsche an Juden nach den Grundsätzen der industriellen Produktion Völkermord begangen haben»<sup>47</sup>. Günter Grass zum Beispiel verband, wie Fischer, Auschwitz mit Atomwaffen als den Folgen einer schrecklichen Moderne: «Es gibt keinen großen Unterschied zwischen der zynischen Missachtung grundsätzlicher ethischer Werte auf der infamen Wannsee-Konferenz, wo die Endlösung beschlossen wurde, und dem Zynismus, der heute Kriegsspiele erzeugt, die atomare Schlagabtausche simulieren mit Hochrechnungen von hier fünfzig, da achtzig Millionen Toten. Jeder Deutsche sollte wissen, das wir die Ersten wären, die ihre Nummern in die Kampfmaschine füttern.»<sup>48</sup>

Andere Mitglieder der westdeutschen linken Anti-Atom-Bewegung beschrieben einen möglichen Atomschlag ausdrücklich als schlimmer als Auschwitz, wie schon in den Redebeiträgen der Grünen der beiden hier diskutierten Bundestagsdebatten. Mehrere der Autoren eines von Kelly herausgegebenen Buches zu Hiroshima argumentierten ähnlich. Der deutsch-schwedische Friedensaktivist und spätere Europa-Abgeordnete Jacob von Uexküll wies darauf hin, dass anhand der modernen Technologie die Massenvernichtung leichter geworden sei: «Von Eichmann (der Banalität des Bösen) zu Truman (der Bösartigkeit der Banalität). Wenige würden persönlich Morde begehen, einige mehr wären bereit, auf Befehl Konzentrationslager zu leiten, aber Trumans, die ehrenhafte Gründe finden, auf den Atomknopf zu drücken, gibt es viele.»<sup>49</sup>

## November 1983

Die Raketenstationierung wurde am 21. und 22. November 1983 ein letztes Mal im Bundestag diskutiert. Die Regierung, die SPD und die Grünen reichten jeweils einen eigenen Antrag ein. Die Regierung sprach sich für die Stationierung aus, wohingegen die SPD die Bedeutung des atlantischen Bündnisses würdigte, aber, nunmehr in der Opposition, den Doppelbeschluss in Frage stellte. Die Grünen lehnten beides ab. Die Bundestagsdebatten wurden von einer lärmenden «Belagerung des Bundestags» begleitet. Die Polizei setzte aggressive Methoden, inklusive Tränengas und Wasserwerfer, ein, um die Demonstration unter Kontrolle zu halten, und 15 MdBs der Grünen wurden verhaftet. Die Regierung setzte sich bei der Abstimmung durch, und am 26. November wurde mit der Stationierung begonnen.

Alle Parteien beriefen sich auf Lehren der Geschichte. Die Abgeordneten von Union und FDP betonten die Zugehörigkeit der Bundesrepublik zur westlichen Gemeinschaft und die aus dem Krieg erwachsene Verpflichtung ihren Alliierten gegenüber. Sie stellten auch einen Zusammenhang zwischen Frieden und Freiheit her.<sup>50</sup> Außerdem erinnerten sie die Mitglieder des Bundestages an die Leiden deutscher Soldaten, Kriegsgefangener, Vertriebener und Zivilisten und zogen daraus den Schluss, dass die deutsche Außenpolitik streng multilateral sein müsse und dass Krieg um jeden Fall zu vermeiden sei, indem man NATO-Raketen in der Bundesrepublik stationiere. Aus Chamberlains Fehler habe man gelernt, dass «freie Völker» sich «totalitären» Regimen entgegenstellen müssten.<sup>51</sup> Diese Redner behaupteten, die SPD sei auf dem besten Wege dazu, die NATO-Allianz aufzugeben und damit den jahrzehntelangen außenpolitischen Konsens, der seit ihrer Akzeptanz der Westbindung 1959 geherrscht hatte, zu verlassen.<sup>52</sup> Die Grünen wurden als naziähnlicher oder kommunistischer Pöbel dargestellt.<sup>53</sup> Sozialdemokraten bestritten, die Westbindung der Bundesrepublik in Frage stellen zu wollen, bezeichneten aber die Stationierung als unvereinbar mit der Prämisse, dass nie wieder Krieg von deutschem Boden ausgehen dürfe.<sup>54</sup> Sozialdemokraten zeigten auch Verständnis für die Sicherheitsbedürfnisse der Sowjetunion angesichts des deutschen Überfalls von 1941.<sup>55</sup> Sprecher von SPD und FDP griffen, auch wenn sie zugleich Sympathie für die Ziele der Grünen und der Friedensbewegung ausdrückten, die Grünen wegen ihrer «ahistorischen» und nationalistischen Förderung deutscher Neutralität an, die unter Deutschlands Nachbarn Angst hervorrufen könne.<sup>56</sup>

Die Grünen unterbreiteten in ihren Argumenten gegen die Stationierung und für ein neutrales Deutschland eine Reihe sich teilweise widersprechender historischer Lehren: Sie nähmen ihr grundgesetzliches Widerstandsrecht wahr, wenn sie die politische Entscheidung von der größten Tragweite seit dem Ermächtigungsgesetz bekämpften<sup>57</sup>; die Westbindung habe der Bundesrepublik nicht Frieden und Sicherheit gebracht; gefallene deutsche Soldaten, zivile deutsche Opfer des Zweiten Weltkrieges und jüdische Opfer des Holocaust sprächen allesamt gegen die Stationierung; und der kommende «atomare Holocaust» würde sicher schlimmer sein als alles Vorangegangene,<sup>58</sup> mit Deutschen – «potentielles Schlachtvieh» – als den Hauptopfern.<sup>59</sup> Zum Beispiel fragte Marieluise Beck-Oberdorf: «Wie groß ist denn die Schuld derer, die sich nicht dem Holocaust entgegengestellt haben? Wie groß wird unsere Schuld sein, wenn wir uns nicht (...) mit aller Kraft der Gefahr des atomaren Holocaust entgegenstellen?»<sup>60</sup> Andere, wie Schily, verglichen die Versuche, die Anti-

Raketen-Proteste zu unterdrücken, mit Nazimethoden.<sup>61</sup> Viele sprachen auch von der Neutralität als der richtigen Lehre aus der Vergangenheit. Zum Beispiel stellte laut Beck-Oberdorf die Friedensbewegung den «Sinn und Zweck unserer Freundschaft mit der USA» in Frage.<sup>62</sup>

Dieser undifferenzierte Umgang mit der Geschichte, bei dem Teilnehmer, Zeiten und Orte zum größten Teil austauschbar waren, entsprang einem universalisierenden Impuls mit dem Ziel, allgemein anwendbare Lehren für moralisches politisches Handeln zu ziehen. Doch diese Funktionalisierung der Geschichte hatte auch eine relativierende Wirkung, da die spezifischen Ursachen, Täter und Opfer des Dritten Reiches und des Holocaust in vielen frühen Äußerungen von Grünen nicht vorkommen.

Während Vertreter der CDU/CSU von deutschem Leiden während und nach dem Zweiten Weltkrieg sprachen, um atomare Abschreckung zu verteidigen, nutzten viele Grünen-MdBs dieselben Bilder, um ihre Ablehnung des Doppelbeschlusses zu erklären. Der ehemalige Wehrmachtsoldat und NATO-General Gert Bastian erinnerte an die konservative Opposition zur atomaren Aufrüstung in den 1950er Jahren, die sich darauf berufen hatte, dass Deutschland wisse, «was Trümmer und Ruinen bedeuten».<sup>63</sup> Wolfgang Ehmke machte der Rede Kohls ein Kompliment – Kohl habe zu Recht «von den Schrecken des Krieges, der Gefangenschaft und der Vertreibung» gesprochen. «Auch ich bin Betroffener der Vertreibung. (...) Aber ich denke, daß der Kanzler die falschen Konsequenzen aus den bitteren Kriegserfahrungen zieht.»<sup>64</sup> Die neuen Waffen bedeuteten nicht nur eine erhöhte Kriegsgefahr, sondern auch weit schlimmere als die von dem Kanzler und anderen Rednern beschriebenen Kriegsfolgen. Dieter Burgmann erklärte seine Gegenstimme so: «Ich habe den Krieg, die Bombennächte erlebt. (...) Wir hatten nach dem Krieg eine Hoffnung, die mit der Parole, 'Nie wieder!' umging. Es gab damals einen Konsens im deutschen Volk, daß dieses Volk nie mehr mit Rüstung, nie mehr im Vertrauen auf Rüstungen sein Schicksal gestalten wolle.»<sup>65</sup> Sabine Bard las aus einem Brief, den sie von einer Gegnerin der Stationierung erhalten hatte, der jedoch nur einen Vorgeschmack dessen biete, was ein Atomkrieg bringen würde: «Ich bin im Ersten Weltkrieg geboren. Ich habe meine Kinder im Zweiten Weltkrieg zur Welt gebracht. Mein Mann starb nach jahrelanger russischer Kriegsgefangenschaft [...]. Vater und Bruder sind vermißt. Meine besten Jahre fielen dem Krieg zum Opfer. [...] Die Geschichte beweist, daß Waffen, die gebaut werden, auch benutzt werden.»<sup>66</sup>

Julius Krizsan begründete seine Opposition mit undifferenzierten Bezugnahmen sowohl auf deutsches Leiden als auch auf deutsche Verbrechen: «Ich habe als Achtjähriger das Ende des Zweiten Weltkrieges erleben müssen und traumatische Erinnerungen an das Chaos, die Not, das Elend, den Tod jener Tage behalten» – und das sei bloß ein konventioneller Krieg gewesen. Er zeigte sich auch schockiert, dass trotz des Todes von Opfern des Naziregimes und von mehr als 50.000 sowjetischen Kriegsgefangenen im Konzentrationslager Bergen-Belsen wieder versucht werde, einen Feind zu dämonisieren.<sup>67</sup> Jürgen Reents, vom linken Flügel der Grünen, wies die Behauptung Kohls, eine Minderheit (womit die Friedensbewegung gemeint war) habe kein Recht, der Mehrheit ihren Willen aufzudrängen, zurück, und verwies darauf, dass die Juden eine Minderheit gewesen seien, denen die schweigende Mehrheit erlaubt hatte, ermordet zu werden. Reents folgerte, man müsse Rücksicht auf den Willen einer Minderheit nehmen, wenn es um deren Überleben gehe. Daraufhin erwiderte Alois

Mertes, CDU-Staatssekretär im Außenministerium, er sei von jüdischen Bekannten gebeten worden, «gegen jeden Vergleich der Vernichtung ihrer Angehörigen in Auschwitz durch den Holocaust mit der Frieden und Freiheit sichernden Abschreckungsstrategie des Atlantischen Bündnisses» Stellung zu beziehen.<sup>68</sup> Der Gewerkschaftsaktivist und Grünen-MdB Willi Hoss zitierte einen Bekannten, der behauptet hatte: «Die Deutschen gleichen den Juden, die nach 1933 bis zum Schluß nicht glauben wollten, daß sie umgebracht werden.» Hoss hoffte, dass andere mit ihm daraus lernen würden, «wie es den Juden in Deutschland gegangen ist».<sup>69</sup>

In der Literatur über Einstellungen zur deutschen Kriegserfahrung legen die gängigen Darstellungen der bundesdeutschen Linken nach 1968 den Fokus auf ihr Interesse an deutschen Verbrechen und angeblich kompletten Mangel an Verständnis für deutsches Leiden.<sup>70</sup> Aber tatsächlich sind die obigen Beispiele aus Reden von Grünen in der Stationierungsdebatte Teil einer Tradition der Friedensbewegung, die Lehren aus dem Ersten und Zweiten Weltkrieg nur in der Mahnung «Nie wieder Krieg!» zu verstehen. Weitere Beispiele dieser Kultur sind die oft auf Friedensdemonstrationen in den 1980er Jahren und danach gezeigten Plakate, wie das sozialdemokratische «Nie wieder!»-Plakat aus den frühen 1950er Jahren, das einen Amputierten auf Krücken vor einem Trümmerhintergrund zeigt, und Käthe Kollwitz' 1924 entstandene Zeichnung «Nie wieder Krieg».<sup>71</sup>

In den frühen 1980er Jahren schlug die evangelische Friedensgruppe Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste die Verwendung des Volkstrauertages vor – eines Gedenktags mit nationalistisch-militärischen Assoziationen –, um über die Sinnlosigkeit des Krieges nachzudenken und für den Frieden zu demonstrieren, und begrüßte auch das Gedenken an den Bombenangriff auf Dresden durch die unabhängige Friedensbewegung der DDR.<sup>72</sup> Ältere Mitglieder der Anti-Raketen-Bewegung der BRD haben ihre Opposition zur Stationierung ausdrücklich mit ihren Erfahrungen von Krieg und Vertreibung begründet.<sup>73</sup> Und eine 1982 von einer Gruppe Mainzer Friedensinitiativen herausgegebene Broschüre stellte einen Rundgang durch die durch den alliierten Bombenangriff auf Mainz vom 27. Februar 1945 verursachten Zerstörungen vor, um zu illustrieren, wie Mainz nach dem nächsten Krieg bestenfalls ausschauen würde. Auf dem Einband ist ein großer Atompilz auf ein Bild der zerstörten Stadt von 1945 gelegt.<sup>74</sup>

Das von Petra Kelly herausgegebene Buch *Laßt uns die Kraniche suchen* enthält ebenfalls viele verständnisvolle Hinweise auf die Leiden der Deutschen. Der Beitrag von Kellys Großmutter Kunigunde Birle besteht aus einem Brief, in dem sie um ihr totes Enkelkind Grace, die Kinder von Hiroshima und die Opfer der amerikanischen Luftangriffe auf Nürnberg trauert: «Mein Liebes! Immer, wenn ich das Wort Hiroshima höre, muß ich an Dich denken. [...] die Welt, in der wir heute leben, ist eine atomare – eine bedrohte. Die Kinder, die in Hiroshima durch die Bombe umkamen, waren Kinder ohne Zukunft. [...] Auch die Kinder, die verkohlt und verbrannt unter den Trümmern von Nürnberg lagen, wo ich die Kriegsjahre verbrachte, waren ohne Hoffnung [...]. Ich selbst war auch verschüttet, kroch durch ein Mauerloch nach draußen. [...] der Staub, die Mauerbrocken fielen auf uns herab. [...] Bei einem dieser Angriffe verlor ich meinen Mann. Es ist unbeschreiblich, was ich als Witwe durchgemacht habe. [...] Vielleicht [...] daß wir Erwachsenen endlich begreifen, wie nahe wir dran sind, unsere Welt zu zerstören. Denn nach einem Dritten Weltkrieg wird es keine Überlebenden mehr geben. Deine Omi.»<sup>75</sup>

Und ein Mitglied der japanischen Anti-Atom-Bewegung stellte in drastischen Worten die Flucht eines Freundes aus Dresden in der Nacht vom 13. auf den 14. Februar 1945 dar, während der er sein Auto kaum «durch die Tausenden von Leichen, die in den Straßen lagen», steuern konnte.<sup>76</sup>

Erwähnungen des Leidens der Deutschen als Folge des Zweiten Weltkrieges dienten der Verurteilung der Hochrüstung, waren aber meist gegen die Vereinigten Staaten gerichtet; so auch auf dem von den Grünen veranstalteten Tribunal vom Februar 1983.<sup>77</sup> Das Tribunal verband Darstellungen vom Holocaust und vom deutschen Leiden in einer universalen Moralität, die Parallelen zwischen Auschwitz, Hiroshima, dem atomaren Wettrüsten, My Lai und anderen Schrecken des 20. Jahrhunderts zog. Die Grünen luden «Opfer der vergangenen Verbrechen, der vergangenen Kriege, aus Hiroshima, aus Auschwitz und aus dem Pazifik» ein, das Tribunal zu besuchen, ohne klar zwischen den verschiedenen Tätern zu differenzieren. Kelly beschrieb Auschwitz und Hiroshima als in vielerlei Hinsicht vergleichbare Verbrechen gegen die Menschheit: «Auschwitz und Hiroshima: sie waren die beabsichtigte Folge menschlichen Tuns. Auschwitz und Hiroshima zeigen, was Menschen zu tun vermögen und zu tun wagen.»<sup>78</sup>

Bei der Eröffnung des Tribunals gegen Massenvernichtungswaffen in Nürnberg, der Stadt des Internationalen Militärtribunals gegen die deutschen Kriegsverbrecher von 1945, wiesen Redner auf die ersten Worte des damaligen Anklägers hin: «Und lassen Sie mich betonen, dass dieses Gesetz hier zwar zunächst auf deutsche Aggressoren angewandt wird, es gilt aber für jede andere Nation und muss, wenn es von Nutzen sein soll, jeden Angriff durch jede andere Nation verdammen, nicht ausgenommen die, die jetzt hier zu Gericht sitzen.» Kelly fragte, ob die Vereinigten Staaten damals vorgehabt hätten, an dieser universalen Absicht festzuhalten: «War das Entfesseln eines Angriffskrieges, waren Verbrechen gegen die Menschlichkeit tatsächlich Straftaten, die vom Gesetz geahndet werden konnten, oder nicht vielmehr wohltonende Phrasen, hinter denen die Sieger ihre Rache an den Besiegten verbargen?»<sup>79</sup> Und Joachim Wernicke, Berater des Tribunals, behauptete, die Taktiken der Alliierten seien nur unzureichend bekannt: «Die Verbrechen Nazi-Deutschlands sind bekannt. Aber auch England und die USA kannten [...] kein Maß und Ziel [...]: 70 deutsche Städte gingen in Bombenregen und Feuersturm unter.»<sup>80</sup>

Die Bezüge auf das Leiden der Deutschen halfen dabei, die Deutschen als Opfer des atomaren Wettrüstens darzustellen und so Opposition zur Stationierung zu mobilisieren. Aber solche Bezüge auf die deutsche Vergangenheit rückten mit dem Scheitern der Friedensbewegung und mit der nationalistischen Offensive der Regierung Kohl wieder in den Hintergrund. Wie Robert Moeller erklärt: «Mitte der achtziger Jahre riefen Aufrufe an Deutsche, sich an ihre Verluste zu erinnern, heftige negative Reaktionen bei denen hervor, die behaupteten, dass jeder Versuch, die Geschichte der deutschen Opfer zu erzählen, zwangsläufig in die Richtung einer Rechtfertigung oder einer falschen Gleichsetzung deutschen Leidens mit den von Deutschen begangenen Verbrechen führen würde. Sie fürchteten eine Tendenz zur «Aufrechnung» und behaupteten, dass das Schaffen solcher moralischen Bilanzaufstellungen den Deutschen erlaube, durch die Ziehung eines «Schlussstrichs» Schuld und Verantwortung auszuweichen und die Vergangenheit zu begraben.»<sup>81</sup>

In einer Bundestagsrede kritisierte Antje Vollmer Helmut Kohl 1985 wegen seiner Versuche, das neue Deutschland als ein Land wie jedes andere darzustellen – etwa

durch seine wiederholte Betonung, 1945 erst fünfzehn Jahre alt gewesen zu sein, und seinen Plan eines gemeinsamen Denkmals für alle Opfer der Nazis und des Krieges: «Da heben sich Auschwitz und Dresden gegeneinander auf, die Ausrottung des Warschauer Ghettos und die Bombardierung Hamburgs.»<sup>82</sup> An anderer Stelle erklärte Vollmer, die Zerstörung deutscher Städte, der Verlust der ehemaligen Heimat im Osten und die Teilung Deutschlands könnte man nach dem von Nazideutschland verursachten Unheil in gewisser Hinsicht als gerecht ansehen: «Irgend jemand, so dachten wir, musste für die unvorstellbaren deutschen Verbrechen bezahlen [...]. All das Leiden ist eigentlich die Rechnung für den Angriffskrieg und für Auschwitz gewesen.» Zudem «hat Auschwitz keinen Platz gelassen für das Thema der deutschen Entbehrungen»<sup>83</sup>.

## Die «Geistig-moralische Wende»

Kohl wollte den Machtwechsel von den Sozialdemokraten zu seiner CDU/CSU-FDP-Koalition als eine «geistig-moralische Wende» verstanden wissen. Als Teil dieser Wende versuchten die Regierung und ihre Anhänger, Teile der deutschen Vergangenheit zu nutzen, um eine positive nationale Identität zu fördern und das Dritte Reich und den Holocaust zu gewöhnlichen Teilen der deutschen Geschichte zu erklären, die weder als Mittelpunkt der deutschen Geschichte noch als einmalige Verbrechen gelten sollten. Sie verlangten nach einem «Schlussstrich», um zu zeigen, dass die Relevanz dieser Verbrechen mit der Zeit nachgelassen hatte. Symbolische und praktische Initiativen wie der Bitburg-Besuch 1985 und der Historikerstreit im nächsten Jahr waren Ausdruck dieser neuen nationalistischen Offensive.

Im Jahr 1985 bat Kohl US-Präsident Ronald Reagan, zu Ehren der im Zweiten Weltkrieg gefallenen deutschen Soldaten einen Kranz auf einem Soldatenfriedhof in Bitburg niederzulegen. Kohl wollte eine Schau der Versöhnung zwischen der modernen Bundesrepublik und den Alliierten des Zweiten Weltkriegs. Reagan stimmte im Interesse der Allianz im Kalten Krieg zu. Er beschloss auch, auf seiner Reise kein Konzentrationslager zu besuchen, um den Deutschen keine «unnötigen» Schuldgefühle zu bereiten.<sup>84</sup> Die Enthüllung, dass in Bitburg auch Gefallene der Waffen-SS beerdigt waren, löste in den Vereinigten Staaten Proteste aus. Jüdische Organisationen und Veteranenverbände drängten Reagan, den Besuch abzusagen, und 53 Senatoren schlugen ihm vor, stattdessen «ein Denkmal für die Opfer des Holocaust» zu besuchen. Gleichzeitig drängten deutsche Konservative auf Einhaltung des ursprünglichen Plans. Dregger teilte mit, er würde eine Absage als «Beleidigung meines Bruders und seiner gefallenen Waffenbrüder», die im Kampf gegen den Kommunismus umgekommen seien, verstehen.<sup>85</sup>

Die SPD und die Grünen lehnten den Plan ab, obwohl die SPD auch Verständnis für Kohls Ziele äußerte. Die SPD schlug eine Resolution vor, die mit 262 (die CDU/CSU-FDP-Mehrheit, mit den meisten Grünen) zu 155 Stimmen bei 6 (Grünen) Enthaltungen abgelehnt wurde. Darin drückte sie ihr «Bedauern» hinsichtlich der Beeinträchtigung des deutsch-amerikanischen Verhältnisses und des deutschen Ansehens in der ganzen Welt aus. Sie «begrüßte» die verspätete Aufnahme eines ehemaligen Konzentrationslagers in das Besuchsprogramm, aber auch, «daß im Rahmen des Besuches auch der gefallenen deutschen Soldaten gedacht werden soll. Die Erinnerung an den Tod derer, die von einem verbrecherischen Regime in einem



Angriffskrieg mißbraucht worden sind, ist ebenfalls ein Bestandteil unserer Geschichte und ein Beitrag zur Versöhnung»<sup>86</sup>. Die Grünen forderten die Absage des Besuches, weil er die Nazi-Opfer verhöhne und die SS ehre; ihr Antrag wurde mit 398 zu 24 abgelehnt.<sup>87</sup> Andere Grünen-Mitglieder waren der Ansicht, dass Kohl und Reagan lieber des antifaschistischen Widerstandes hätten gedenken sollen.<sup>88</sup> Für den Bundesvorstandssprecher Rainer Trampert war der Bitburg-Besuch Teil einer außenpolitischen Strategie des Westens. Demnach warben Kohl und Reagan für eine neue, gemeinsame militärische Tradition, wobei die deutsche Geschichte unbequem war, denn «sie zeigt zu deutlich, wo alles enden kann». Demnach besuchten Kohl und Reagan Bitburg, um die deutsche Vergangenheit abzuschütteln.<sup>89</sup>

Einige Tage später rettete Bundespräsident Weizsäcker den Ruf der Bundesrepublik mit seiner Rede zum Jahrestag des 8. Mai 1945, in der er «alle Toten des Krieges und der Tyrannei» betrauerte, aber im Rahmen der Anerkennung der deutschen Schuld.<sup>90</sup> Kelly beschrieb die Rede Weizäckers als richtig, aber überfällig.<sup>91</sup> In einer Pressemitteilung der Partei wurde die Rede als im Kern typisch für einen verbreiteten Impuls der Regierung Kohl beschrieben: gleichzeitige öffentliche Anerkennung von deutscher Schuld und Neuentdeckung des «deutschen Wir», der deutschen Nation und der Werte Pflicht und Gehorsam.<sup>92</sup> Nach Herf gelang es Weizsäcker, die Erinnerung an das Appeasement – ohne dadurch die Verantwortung Deutschlands für den Zweiten Weltkrieg abzuschwächen – mit den Erinnerungen an Völkermord und Krieg zusammenzubringen.<sup>93</sup>

Im Jahr 1986 folgte der «Historikerstreit». Dieser Streit, der sich zum größten Teil in den Feuilletons der großen Zeitungen abspielte, fand keinen großen Widerhall in der Bevölkerung, hinterließ aber eine dauerhafte politische Erbschaft. Grüne außenpolitische Debatten in den 1990er Jahren bezogen sich immer wieder auf die Hauptfrage des Historikerstreits – War der Holocaust einzigartig? – und auf den «Sieg» der linksliberalen Historiker, die argumentiert hatten, der Holocaust sei nicht mit anderen Massenspogromen vergleichbar und die Nationen des industrialisierten Westens stellten den richtigen Bezugsrahmen für die Beurteilung der Nazigeschichte dar. Als der konservative Historiker Ernst Nolte behauptete, der Holocaust müsse mit dem Völkermord an den Bürgern der Sowjetunion unter Lenin und Stalin verglichen werden, und es gebe sogar einen Kausalzusammenhang zwischen Gulag und Holocaust, erwiderte Jürgen Habermas, Hauptbeteiligter von Seiten der Linken, die historischen Vergleiche Noltes dienten dazu, die Verbrechen des Dritten Reiches zu relativieren und die deutsche Schuld zu bestreiten.<sup>94</sup> Eberhard Jäckel, Jürgen Kocka, Wolfgang und Hans Mommsen und Hans-Ulrich Wehler verteidigten alle gleichermaßen die These der «Einzigartigkeit», von Jäckel präzise formuliert: Das Holocaust sei einzigartig gewesen, weil «noch nie zuvor ein Staat mit der Autorität seines verantwortlichen Führers beschlossen und angekündigt hatte, eine bestimmte Menschengruppe einschließlich der Alten, der Frauen, der Kinder und der Säuglinge möglichst restlos zu töten, und diesen Beschluß mit allen nur möglichen staatlichen Machtmitteln in die Tat umsetzte»<sup>95</sup>.

Ein anderes wichtiges Ergebnis des Historikerstreits war, dass Habermas die große Bedeutung der Westbindung der Bundesrepublik – im intellektuelle Sinne eines neuen Anfangs – für ihre politische Kultur mit ihren liberalen Werten anerkannte. Habermas plädierte für einen Verfassungspatriotismus als eine Form des Patriotismus, die Deutschland nicht dem Westen entfremden würde. Außerdem sei eine



solche «verfassungspatriotische Bindung an universale Prinzipien» nicht auf Unterdrückung des Schamgefühls wegen Auschwitz angewiesen, sondern könnte diese Loyalität «in Deutschland nur nach – und wegen – Auschwitz eingepägt werden»<sup>96</sup>. Während aber Habermas die NATO-nationalistische Agenda der Bundesregierung angriff, weil er glaubte, diese Politik werde auf Kosten des öffentlichen Gedächtnisses an die Nazizeit gefördert, hatten einige Grüne eine eher positive Meinung von der NATO als Garantie gegen die Rückkehr eines deutschen Sonderwegs.

## Die Realos

Realo-Politiker wie Hubert Kleinert, Otto Schily und Joschka Fischer akzeptierten die Teilung Deutschlands als Folge der unter der Naziherrschaft begangenen Verbrechen. Aus diesem Grunde bejahten sie auch die Idee eines Verfassungspatriotismus, die Ablehnung eines deutschen Sonderwegs und die Westorientierung der Bundesrepublik. Nachdem die Realos akzeptiert hatten, dass «die Hinwendung (...) zum Westen sich guten Gewissens als Lehre der deutschen Katastrophe verstehen» ließ,<sup>97</sup> versuchten sie, diese Haltung in der Grünen Partei mehrheitsfähig zu machen. Sie bezeichneten daher die damaligen außenpolitischen Ziele der Grünen als politisch unmöglich und als eine potenzielle Ursache von Revanchismus. Aber diese Realo-Position war, wie Josef Joffe bemerkt, lange nur das Projekt einer Minderheit – die Stärke der sogenannten «Fundis» erreichte 1986 ihren Höchststand, und erst ein Jahrzehnt später sollte die Machtfrage zugunsten der Realos entschieden sein.<sup>98</sup>

Die bundesrepublikanische Linke, rot und grün, hatte von Anfang an Schwierigkeiten mit der Westbindung der Bundesrepublik gehabt. Die Sozialdemokraten lehnten Konrad Adenauers Politik der Westintegration anfänglich ab, da sie die deutsche Einheit aufs Spiel setzte. Sie sahen eher ein entmilitarisiertes, sozialistisches Deutschland als Garantie gegen die Rückkehr des Faschismus. Die SPD akzeptierte die Westbindung 1959, aber bei den 68ern tauchte die Opposition zur Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der westlichen Gemeinschaft wieder auf. Während des Kalten Krieges war die Frage der Westbindung besonders dann spannungsgeladen, wenn es um die NATO-Mitgliedschaft ging. Grüne Politiker sahen die NATO nicht als historische Errungenschaft, sondern als Mittel zur Sicherung westlicher Interessen, und forderten ein kernkraftfreies, entmilitarisiertes, neutrales Europa. 1981 schlug die Partei die Abrüstung der BRD und einen schrittweisen Rückzug aus der NATO vor. West- und Ostdeutschland sahen die Grünen durch das Atomwetterüsten besonders gefährdet; so heißt es im Grundsatzprogramm von 1980: «Diese Forderung [nach gewaltfreier Politik] müssen besonders wir Deutschen erheben, da uns jeder sogenannte Ernstfall den Untergang bringen würde. Die atomare Abschreckung ist zu einer unwirksamen Drohung geworden, da sie die atomare Selbstvernichtung einschließt. Frieden und Abrüstung muß deshalb zum Leitsatz der deutschen Außenpolitik und Strategie werden.»<sup>99</sup> In einer für die Einstellung der Mehrheit der Grünen typischen Erklärung schrieb Antje Vollmer noch 1987, dass die von der Adenauer-CDU geführte konsequente Politik der Westbindung, der Nachrüstung und des Antikommunismus die Spaltung Europas und die militärische Konfrontation zwischen Ost und West gefördert hätte.<sup>100</sup>

In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre wandelte sich das Bild jedoch. Realos, insbesondere Fischer, Kleinert und Jürgen Schnappertz, forcierten eine positive Sicht

auf die Westbindung der BRD. Sie war für sie eine Garantie, dass die Bundesrepublik mit den aggressiven Traditionen der deutschen Vergangenheit gebrochen hatte. Hans-Georg Betz ist der Ansicht, dass es in der Partei immer eine Minderheit (unter ihren Wählern sogar eine Mehrheit) gegeben habe, die eine positive Einstellung zum Westbündnis verfochten hat. Betz führt diese Einstellung nicht darauf zurück, dass die NATO als Instrument der Friedenssicherung in Europa gesehen wurde, sondern auf die Unterstützung der Rolle der NATO «bei der Integration Westdeutschlands in die westliche Wertesphäre und beim In-Schach-Halten deutscher außenpolitischer Ambitionen»<sup>101</sup>. Zum Beispiel behaupteten Fischer, Wolfgang Ehmke und Jo Müller 1984, dass sowohl die NATO als auch der Warschauer Pakt dazu existierten, die Einflussbereiche der Supermächte zu sichern und ein expansionistisches deutsches Reich zu verhindern.<sup>102</sup> Im Jahr 1987 behauptete Fischer, dass, obwohl die Linke zurecht gegen rechte revisionistische Tendenzen eintrat, die Beschlüsse der Grünen, die das Ende des Westbündnisses forderten, selbst eine Form des Revisionismus darstellten. Einer der wichtigsten Gründe für die Teilung Deutschlands und die Schaffung der NATO sei nach wie vor, «die Deutschen niederzuhalten», wie es der erste Generalsekretär der NATO, Lord Ismay, ausgedrückt hatte. Daher sollten sich die Deutschen auf einen «doppelten Verzicht» festlegen: Verzicht auf die Wiedererrichtung von Bismarcks Reich, also die Wiedervereinigung, und Verzicht auf jede Art Sonderweg.<sup>103</sup>

Die Realos arbeiteten auch mit strategischen Argumenten. So schlug Fischer Mitte 1987 einen «Nationalvertrag» vor. Im Tausch gegen die Anerkennung der DDR sollten «Linke und Alternative» den Konservativen die Anerkennung «der Westbindung der BRD als Tatsache» anbieten.<sup>104</sup> Realos lehnten die Forderung der Grünen nach einem unilateralen Rückzug Deutschlands aus der NATO auch als unpraktikabel ab und zweifelten daran, dass die Ziele der Abrüstung und militärischen Deeskalation so erreicht werden könnten. Gleichzeitig lehnten sie die «totale Unterwerfung» des Bündnisses unter US-Interessen ab, etwa die Stationierung von Atomwaffen in Deutschland und die politische Unterstützung amerikanischer Militärinterventionen in der gesamten Welt.<sup>105</sup> In den späten 1980er Jahren stellte das Realo-Manifest die Westbindung, die Nachrüstung und den NATO-Beitritt als «den politischen Preis» für die Chance dar, Souveränität im Inneren auf der Grundlage einer stabilen Demokratie zu erreichen. Dies sei das erste Mal in der deutschen Geschichte gewesen, dass eine republikanische Kultur westlichen Stils entstehen konnte. Die Autoren sahen darin keinen Verzicht auf außenpolitische Souveränität, vielmehr auf deutsche Weltmachtambitionen. Es müsse als Treppenwitz der Geschichte betrachtet werden, daß der rheinische, isolationistische, innenpolitisch konservativ orientierte, offen mit ehemaligen Nazis kooperierende Adenauer dieses Politikkonzept formuliert und gegen nationalstaatlich orientierte Sozialdemokraten und Kommunisten durchgesetzt hat. Aber es gebe, damals wie heute, keine Alternative.<sup>106</sup>

Im Jahr 1989 schrieben Schnappertz und Wolfgang Bruckmann, dass die Grünen die gefährliche Renationalisierung der deutschen Gesellschaft und Außenpolitik, wie von der Rechten propagiert, bekämpfen sollten. Aus diesem Grunde sollten die Grünen selbst Anspruch auf die Doktrin der Westbindung erheben.<sup>107</sup> Die kompromisslose Politik Adenauers habe die deutsche Gesellschaft für die westliche politische Kultur geöffnet – also für Pluralismus, parlamentarische Demokratie und eine Kultur der Aufklärung. Der Historikerstreit zeige, dass Ambitionen zur Renationalisierung

der Außenpolitik noch «virulent» seien. Aber linke Träume von einer neutralen, vom Westen abgekoppelten Bundesrepublik seien ebenfalls nationalistisch. Anstelle solcher Ideen sollten die Grünen «den Kern der Westorientierung der Bundesrepublik in Form der universalistischen Aufklärungskultur kritisch-affirmativ aufgreifen und ihre Reduzierung auf eine dumpfe NATO-Philosophie bekämpfen»<sup>108</sup>. Die Parteilinke Renate Damus erwiderte, die eigentliche Absicht der Autoren sei es, die Grünen in der Außenpolitik zu verlässlichen Koalitionspartnern für die SPD nach der Wahl 1990 zu machen. Zu diesem Zweck versuchten Schnappertz und Bruckmann, linke Positionen unattraktiv zu machen, indem sie sie an die Positionen der nationalistischen Rechten heranrückten.<sup>109</sup>

Zur Zeit der Saarbrücker Strategiekonferenz von 1989, auf der über die Richtung der Grünen nach dem Fall der Berliner Mauer diskutiert wurde, drückte Fischer seine Bewunderung für den Ansatz der SPD aus, die er und andere Realos in noch radikalerer Form für die Grünen übernehmen wollten. In den 1950er Jahren habe die CDU Deutschland im Namen der Westbindung geteilt, wenn auch unter Beibehaltung einer verlogenen Wiedervereinigungsrhetorik. Die SPD habe Deutschlands Teilung anfangs abgelehnt, ihre Haltung aber geändert, als sie erkannte, dass Nachrüstung und NATO-Beitritt erfolgreich waren. Zudem habe die SPD konsequente Schlüsse daraus hinsichtlich des Verhältnisses zur UdSSR, zur DDR und zu Osteuropa gezogen, wie es die CDU/CSU, von ihrer eigenen Wiedervereinigungsrhetorik und ihrem Bündnis mit den Vertriebenenverbänden gefangen, nicht konnte. Die Entstehungszeit der Grünen falle mit dem Ende einer Entspannungsperiode zusammen, und so hätten sie die NATO als ein strukturelles Hindernis einer Abrüstung wahrgenommen und den unilateralen Austritt gefordert. Jedoch, so führte Fischer weiter aus, könne keine auf eine Revision der territorialen oder politischen Resultate des Krieges abzielende Politik, gleich ob der Linken oder der Rechten, für den Frieden in Europa förderlich sein. Stattdessen müsse im Zentrum grüner Außenpolitik stehen, dass gewalttätiger deutscher Nationalismus nie wieder Angst in Europa verursachen dürfe: «Wir leben und machen Politik als Linke in jenem Land, das die Gaskammern und Krematorien von Auschwitz-Birkenau errichtet und betrieben hat und das seinem Führer Adolf Hitler bis zur Selbstvernichtung treu gefolgt ist (...). Dies ist der eigentliche Grund der deutschen Frage und der deutschen Spaltung, vergessen wir das niemals. Die Rote Armee kam nicht von selbst nach Berlin. Souveränität und Selbstbestimmung haben hierzulande ihre begründbaren Grenzen, die Nation hat eine nur schwer und über Generationen zu tilgende Schuld, und ein deutscher Nationalismus bringt keine Zukunft mehr für unser Land.»<sup>110</sup>

In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre begannen die Realos auch, sich von allzu allgemein gehaltenen Darstellungen der Geschichte zu distanzieren, die wenig Unterschiede zwischen Opfern und Tätern machten. So beschreibt das Realo-Manifest von 1988 das Geschichtsbewusstsein der Grünen als von drei Begriffen geprägt – Auschwitz, Hiroshima und Tschernobyl. Aber obwohl jeder von ihnen eine prägende Bedeutung für die Grünen habe, legen die Autoren viel Wert darauf, Auschwitz als das wichtigste der drei Ereignisse hervorzuheben. Tschernobyl symbolisiere ungezügelt wirtschaftlichen Wachstumswillen, Hiroshima die Möglichkeit der Selbstvernichtung der Menschheit durch Massenvernichtungswaffen und Auschwitz die katastrophischen Fehlentwicklungen in der deutschen Gesellschaft. Dem Manifest

zufolge hatte die industrielle Massenvernichtung von Auschwitz ihre Wurzeln in antisemitischer und sozialdarwinistischer Ideologie und wurde mit Hilfe der deutschen Industrie durchgeführt. Sie habe den deutschen Nationalismus endgültig diskreditiert. Obwohl Auschwitz deutsche Fehler repräsentiere, lehnten die Grünen sowohl das Konzept der Kollektivschuld als auch ein Konzept der kollektiven Unschuld ab, da beide Konzepte das Individuum entlasteten. Dieser Realo-Sicht zufolge waren die Grünen gegen alle Versuche, den Unterschied zwischen Opfern und Tätern zu verwischen, wie in Bitburg geschehen, sie sprachen sich für die finanzielle Unterstützung von Holocaust-Opfern aus und setzten sich für eine Außenpolitik ein, die die besondere Beziehung zwischen der Bundesrepublik und Nationen, in denen viele Opfer des Nationalsozialismus lebten, anerkannte, insbesondere Israel, Polen und die Sowjetunion.<sup>111</sup>

Von der Mitte der 1980er Jahre an akzeptierten die Realos also die Westbindung, aber sie stellten das Erbe von Auschwitz nach wie vor weit mehr in den Mittelpunkt als die Regierung. Fischer und andere Realos sprachen wiederholt davon, dass die Verantwortung für Auschwitz deutsche Staatsräson sein müsse. Realos behaupteten auch (ähnlich wie wichtige Liberale und Linke in den frühen Jahren der Bundesrepublik, so etwa Staatspräsident Theodor Heuss und SPD-Vorsitzender Kurt Schumacher), dass die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit – wie von ihrer eigenen Generation der 68er versucht – Grundvoraussetzung sei für die Entwicklung der Demokratie in Deutschland und für die «Identifikation mit den innen- und außenpolitischen Grundmustern der Bundesrepublik»<sup>112</sup>.

Die bittere Schlacht um die Nachrüstung fand statt vor dem Hintergrund nationalistisch-konservativer Versuche, die deutsche Geschichte zu relativieren und ein Gefühl deutschen Stolzes zu schaffen. In außenpolitischer Hinsicht zeigte der Streit eine tiefe Kluft zwischen der Regierung und den Grünen. Die Regierung betrachtete als Lehre aus München – und Auschwitz –: die Notwendigkeit der Westbindung Deutschlands, einschließlich der Akzeptanz der US-Atomdoktrin als Garantie gegen eine Rückkehr des Krieges nach Europa. Die Grünen fassten Auschwitz als Beweis einer schrecklichen modernen Fehlentwicklung auf, die sich in der Herstellung von Massenvernichtungswaffen fortsetzte. Die Lehre von Auschwitz und aller Schreckens-taten des 20. Jahrhunderts, einschließlich des Bombenkriegs gegen deutsche Städte, war Frieden. Bei der Begründung ihrer pazifistischen Positionen neigten die Grünen dazu, ein undifferenziertes Bild der deutschen Vergangenheit zu präsentieren, obwohl sie zur gleichen Zeit den Mangel an Geschichtsbewusstsein der deutschen Rechten kritisierten. Aber dies änderte sich Mitte der 1980er Jahre mit dem Aufstieg der Realos und der Reaktion auf die historischen Fehlgriffe der Regierung Kohl. Die Realos machten sich für die Westbindung der Bundesrepublik stark und warnten vor einem neutralen Deutschland als einem gefährlichen Sonderweg. Aber diese konventionellen außenpolitischen Argumente wurden mit ständigem Bezug auf die Verbrechen des Dritten Reiches formuliert.

## Fußnoten

- 1 Dieser Text ist ein Auszug aus meiner Dissertation: *A Special German Responsibility: The Nazi past and the foreign policy of the German Greens, 1980-2004*, Ph.D. Diss., University of Queensland, 2007.

- 2 Kohl (CDU), BT Plenarprot. 10/36 (22.11.1983), S. 2331.
- 3 Nickels (Grüne), ebd., S. 2391.
- 4 Zu den Debatten zur Westbindung in der Bundesrepublik siehe Thomas Banchoff, *The German Problem Transformed: Institutions, Politics and Foreign Policy, 1945-1995*, Ann Arbor 1999.
- 5 Zur Geschichte der Metapher vom Sonderweg, die zu verschiedenen Zeiten verschiedenes bedeutet hat, siehe Wolfram Wette, «Sonderweg or Normality? The discussion of the international position of the Federal Republic», in: *Debatte 1* (1996), S. 9-20.
- 6 Steve Breyman, *Why Movements Matter: The West German Peace Movement and US Arms Control Policy*, Albany 2001, S. 1.
- 7 Edward P. Thompson, «Notes on exterminism, the last stage of civilization», in: *New Left Review* 121 (May-June 1980), S. 3-31.
- 8 Elim Papadakis, *The Green Movement in West Germany*, London 1984, S. 36; Andrei S. Markovits und Philip Gorski, *The German Left: Red, Green and Beyond*, Cambridge 1993, insb. S. 132-133; Rudolf Bahro, *Building the Green Movement*, London 1986. Petra Kelly ist für die Entwicklung dieser Denkrichtung besonders wichtig. Vgl. Petra Kelly, *Fighting for Hope*, Boston 1984; Petra Kelly, *Nonviolence speaks to Power*, Honolulu 1992; Petra Kelly, *Thinking Green!*, Berkeley 1994.
- 9 Vgl. Antje Vollmer, «Erklärung zum 8. Mai», Positionspapier (7.5.1987), S. 4, AGG, B.II.1, Sign. 5060; Antje Vollmer, «Für uns ist militärische Stärke kein Weg mehr», Rede, BT (27.2.1985), in: Die Grünen im Bundestag, *Was wir verdrängen, kommt wieder*, Bonn 1985, S. 3; «Erklärung des VVN zum 50. Jahrestag der Reichspogromnacht», *Grüner Basisdienst (GBD)* 10 (1988), S. 26.
- 10 Die Grünen, *Diesmal DIE GRÜNEN – warum? Ein Aufruf zur Bundestagswahl 1983*, Bonn, S. 5.
- 11 Fraktion der Grünen im Bundestag, «Erklärung der Fraktion der Grünen im Bundestag zum 40. Jahrestag des Aufstandes im Warschauer Ghetto», *GBD* 4 (April 1983), S. 3. Einige der wichtigsten und erfolgreichsten Beiträge der Grünen zur deutschen Parlamentsarbeit seit 1983 befassten sich in konkreter Weise mit der Nazizeit, unter anderem mit Reparationen, Gedenken, politischem Asyl, Einwanderung, Traditionen der Wehrmacht, und Opfern der Nazis wie Zwangssterilisierten, Homosexuellen, Sinti und Roma, Zwangsarbeitern, Kriegsdienstverweigerern und Deserteuren. Für Grüne Veröffentlichungen und parlamentarische Initiativen zu diesen Themen siehe: Dirk Cornelsen, *Ankläger im Hohen Haus. Die Grünen im Bundestag*, Essen 1986, S. 133-7, und Richard Brand u.a. (Hrsg.), *Anerkennung, Rehabilitierung, Entschädigung. Politische Initiativen für die Opfer des Nationalsozialismus 50 Jahre nach Kriegsende*, Bonn 1995.
- 12 Norbert Kostede, «8. Mai – unsere Verantwortung für eine neue Politik», offener Brief an den BuVo der SPD (1985), AGG, B.II.1, Sign. 2775.
- 13 Siehe bspw. Fraktion der Grünen im Bundestag, «Warschauer Ghetto», S. 3. Für konservative Kritik an dem Anspruch der Grünen auf das moralische Erbe des Widerstands gegen die Nazis siehe Manuel Dittmers, *The Green Party in West Germany: Who are they? What do they really want?*, Buckingham 1988, S. 42-43; Gerd Langguth, *The Green Factor in German Politics: From Protest Movement to Political Party*, Boulder 1986, S. 76, 80. Für die Diskussion des Themas in der SPD siehe Breyman, S. 186, 203.
- 14 Kelly, *Fighting*, S. 73. S. a. Antje Vollmer, «Für ein Europa der Mutterländer», *GBD* 4 (1984), S. 5.
- 15 Winfried Nachtwei (Interview), «Eine rapide wachsende Kluft», *Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt*, 2.4.1999. S. a. Winfried Nachtwei, «Nach dem Ende der Nachkriegszeit: Wie umgehen mit dem Kriegsende?», Positionspapier (10.1.1995), AGG, A Schlauch, Sign.110; Ludger Volmer, *Die Grünen und die Außenpolitik – ein schwieriges Verhältnis*, Münster 1998, S. 108.
- 16 Antje Vollmer, Waltraud Schoppe und Annemarie Borgmann, Fraktionssprecherinnen Die Grünen im BT, Brief an Kanzler Helmut Kohl (3.1.1985), 1-2, AGG, B.II.1, Sign. 2775.
- 17 Jeffrey Herf, *War by other Means: Soviet Power, West German Resistance, and the Battle of the Euromissiles*, New York 1991, S. 55-56.
- 18 Jeffrey Herf, «Politics and Memory in West and East Germany since 1961 and in United Germany since 1990», in: *The Journal of Israeli History* 23, 1 (Frühjahr 2004), S. 54-55.
- 19 Joschka Fischer und Otto Schily (Interview), «Wir sind ein schöner Unkrautgarten. Die grünen Abgeordneten Joschka Fischer und Otto Schily über die Auseinandersetzungen in ihrer Partei», *Der Spiegel* 24 (13.6.1983), S. 25-26.



- 20 Geißler (CDU), BT Plenarprot. 10/13 (15.6.1983), S. 755-756.
- 21 Herf, «Politics and Memory», S. 55.
- 22 Dregger (CDU), BT Plenarprot. 10/13 (15.6.1983), S. 784.
- 23 Schily (Grüne), Weisskirchen (SPD), ebd., S. 756, 761. Siehe auch Ehmke (SPD), S. 722.
- 24 Waltemathe (SPD), ebd., S. 760.
- 25 Soell (SPD), Hamm-Brücher (FDP), ebd. S. 759, 799.
- 26 Mischnick (FDP), ebd., S. 785.
- 27 Scheer (SPD), ebd., S. 764.
- 28 Kelly (Grüne), ebd., S. 756, 768. Hunthausen nannte auch die Trident-Atom-U-Boote «das Auschwitz unserer Zeiten». Siehe Kelly, *Fighting*, S. 60. In Kellys Essays ist der Holocaust eine von vielen schrecklichen Folgen der (männlichen) instrumentellen Rationalität der Moderne.
- 29 Schily (Grüne), BT Plenarprot. 10/13 (15.6.1983), S. 787.
- 30 Schmude (SPD), BT Plenarprot. 10/16 (23.6.1983), S. 1043.
- 31 Schäuble (CDU), ebd., S. 1048.
- 32 Geißler (CDU), ebd., S. 1053.
- 33 Schäuble (CDU), ebd., S. 1046.
- 34 Fischer (Grüne), ebd., S. 1048-1049.
- 35 Herf, *War*, S. 192, 232.
- 36 Fischer (Grüne), BT Plenarprot. 10/16 (23.6.1983), S. 1050. Hervorhebung im Original.
- 37 Antje Vollmer, ... *und wehret euch täglich!*, Gütersloh 1984, S. 82.
- 38 Siehe bspw. Sibylle Krause-Burger, *Joschka Fischer: Der Marsch durch die Illusionen*, Hamburg 2000, S. 152. Fischer wurde 1995 von Geißler gelobt: Heiner Geißler, «Die Grünen sind in der Außenpolitik weiter als die SPD», *taz* (5.8.1995), S. 10.
- 39 Helmut Dubiel, *Niemand ist frei von der Geschichte. Die nationalsozialistische Herrschaft in den Debatten des Deutschen Bundestages*, München 1999, S. 193. Das Ausmaß kommunistischen Einflusses auf die Grünen in den 1980er Jahren hat Udo Baron untersucht, der dabei nach dem Ende der DDR verfügbar gewordene Quellen ausgewertet hat. Baron zieht den Schluss, dass es der SED, trotz Zusammenarbeit bei vielen Projekten und mit vielen verschiedenen oft sehr bekannten Grünen-Politikern, nicht gelungen ist, die Grünen in ihr Bündnis innerhalb der Friedensbewegung zu integrieren. Im Gegenteil hätten die Grünen mit ihrem Konzept einer blockübergreifenden Friedensbewegung und ihrer Verurteilung beider Supermächte eine neue politische Perspektive eröffnet. Udo Baron, *Kalter Krieg und heißer Frieden. Der Einfluss der SED und ihrer Westdeutschen Verbündeten auf die Partei «Die Grünen»*, Münster 2001.
- 40 Dubiel, S. 193-197.
- 41 Schäuble, zitiert ebd., S. 199.
- 42 Ebd., S. 197-9.
- 43 Herf, *War*, S. 192.
- 44 Dubiel, S. 198. Dubiel stellt (S. 194) auch die Frage, ob «ein deutscher Politiker das moralische Recht hat, auf der öffentlichen Bühne des Parlaments die (...) nicht intendierten Folgen des Nichthandelns von Seiten ausländischer Mächte gegenüber Hitler anzuprangern».
- 45 Jeffrey Herf, «Abstraction, Specificity, and the Holocaust: Recent Disputes over Memory in Germany», *German Historical Institute, London Bulletin* XXII, 2 (November 2000), S. 24-5.
- 46 Jeffrey Herf, *Divided Memory: The Nazi Past in the Two Germanys*, Cambridge 1997, S. 350. Zum ersten Mal in Verbindung mit (vornehmlich amerikanischer) Atompolitik benutzt wurde der Begriff «Holocaust» 1981 in einem Buch von Anton-Andreas Guha, das Deutsche als Opfer der Atompolitik der Supermächte schilderte. Anton-Andreas Guha, *Die Nachrüstung: Der Holocaust Europas*, Freiburg 1981, zitiert in: Herf, *War*, S. 133. In der Folge wurde das Konzept eines atomaren Holocaust im *Stern*, im *Spiegel* und in sowjetischer Propaganda in der BRD aufgegriffen, wo behauptet wurde, die NATO plane ein «atomares Auschwitz» in Europa. Herf, «Politics and Memory», S. 54, Herf, *War*, S. 171, 314. Auch Begriffe wie «Euroshima», in dem die Schicksale Europas und Hiroshimas zusammengeführt werden, waren oft zu lesen, bspw. in: Die Grünen, *Das Friedensmanifest der Grünen*, Bonn 1985 (Erstveröffentlichung 1981), S. 4.
- 47 Markovits, Gorski, S. 133.

- 48 Günter Grass, zitiert nach Herf, «Politics and Memory», S. 54.
- 49 Jacob von Uexküll, «Viertausend Jahre lang – ein Hiroshima täglich», in: Petra Kelly (Hrsg.), *Laßt uns die Kraniche suchen: Hiroshima – Analysen, Berichte, Gedanken*, München 1983, S. 62. Siehe auch S. 115-116.
- 50 Kohl (CDU), BT Plenarprot. 10/35 (21.11.1983), S. 2329; Kronenberg (CDU), Mertes (CDU), BT Plenarprot. 10/36 (22.11.1983), S. 2533, 2563.
- 51 Kohl (CDU), Dregger (CDU), BT Plenarprot. 10/35 (21.11.1983), S. 2331, 2355; Mertes (CDU), BT Plenarprot. 10/36 (22.11.1983), S. 2564.
- 52 Dregger (CDU), BT Plenarprot. 10/35 (21.11.1983), S. 2347, 2354-2355; Klein (CSU), BT Plenarprot. 10/36 (22.11.1983), S. 2546.
- 53 Siehe bspw. die Zwischenrufe in Bastian (Grüne), BT Plenarprot. 10/35 (21.11.1983), S. 2390; Beck-Oberdorf (Grüne), Schneider (Grüne), Stratmann (Grüne), BT Plenarprot. 10/36 (22.11.1983), S. 2561, 2575, 2577.
- 54 Apel (SPD), Ehmke (SPD), in: ebd., S. 2534-2535, 2556.
- 55 Voigt (SPD), BT Plenarprot. 10/35 (21.11.1983), S. 2450, Schröder (SPD), BT Plenarprot. 10/36 (22.11.1983), S. 2528. 1984 benutzte die «Revanchismuskampagne» der Sowjetunion gegen die BRD Bonns Verwundbarkeit in Fragen der deutschen Vergangenheit, um sowohl die NATO-Raketen als auch die deutsch-deutsche Kooperation anzugreifen, in dem sie die BRD beschuldigte, «zu versuchen (...), einen einzigen deutschen Nationalstaat wiederzuerrichten». David Morris, «Bitburg Revisited: Germany's Search for Normalcy», *German Politics and Society* 13, 4 (Winter 1995), S. 94-97.
- 56 Voigt (SPD), BT Plenarprot. 10/35 (21.11.1983), S. 2450, Hamm-Brücher (FDP), BT Plenarprot. 10/36 (22.11.1983), S. 2524-2526. In den frühen 1980ern gab es eine Diskussion über linken Nationalismus, ausgelöst durch einige der Argumente der Friedensbewegung: die Raketenstationierung sei nicht in Deutschlands Interesse, Deutschland solle neutral (und wiedervereinigt) sein, Deutschland sei gefährdet. Ein Schlüsseltext der Nationalneutralisten war Peter Brandt und Herbert Ammon, *Die Linke und die nationale Frage*, Hamburg 1981, geschrieben von zwei damaligen Abgeordneten der Berliner AL. Aber die Nationalneutralisten waren immer eine Minderheit und verloren nach der Niederlage im Kampf gegen die Stationierung rasch an Einfluss. Für die zeitgenössische Debatte über Linksnationalismus in der Friedensbewegung siehe Dan Diner, «The 'National Question' in the Peace Movement: Origins and Tendencies», *New German Critique* 28 (Winter 1983), S. 86-107, und *Telos* (insbesondere Nummern 51 und 52, 1982). Für eine die nationalistischen Tendenzen innerhalb der Friedensbewegung stark betonende Analyse siehe Herf, *War*. Zur Illustration damaliger amerikanischer (und konservativer deutscher) Furcht vor deutschem Linksnationalismus, siehe Kim R. Holmes, *The West German Peace Movement and the National Question. Foreign Policy Report March 1984*, Cambridge und Washington, 1984.
- 57 Reents (Grüne), Bard (Grüne), BT Plenarprot. 10/36 (22.11.1983), S. 2571, 2580.
- 58 Pottharst (Grüne), ebd. S. 2578.
- 59 Schneider (Grüne), ebd. S. 2575.
- 60 Beck-Oberdorf (Grüne), ebd. S. 2562.
- 61 Schily (Grüne), ebd. S. 2585.
- 62 Beck-Oberdorf (Grüne), ebd. S. 2562. Siehe auch Sauermilch (Grüne), ebd. S. 2570.
- 63 Bastian (Grüne), BT Plenarprot. 10/35 (21.11.1983), S. 2391.
- 64 Ehmke (Grüne), BT Plenarprot. 10/36 (22.11.1983), S. 2580.
- 65 Burgmann (Grüne), ebd. S. 2576. Hervorhebungen im Original.
- 66 Bard (Grüne), ebd. S. 2580.
- 67 Krizsan (Grüne), ebd. S. 2569-2570.
- 68 Reents (Grüne), Mertes (CDU), ebd. S. 2536-2537. Mertes war nicht gerade ein Verfechter des Holocaustgedenkens. Einige Jahre später sollte er argumentieren, eine zu starke Betonung der nationalen Schuld diene nur dazu, Neutralisten und Pazifisten zu stärken. Siehe Vollmer, «Militärische Stärke», S. 4.



- 69 Hoss (Grüne), BT Plenarprot. 10/36 (22.11.1983), S. 2584. Zur Neigung der westdeutschen Studentenbewegung, sich selbst als Opfer oder gar als «Juden» zu bezeichnen siehe Ruth Wittlinger, «Taboo or Tradition? The Germans as Victims Theme in the Federal Republic until the mid-1990s», in: Bill Niven, Hrsg., *Germans as Victims: Remembering the Past in Contemporary Germany*, London und New York 2006, und Harald Marcuse, *Legacies of Dachau: The Uses and Abuses of a Concentration Camp, 1933-2001*, Cambridge 2001, S. 300.
- 70 Für ein Beispiel siehe Eric Langenbacher, «Changing memory regimes in contemporary Germany?», *German Politics and Society*, 21, 2 (Sommer 2003), S. 46-68. Die Bombenangriffe auf deutsche Städte waren vierzig Jahre lang Thema der DDR-Propaganda. In den 1980ern standen sie auch im Fokus der ostdeutschen autonomen Friedensbewegung. Siehe Bill Niven, «The GDR and the Memory of the Bombing of Dresden», in Niven (Hrsg.), sowie Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, *Preserve Peace: May 8, 1985 in the GDR – 40th anniversary of the victory over Hitler fascism and the German people's liberation*, Dresden 1985, und Bruce Allen, *Germany East: Dissent and Opposition*, Montréal 1989, S. 106-7.
- 71 Für ein Bild eines Demonstranten mit dem «Nie wieder» – Plakat bei der Protestkundgebung in Bitburg siehe <http://www.udo-leuschner.de/nachrustung/850505.htm> (Zugriff am 7.6.2006), für die Kollwitz-Zeichnung bei Protestkundgebungen gegen den Golfkrieg von 1991 siehe AGG, C Bayern I, Sign. 272.
- 72 Aktion Sühnezeichen / Friedensdienste (ASF) (Hrsg.), *Keine neuen Atomwaffen in der Bundesrepublik. Aktionsbuch 3 zur bundesweiten Friedenswoche*, Bornheim bei Bonn 1982, S. 55.
- 73 Siehe zum Beispiel Lisa und Wolfgang Abendroth u.a., «Aufruf von Älteren an Ältere zur Teilnahme an der Friedensdemonstration am 10. Oktober in Bonn», in ASF und Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (Hrsg.), *Bonn 10.10.1981. Friedensdemonstration für Abrüstung und Entspannung in Europa. Reden, Fotos...*, Bornheim bei Bonn 1981, S. 48; Georg Benz, «Ohne Berührungängste für die Sicherung des Friedens», ebd. S. 106-110; Heinrich Böll, «Ein unbequemes Volk», ebd. S. 154-8, und Dieter Lattmann (Hrsg.), *Krefelder Initiative. Der Atomtod bedroht uns alle – Keine Atomraketen in Europa, Köln? o.J. (1981)*, S. 3.
- 74 Pax An (Hrsg.), *Mainz zerstört: Erinnerung an die Vergangenheit – Warnung vor einer Atomkriegszukunft*, Mainz 1982.
- 75 Kunigunde Birle, «Brief an mein totes Enkelkind Grace Patricia Kelly (Juni 1983)», in Kelly (Hrsg.), *Laßt uns die Kraniche suchen*, S. 126.
- 76 Seiei Shinohara, «Die Katastrophen von Hiroshima und Nagasaki werden kein Ende nehmen», ebd. S. 51-52. Siehe auch S. 107-109.
- 77 Die Grünen, *Tribunal gegen Erstschlags- und Massenvernichtungswaffen in Ost und West 18.-20.2.83 Nürnberg Meistersingerhalle*, Bonn o.J. (1983).
- 78 Petra Kelly, «Vorwort», in: ebd., S. 4.
- 79 Ebd., S. 3.
- 80 Joachim Wernicke, «Gegenstand und Aufbau des Tribunals», in: ebd. S. 6-8.
- 81 Robert G. Moeller, «Germans as victims? Thoughts on a post-Cold War history of World War II's legacies», *History and Memory* 17, 1-2 (Herbst 2005), S. 150.
- 82 Vollmer, «Militärische Stärke», S. 3.
- 83 Vollmer, zitiert nach Langenbacher, S. 55, 57.
- 84 Herf, *Divided Memory*, S. 351.
- 85 Andrei S. Markovits und Beth Simone Noveck, «West Germany», in: David S. Wyman (Hrsg.), *The World Reacts to the Holocaust*, Baltimore und London 1996, S. 433-434, sowie George Shultz, *Turmoil and Triumph: My Years as Secretary of State*, New York 1993, S. 539-560.
- 86 Der SPD-Antrag erwähnte auch, dass einige junge Leute «gegen oder ohne ihren Willen» bei der Waffen-SS gedient hatten, fuhr aber dennoch fort: «Die Last der deutschen Geschichte erfordert es jedoch, daß dem Eindruck, in dieses Gedenken werde die Waffen-SS pauschal einbezogen, nicht Vorschub geleistet wird.» Dr. Vogel und Fraktion, «Entschließungsantrag der Fraktion der SPD zur Erklärung der Bundesregierung. Zwischenbilanz über die Verwirklichung des Regierungsprogramms der Koalition der Mitte», BT Drs. 10/3257 (24.4.1985).

- 87 Schmidt, Hönes und Fraktion, «Entschließungsantrag der Fraktion Die Grünen zur Erklärung der Bundesregierung», BT Drs. 10/3240 (24.4.1985). Siehe auch Herf, *Divided Memory*, S. 352.
- 88 Eva Quistorp u.a., «Offener Brief von 'Frauen für den Frieden' an den amerikanischen Kongress und an jüdische Organisationen in den USA», Berlin (26.4.1984), AGG, A Kelly, Sign. 323.
- 89 Rainer Trampert, «Der Besuch von Reagan, die Weltwirtschaft, die Militärpolitik und der 8. Mai», Rede, Hambach/Neustadt (6.5.1985), AGG, B.II.1, Sign. 2775.
- 90 Herf, *Divided Memory*, S. 355-356.
- 91 Petra Kelly, «Eine selbstverständliche Rede und eine andere Wirklichkeit», AGG, A Kelly, Sign. 2185.
- 92 Hannegret Hönes und Christian Ströbele, Die Grünen im BT, «40. Jahrestag Nürnberger Prozesse», PM 747/85 (19.11.1985), AGG, A Kelly, Sign. 1414.
- 93 Herf, *Divided Memory*, S. 358.
- 94 Rudolf Augstein u.a., *Historikerstreit: die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung*, München 1987.
- 95 Eberhard Jäckel, «Die elende Praxis der Untersteller. Das Einmalige der nationalsozialistischen Verbrechen läßt sich nicht leugnen», *Die Zeit* (12.9.1986), in: Augstein u.a., S. 118.
- 96 Jürgen Habermas, «Geschichtsbewußtsein und posttraditionale Identität. Die Westorientierung der Bundesrepublik», in: Jürgen Habermas, *Eine Art Schadensabwicklung. Kleine Politische Schriften VI*, Frankfurt am Main 1987, S. 161-179; Charles S. Maier, *The Unmasterable Past: History, Holocaust, and German National Identity*, Cambridge, MA 1988, S. 45-61.
- 97 Stefan Reinecke, *Otto Schily: Vom RAF-Anwalt zum Innenminister*, Hamburg 2003, S. 290-291.
- 98 Josef Joffe, «Joschka Fischer: A Peacenik goes to War», *The New York Times* (30.5.1999), S. 31.
- 99 Die Grünen, *Grundsatzprogramm 1980*, Bonn 1980, S. 17.
- 100 Vollmer, «Erklärung zum 8. Mai», S. 3-4.
- 101 Hans-Georg Betz, *Postmodern Politics in Germany: The Politics of Resentment*, London 1991, S. 143-144.
- 102 Wolfgang Ehmke, Joschka Fischer und Jo Müller u.a., «Verantwortung und Aufgabe der Grünen», Leitantrag, Bundesversammlung Hamburg (7.-9.12.1984), in: *GBD 1* (1985), S. 15-16.
- 103 Joschka Fischer, «Zwischen Wiedervereinigungssillusionen und NATO-Austrittsfiktionen», Rede, gehalten am 20.11.1987 in der Urania Berlin, in: Die Grünen im Bundestag (Hrsg.), *Militärblock-West. To be or NATO be. Die NATO-Broschüre der Grünen*, Bonn 1988, S. 96-98.
- 104 Joschka Fischer (Interview), *Pflasterstrand* 268 (21.8.1987), S. 22, zitiert in Vollmer, *Die Grünen und die Außenpolitik*, S. 217-221. Für linke Kritiken an Fischers Haltung siehe Jürgen Maier, «Europa im Umbruch – die Grünen auf Tauchstation», und Angelika Beer und Reinhard Kaiser, «Die Grünen und die NATO – Eine Frage, die keine ist», in: Jochen Hippler und Jürgen Maier (Hrsg.), *Sind die Grünen noch zu retten? Krise und Perspektiven einer ehemaligen Protestpartei*, Köln 1988, S. 156-174, 198-223.
- 105 Ehmke u.a., «Verantwortung und Aufgabe», S. 15-16.
- 106 «Entwurf dreier Teile eines Realo-Manifests», Manuskript o.J. (ca. 1986/87), AGG, B.II.1, Sign. 5243.
- 107 Wolfgang Bruckmann und Jürgen Schnappertz, «Überlegungen zu einer Außen- und Friedenspolitik der Grünen», *GBD 5* (1989), S. 18. Siehe auch Jürgen Schnappertz und Wolfgang Bruckmann, «Entwurf für das Realo-Manifest: Teil Außen- und Friedenspolitik», (ca. 1986/87), AGG, B.II.1, Sign. 5243.
- 108 Bruckmann und Schnappertz, S. 18.
- 109 Renate Damus, «Außen- und Friedenspolitik unter realpolitischen Vorzeichen», *GBD 5* (1989), S. 23-25.
- 110 Joschka Fischer, «Jenseits von Mauer und Wiedervereinigung», *taz* (16.11.1989), S. 12-13.

## **2 Das historische Dokument**

# Auf der Suche nach neuen Formen politischer Vertretung<sup>1</sup>

Grundsatzreferat zum Kongress «Bürgerinitiativen vor Wahlen – Möglichkeiten und Alternativen», veranstaltet vom Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) am 8./9. April 1978 in Kassel

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, wir haben uns hier in Kassel verabredet, um eines der schwierigsten Probleme politischer Gestaltung zu bereden, das die Ökologie- und Lebensschutzbewegung zu lösen hat: das Verhalten gegenüber Parlamentswahlen und damit unser Verhältnis zum repräsentativen Prinzip unserer Nachkriegsverfassung. [...]

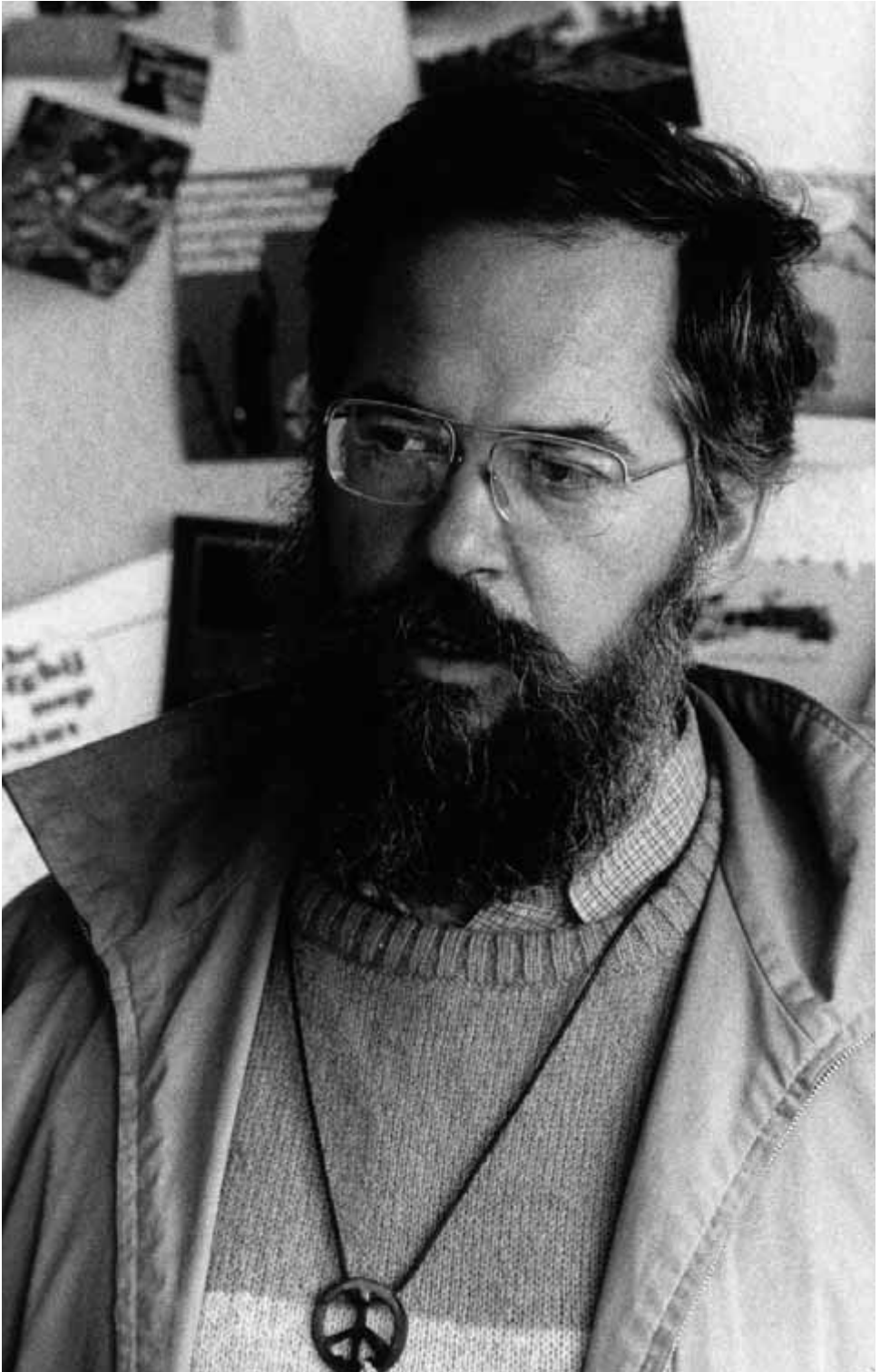
Im März und April waren wir in der Bundesrepublik Deutschland Zeugen eines beschämenden Eiertanzes der großen Parlamentsparteien um die Neutronenbombe. Die CDU forderte<sup>2</sup> ihre Einführung und Stationierung auf deutschem Boden, die FDP-Führung signalisierte ihre Zustimmungsbereitschaft, die SPD drückte sich sowohl vor einer klaren Entscheidung als auch davor, das Volk zu konsultieren.

Die FDP-Abgeordnete Schuchardt, die sich öffentlich gegen die Entwicklung der Liberalen zur Neutronenbombenpartei gewandt hatte, erhielt vom FDP-Wehrexperthen Möllemann in aller Öffentlichkeit die grantigste Abfuhr, die man sich unter «Parteifreunden» vorstellen kann: sie solle gefälligst zu Angelegenheiten schweigen, von denen sie keine Ahnung habe. Wir haben alle Veranlassung, Frau Schuchardt Respekt zu bekunden als einer Parlamentarierin, die unter schwierigsten innerparteilichen Bedingungen Partei für den Lebensschutz ergriffen hat. [...]

Liebe Freunde, die biologisch zerstörende Wirkung der Radioaktivität wird uns von lebenden, genauer: dahinsiechenden Opfern der ersten Atombombenabwürfe bezeugt. Die Wirkung der Neutronenbombe haben uns in diesen Wochen unsere Medien beschrieben, Experten bekunden, daß sie nicht weniger inhuman wäre als das international geächtete Giftgas. Aber es gibt Politiker, die offen für solche Waffen eintreten! Unter ihnen auch solche, die sich «liberal» nennen. Liegt es angesichts der Haltung der FDP-Führung und ihres Wehrexperthen nicht nahe, mit «Grünen Listen» gegen die FDP als lebensfeindlicher «Partei der Neutronenbombe» zu Felde zu ziehen, mit dem erklärten Ziel, das oft doppelzüngige Zünglein an der Waage aus den Parlamenten zu verdrängen und dem Zauderer unter den großen Parteien, der SPD, als Juniorpartner eine Koalition anzubieten? Unter<sup>3</sup> zwei Bedingungen freilich:

1. daß sie sich offen und uneingeschränkt gegen die Neutronenbombe ausspricht wie ihre Schwesterpartei in den Niederlanden und
2. daß sie auf den Ausbau des Atomenergieprogramms verzichtet. [...]

Hier sollten wir zunächst einmal innehalten und fragen, wie<sup>4</sup> die herkömmlichen Parlamentsparteien zu solchen, im doppelten Sinne des Wortes verdrängenden Insti-



MdB Roland Vogt, ca. 1983

tutionen geworden sind: sie verdrängen andere politische Kräfte (u.a. mit Hilfe der 5%-Klausel) und sie haben wesentlichen Anteil an der soeben geschilderten Verdrängungsleistung, die die physische Vernichtung der Spezies<sup>5</sup> Mensch zur Folge haben wird, wenn es uns nicht gelingt, den entscheidenden Konstruktionsfehler im politischen Gebäude unserer Nachkriegsdemokratie aufzudecken und korrigierend einzugreifen.

Irgendwann nach 1945 haben die Lehren des Zweiten Weltkriegs aufgehört zu wirken, irgendwann ist eine Spaltung eingetreten innerhalb der Parteien zwischen solchen Persönlichkeiten, die sachorientiert und basisnah auf der Seite des Lebens Politik zu machen versuchten[,] und in solche, die machtorientiert zielstrebig Parteikarriere machten um den Preis des Ausverkaufs aller Lehren, die aus der Geschichte (insbesondere des Zweiten Weltkriegs) zu ziehen waren – von verratenen Idealen soll hier gar nicht erst die Rede sein!

Sie nehmen Partei für den Tod, die Vernichtung, ohne daß ihnen das voll bewußt ist. Der Mechanismus der Verschiebung innerhalb der politischen Persönlichkeit von der Sach- zur reinen Machtorientierung ist kompliziert – eine allmähliche Verwandlung des begeisterungsfähigen Neulings, «Idealisten», hin zum zynisch-müden «Realisten». [...]

Wo liegt nun der Konstruktionsfehler, nach dem wir fahnden? Es ist, so glaube ich erkannt zu haben, das zum Selbstzweck gewordene Prinzip des Machterwerbs und der Machterhaltung. Die wenigsten Persönlichkeiten sind resistent gegen das Wachstumsgesetz der Macht wie es Wolfgang Sternstein in seinem die Grüne Partei ablehnenden Standpunkt formuliert hat: Macht strebt nach mehr Macht wie Reichtum nach mehr Reichtum, Wissen nach mehr Wissen ...<sup>6</sup>

Unsere drei Parlamentsparteien sind irgendwann zu reinen Machterwerbsgruppen erstarrt. Das geschah jeweils zu dem Zeitpunkt, zu dem sie ihre ursprünglichen Ziele als lästigen, da dem Machterwerb hinderlichen, ideologischen Ballast abwarfen. Mit dem Vorhof der Macht betraten sie die Vorhölle der Teilhabe an der Menschheitsvernichtung, nahmen Partei für den Tod. Mit Atomwaffengegnerschaft, Anti-Aufrüstungs- und Anti-NATO-Politik war kein Blumentopf zu gewinnen, ebenso wenig mit der Vergesellschaftung der Schwerindustrie einschließlich Rüstungsindustrie, so befanden die Parteistrategen der SPD und beschritten den Weg zur Volks- und Regierungspartei. Also wurden die pazifistischen und antikapitalistischen Inhalte, die die Identität der ursprünglichen Arbeiterpartei ausmachten, gestrichen. [...]

Wer in einer solchen Partei eine Funktion anstrebt, die Teilhabe an der Gestaltung des politischen Prozesses verheißt, ist einer permanenten Selbstzensur unterworfen; nachdem er sich darauf eingelassen hat, wird ihm in einem schleichenden Prozeß das Rückgrat verbogen, selbständiges Denken aus dem Hirn zensiert. Nur die wenigsten halten die Isolation aus, in die sie geraten, wenn sie sich diesem Anpassungsprinzip verschließen. [...]

Aus anti-institutionellen Impulsen entstanden, sind wir nun im Begriff, selbst Institutionen zu bilden.

Wir sollten dabei unterscheiden zwischen den Fällen notwendiger Zentralisation zur Förderung der dezentral organisierten Basis-Bewegung und einer Zentralisation aus Anpassung an die machthierarchisch organisierten Institutionen des Alten, zu überwindenden Systems. Von der Struktur des Alten Systems wird alles einem Raster untergeordnet. Dieses Raster heißt repräsentative parlamentarische Parteiendemo-



kratie. Es wird so getan, als hätten die Parteien das Politikmonopol. Das äußerste, was man sich vorstellen kann, ist, daß eventuell eine neue Partei hinzukommt, die sich mit den bestehenden Parteien das Politikmonopol teilt. Damit ist die Gefahr verbunden, daß durch die Strukturen des bestehenden Systems unsere Organisationen deformiert, dem machthierarchischen System angeglichen werden. [...]

Es ist doch möglich, daß wir durch eine forcierte Parteigründung in eine völlig falsche Richtung gedrängt werden – und damit vom Alten System integriert und geschluckt werden. [...]

Alle Indizien sprechen dafür, daß wir gewaltige Anstrengungen unternehmen müssen, um wenigstens die Ökologiebewegung von der Entzweiung in einen machterwerbsorientierten und einen sachorientiert-basisgebundenen Flügel zu bewahren.

Der Rohstoff Zeit ist knapp geworden.

Laßt uns gemeinsam auf diesem Kongreß beraten, wie wir die Deformationen überwinden helfen können, in die unser politisches System geraten ist.

Laßt uns Auswege suchen mit Leidenschaft, in Menschenliebe und mit Augenmaß!

## Kommentar

### von **Christoph Becker-Schaum**

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hatte sich nach seiner Gründung im Jahre 1972 binnen kurzer Zeit zu einem bundesweiten Netzwerk von Aktiven und Initiativen entwickelt, das die Vielfalt und die Vielzahl der umweltpolitischen Initiativen in Westdeutschland zu integrieren verstand. In dieser Hinsicht war der BBU einzigartig. Er war die einzige Institution, die nach der Bauplatzbesetzung in Wyhl im Februar 1975 bis zu den militanten Großdemonstrationen des Jahres 1977 in Brokdorf, Grohnde und anderswo bundesweit von der breiteren Medienöffentlichkeit als Stimme der Umwelt- und Anti-AKW-Bewegung wahrgenommen wurde. Als 1977 innerhalb der Umwelt- und Anti-AKW-Bewegung erstmals die Frage der Kandidatur umweltpolitischer Wählergemeinschaften diskutiert wurde, konnte sich der BBU dieser Frage schlechterdings nicht entziehen. Der BBU fasste deshalb auf seiner Herbsttagung 1977 im Wendland den Beschluss, sein Verhältnis zu den entstehenden Grünen, Bunten und Alternativen Listen im Rahmen eines eigenen Kongresses prinzipiell zu bestimmen.

So weit die Vorgeschichte des Kongresses, der am 8./9. April 1978 in Kassel stattgefunden hat. Zwischen dem Herbst 1977 und dem Frühjahr 1978, d.h. zwischen dem Beschluss und seiner Ausführung, war die Entwicklung allerdings schon mit großen Schritten vorangegangen. Man befand sich nun im Wahlkampf zu zwei Landtagswahlen im Juni, an denen sich in Niedersachsen eine Grüne und in Hamburg eine Bunte Liste beteiligten. Zwei weitere Landtagswahlen mit neuen grünen Kandidaturen in Hessen und Bayern würden im Oktober 1978 folgen. Das Feld der «Wahlalternativen» begann unübersichtlich zu werden. Damit war eine Entwicklung in Gang gesetzt, die der BBU als Netzwerk-Verband nicht mehr steuern konnte, was im Übrigen auch nicht seine Absicht war.



Aus Sicht der «Wahlalternativen» ist der Kasseler BBU-Kongress «Bürgerinitiativen vor Wahlen» eine der entscheidenden Wegmarken gewesen. Wenn man sich einen Zeitstrahl denkt, der die Entwicklung von den ersten Grünen und Bunten Listen, die im Laufe des Jahres 1977 entstanden sind, bis zur Gründung der Europa-Grünen im März 1979 umfasst, markiert der Kasseler BBU-Kongress den Anfang einer Entwicklung. In der ersten Phase dominiert die interne Debatte über die Vor- und Nachteile von politischen Kandidaturen. Die zweite Phase im Juni/Juli 1978 ist von einer hektischen Betriebsamkeit geprägt. In diesen Zeitraum fallen die ermutigenden Wahlen in Niedersachsen und Hamburg, das Deutsche Umwelttreffen in Troisdorf mit der Bestellung eines Koordinierungsausschusses der Umweltbewegung und die Ausdifferenzierung des Spektrums der Wahlalternativen. Letztere schließt die Gründung neuer Landesverbände der Grünen Liste Umweltschutz (GLU), die Gründung der Grünen Aktion Zukunft (GAZ) durch Herbert Gruhl, der die CDU-Bundestagsfraktion verlässt, und die Gründung Bunter Listen in Berlin und Hessen ein, also die der Berliner AL und der Grünen Liste Hessen (GLH). Dadurch verlagert sich in der letzten Phase ab dem Herbst 1978 die Dynamik weg vom BBU in Richtung der neuen Parteiorganisationen.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung markiert der Kasseler Kongress den Take off der Wahlalternativen. Das Grundsatzreferat zu diesem Kongress, von Roland Vogt als einem der drei BBU-Sprecher gehalten, lässt einerseits die engen Grenzen erkennen, die dem Versuch des BBU, den Entstehungsprozess zu steuern, gesetzt waren. Das Ergebnis der für Kassel vorgenommenen Beratung war seit der Gründung der Grünen Liste Umweltschutz (GLU) und der «Bunten Liste – Wehrt Euch» und ihrer in ein breites Bündnis von Umweltschutz-Bürgerinitiativen und Gruppierungen aus dem Spektrum der neuen sozialen Bewegungen eingebundenen Kandidatur – im Hamburger Fall mit einer klaren Dominanz des Kommunistischen Bundes (KB) – bereits teilweise vorweggenommen. Der BBU hat sich deshalb in Kassel der nachträglichen Legitimation entschieden verweigert, andererseits hat er den Abstimmungsprozess der «Wahlalternativen» in Richtung auf einheitliche Kandidaturen, den die 5-Prozent-Hürde dringend nahelegte, auch nicht behindert. Im Gegenteil, mit der anschließend erfolgten Einladung zum Deutschen Umwelttreffen in Troisdorf wurde er einmal mehr initiativ. Der in Troisdorf gebildete Koordinierungsausschuss würde die weitere Entwicklung bis zur Gründung der SPV Die Grünen begleiten und legitimieren. In dieser ersten Gründungsphase der Grünen war der BBU für das Zusammenspiel von Umweltschutzparteien und Umweltbewegung von entscheidender Bedeutung.

Für das Gelingen dieses Zusammenspiels sollte eine Argumentationsfigur eine wesentliche Rolle spielen, die der «Anti-Partei-Partei», deren bekannteste Formulierung in einem Spiegel-Interview von Petra Kelly im Wahlkampf zur Bundestagswahl von 1983 überliefert ist.<sup>7</sup> Der Diskurs der «Anti-Partei-Partei» ist aber bereits in der Argumentationslinie des Kasseler Grundsatzreferats des BBU-Sprechers Roland Vogt enthalten, und der oben vorgestellte Text ist der Versuch, aus dem 12-seitigen Typoskript diesen einen Faden seiner Argumentation herauszuziehen. Weitere Argumente des Referats von Roland Vogt, die hier weggelassen sind, betreffen den Umstand, dass mit der GLU bereits existiert, über dessen Sinn und Unsinn der Kongress noch beraten soll, weshalb sich Roland Vogt notwendigerweise kritisch von der GLU abgrenzen muss. Außerdem hatte er sich als Sprecher seines Netzwerk-

Verbandes zu einzelnen Positionierungen innerhalb seiner Organisation zu verhalten. Diese BBU-interne Kommunikation ist ebenfalls weggelassen.

In einer Situation, in der die mit der größten Autorität ausgestattete Institution der Umwelt- und Anti-AKW-Bewegung, der BBU, zur Parlamentskandidatur von Grünen, Bunten und Alternativen Listen «Nein» sagt, während einige ihrer Sprecher und Vorstandsmitglieder den Versuch mit der Kandidatur befördern wollen (und ein Jahr später mit Petra Kelly und Roland Vogt die Europa-Liste anführen werden), kommt eine Argumentation, die den Gedanken der Anti-Partei-Partei extemporiert, der kritischen Mehrheit im BBU entgegen. Der Diskurs der Anti-Partei-Partei ist gewissermaßen der Schwur, bei dem Experiment der Kandidatur bei Wahlen die bisherigen machtkritischen Prinzipien nicht zu verraten. Er ist das Versprechen, den Verlockungen der Macht nicht zu erliegen. Nach den Prinzipien der Sozialen Verteidigung bzw. der Gewaltfreien Aktion – und das sind Prinzipien, für die Roland Vogt als Person in besonderer Weise steht – bezieht sich die Kritik der Macht nicht allein auf die Kritik des Staates und des Militarismus, sondern nicht weniger als auf die Kritik der zwischenmenschlichen und innerverbandlichen Machtverhältnisse. Gewaltfreiheit und Basisdemokratie, zwei der künftigen vier Säulen des grünen Selbstverständnisses, sind danach nur zwei Facetten desselben Anti-Macht-Diskurses. Sie sind die Innen- und Außenseite des Selbstverständnisses der auf Kritik der Macht bezogenen sozialen Bewegungen der 1970er Jahre.

Die Schwierigkeit ist nun, dass die Gründung einer Partei bereits an sich eine Verletzung des Anti-Macht-Diskurses ist. Eine Partei auf die Prinzipien des Anti-Macht-Diskurses festzulegen – und das heißt Anti-Partei-Partei – ist ein Paradoxon. Der Selbstwiderspruch wird deutlich, wenn Roland Vogt vorschlägt, zwischen «notwendiger Zentralisation zur Förderung der dezentral organisierten Basis-Bewegung» und «Zentralisation aus Anpassung an die machthierarchisch organisierten Institutionen des [...] Systems» zu unterscheiden. Von nun an befindet man sich zwischen Skylla und Charybdis, den Meeresungeheuern, die der Sage nach das Schiffelein zu verschlingen drohen. Hat man alles getan, um das Anliegen der Basis nach besten Kräften zu vertreten? Oder hat man sich dabei schon den Imperativen der Macht gebeugt?

## Fußnoten

- 1 Vorlage: Kopie eines ursprünglich 12-seitigen Typoskripts mit handschriftlichen Bearbeitungen, auf 6 Seiten verkleinert; Archiv Grünes Gedächtnis, Petra-Kelly-Archiv, Sign. 2471. Das Referat ist in der *Frankfurter Rundschau* vom 5. Mai 1978 dokumentiert und in der Wochenzeitung der Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD) *Die Unabhängigen* in zwei Folgen am 6. und 13. Mai 1978 veröffentlicht worden. Aus textimmanenten Gründen ist anzunehmen, dass es sich bei der Vorlage um eine nachträglich, vermutlich in den ersten Maitagen 1978 erstellte Textfassung handelt, die für den Veröffentlichungszweck redigiert und handschriftlich bearbeitet wurde.
- 2 Im Original gesperrt geschrieben.
- 3 Im Original klein geschrieben.
- 4 Im Original gesperrt geschrieben.
- 5 Im Original klein geschrieben.
- 6 Die drei Pünktchen im Original.
- 7 Vgl. den Beitrag von Ruth Bevan in diesem Heft.

Aufruf zur Teilnahme am Kongreß in Kassel am 8./9. April '78

## Bürgerinitiativen vor Wahlen

### - Möglichkeiten und Alternativen -

Die Delegierten des BBU-Jahreskongresses 1977 in Lüchow haben den neugewählten Vorstand beauftragt, einen Kongreß zum Thema „Bürgerinitiativen und parlamentarische Vertretung“ vorzubereiten.

Der Kongreß wird am **Samstag, den 8. und Sonntag, den 9. April 1978** in der Gesamthochschule Kassel stattfinden.

Der BBU stellt damit der Ökologiebewegung ein Diskussionsforum zur Verfügung, auf dem die Gruppen einander Orientierungshilfen geben und Erfahrungen austauschen können.

Der Kongreß wird in Form dieses Aufrufs bekanntgemacht und ist für alle Mitglieder von Bürgerinitiativen offen. Es können bis zu 300 (dreihundert) Personen teilnehmen. Anmeldungen werden in der Reihenfolge ihres Eingangs berücksichtigt und können bis zum 1. April 1978 an *Roland Vogt* gerichtet werden:

Lorenzstraße 16 - 17  
1 Berlin 45  
Tel. (030) 773 34 13

bzw. 11. - 25. März '78

Sonnenwendstraße 17  
6702 Bad Dürkheim  
Tel. (06322) 51 02

Die Anmeldungen sollen außer den üblichen Angaben auch die Bürgerinitiative (mit Postanschrift) enthalten, der der Interessent/die Interessentin angehört.

### Vorläufiges Programm:

Samstag, den 8. April:

16.00 Uhr

Eröffnung mit Situationsbericht (*Roland Vogt*, BBU-Vorstand)  
- anschließend Diskussion -

19.00 Uhr

Abendessen

20.15 Uhr

Fallstudien (je 10 Minuten)

a) Dr. Schött/Endingen, MdL, badisch-elsässische Bürgerinitiativen bzw. F.D.P.

b) Heide von Bernstorff/Hamel, Mitglied des Kreistages, (WGA - Wählergemeinschaft Atomkraft Nein Danke)

c) Martin Mombauer/Lüchow-Dannenberg (Landtagskandidat der GLU = Grüne Liste Umweltschutz/Niedersachsen)

d) Wählergemeinschaft Unabhängiger Bürger (WUB - Berlin - Zehlendorf)

e) Max Winkler (AUD, z.Z. OB-Kandidat in München)

Sonntag, den 9. April:

9 - 11 Uhr

Arbeitsgruppen zur Auswertung der Fallstudien.

Weitere Arbeitsgruppen um die Themen:

- Identitätsverlust von Bürgerinitiativen durch Teilnahme an Parlamentswahlen ?

- Alternativen zur aktiven und passiven Beteiligung an Parlamentswahlen.

11.15 - 13 Uhr

Schlußdiskussion im Plenum und Resumé.

ENDE des Kongresses.

2 bbu-aktuell

Einladung des BBU zum Kongress in Kassel am 8./9. April 1978

### **3 Bestände im Archiv Grünes Gedächtnis**

# Das Petra-Kelly-Archiv

«Das Bundestagsarchiv, von 1983 bis 1990 aufgebaut, umfasst ca. 160 große Umzugskartons voller Ordner, die seit meinem Auszug aus dem Bundestag bei einer Spedition in Bonn lagern. [...] Das Archiv umfasst Material zur Friedens-, Ökologie- und Menschenrechtsbewegung im In- und Ausland mit besonderen Abteilungen für USA, Ost- und Westeuropa, UdSSR, Australien, Neuseeland, Tibet, Indien, China, Birma, Ost-Timor usw. Ferner gibt es einen sehr umfangreichen Teil zum Thema grüne Außenpolitik und Dritte-Welt-Politik (vier Hängeschränke mit jeweils vier vollen Schubladen) sowie ein sehr detailliertes EG- und NATO/WEU/Europarat-Archiv (das vielleicht vollständigste der grünen Partei) welches für die Europawahl 1994 sehr wichtig wird. Auch habe ich ein Archiv über grüne Gruppen in aller Welt geführt, weshalb ich über viele tausende von wertvollen Adressen in allen Bereichen verfüge (in Ordnern oder auf Karteikarten). Zum Archiv gehört auch eine achtjährige grüne Zeitschriftensammlung aus dem In- und Ausland, besonders zum Thema Ökologie, Frieden und Menschenrechte. Dann gibt es noch einen sehr umfangreichen persönlichen Teil: Briefwechsel, Termine, Prozesse, Einladungen und Presseangelegenheiten betreffend.»

Eigentlich könnte der Artikel hier bereits enden, denn treffender als in diesem Schreiben von Petra Kelly an die Heinrich-Böll-Stiftung vom 17. März 1992, über ein Jahr nach der verlorenen Bundestagswahl und der Auflösung der ersten Bundestagsfraktion, können die Inhalte des von ihr und ihren Mitarbeiter(innen) aufgebauten «Bundestagsarchivs» kaum beschrieben werden.

Ihr Anliegen war es, dieses «Bundestagsarchiv» in dem wenige Monate zuvor gegründeten Archiv Grünes Gedächtnis wieder zugänglich zu machen, sowohl für ihre eigene künftige politische Arbeit als auch für eine breitere Nutzung: «Fast jede Woche erreichen mich Briefe von Menschen, die über die Grünen oder über die Ökologiebewegung schreiben wollen, denen ich aber nichts schicken kann, weil das eingestellte Archivmaterial so nicht greifbar ist» heißt es an anderer Stelle des Briefes an die Heinrich-Böll-Stiftung. In den auf diesen Brief folgenden Monaten wurden die wesentlichen Punkte eines Depositarvertrages zwischen Petra Kelly und der Stiftung geklärt. Petra Kelly und Gert Bastian besuchten Ende Juli 1992 das Archiv Grünes Gedächtnis, das vorläufig in einem kleinen Ort nahe Bonn eingerichtet worden war, um sich selbst ein Bild von den Räumlichkeiten und ihren künftigen Arbeitsbedingungen zu machen. Zu einer Vertragsunterzeichnung ist es nicht mehr gekommen.

Das von Petra Kelly so genannte «Bundestagsarchiv» bildet heute den größten Teil ihres schriftlichen Nachlasses. Hier befinden sich auch die Unterlagen von Gert Bastian aus seiner Zeit als Bundestagsabgeordneter, denn die Bürogemeinschaft Kelly-Bastian führte eine Registratur. Mit Zustimmung der Erben<sup>1</sup>, der Eltern von Petra Kelly, konnten im November 1992 die bei der Spedition eingelagerten Akten in das Magazin des noch provisorischen Archivs Grünes Gedächtnis eingestellt werden. Nach einem weiteren halben Jahr und nach Sichtung seitens der Erben wurden im

Juli 1993 auch die im Wohnhaus von Petra Kelly befindlichen Unterlagen aus früheren Zeiten und den Jahren 1991/1992 dem Archiv übergeben. Zusammen mit der privaten Bibliothek, der Zeitschriftensammlung, Fotografien, Plakaten und Einzelstücken bilden sie das Petra Kelly Archiv, ein Archiv im Archiv, das neben den Aktenbeständen von Partei und Bundestagsfraktion der an Umfang und Intensität der Nutzung bedeutsamste Fundus des «Grünes Gedächtnis» ist.

Das «Bundestagsarchiv» füllte einhundertsechzig Umzugskartons. Diese Menge Papier wäre nicht zu bewältigen gewesen, wäre sie nicht nach einem Aktenplan geordnet, diesem entsprechend gekennzeichnet und abgelegt worden. Der Aktenplan gliederte die Papiere in Angelegenheiten des Bundestages, der Partei, in Schriftwechsel, Termine, Veranstaltungen und «Eigene Äußerungen»: Stellungnahmen, Redemanuskripte, Reiseberichte von Petra Kelly. Den größten Teil macht die Dokumentation aus: Materialsammlungen zu den politischen Themenfeldern, die Petra Kelly bearbeitet hat. Über bis zu vier hierarchische Ebenen gegliedert war die Informationsfülle so ohne Computer, ohne Volltextsuche oder Schlagworte zugänglich. Aus heutiger Sicht bieten diese Akten, inzwischen über die genannten elektronischen Hilfsmittel in einer detaillierten Datenbank recherchierbar, auch für Fragestellungen ohne Bezug zur Person oder Politik von Petra Kelly eine im Archiv Grünes Gedächtnis häufig genutzte Informationsquelle.

Charakteristisch für die Vorgehensweise, mit der Petra Kelly Materialsammlungen bereits in früheren Lebens- und Arbeitszusammenhängen aufgebaut hat, ist das Bestreben, Fakten und Argumentationsstränge unterschiedlicher, häufig konträrer Positionen zusammenzufügen. Nach dem Studium der Politikwissenschaften an der American University in Washington, DC, mit dem Schwerpunkt Außen- und Europapolitik und dem Abschluss des Studiums am Institut für Europapolitik in Amsterdam begann ihre berufliche Laufbahn 1972 beim Wirtschafts- und Sozialausschuss der Europäischen Gemeinschaften in Brüssel. Petra Kelly war als Verwaltungsrätin dieser Behörde mit der Erarbeitung und fachlichen Begleitung zahlreicher Studien befasst. Die Themen umfassten das gesamte Spektrum der europäischen Sozialpolitik, z.B. Ausbildung und berufliche Bildung in den damaligen Mitgliedsstaaten der EG, Arbeitsmarkt- und Verbraucherpolitik, Umweltschutz und vor allem die wirtschaftliche und soziale Stellung der Frauen in der EG. Sie setzte sich dabei intensiv mit sozialistischen und gewerkschaftlichen Positionen in verschiedenen westeuropäischen Ländern, insbesondere Großbritannien und Irland, auseinander. Unterlagen zu diesen Themen – beispielsweise frühe Untersuchungen zur Gesundheitsgefährdung durch Asbest – bilden einen weiteren Schwerpunkt des Petra-Kelly-Archivs.

In ihren Brüsseler Jahren erweiterte sich das ursprünglich auf europäische Politik fokussierte Interesse rasch auf die Themen der sich entwickelnden Bürgerinitiativen: auf Alternativen zur staatlich und durch die EG forcierten Atomenergie, auf sich abzeichnende Alternativen zur Natur und Ressourcen fressenden Wirtschaftsweise sowohl der kapitalistischen wie der sowjetisch dominierten Gesellschaftssysteme. Petra Kelly nahm an zahlreichen Kongressen in Westeuropa und den USA teil, die diese Entwicklungen kritisch analysierten. In der zweiten Hälfte der 1970er Jahre wurde sie zunehmend selbst als Referentin eingeladen.

Das Petra-Kelly-Archiv bietet Quellenmaterial zur Entwicklung der Europäischen Gemeinschaften und zwar sowohl aus offiziellen Quellen der EG als auch aus der Sicht der Gruppen und Organisationen der Europäischen Bewegung, deren inhalt-

liche und organisationspolitische Entwicklungen so belegt sind. Einen weiteren Schwerpunkt bilden Unterlagen zur Entwicklung und den Aktivitäten der Anti-AKW-Bewegung und den Brennpunkten der Auseinandersetzung, den Bauplätzen der geplanten «Energie- und Entsorgungsparks» und – unvergessen – der Widerstand der ländlichen Bevölkerung vom Kaiserstuhl, die den Bau eines Atomkraftwerks verhinderte und in der «Volkshochschule Wyhler Wald» mit neuen Formen politischer Bildung experimentierte. Vielfältige Unterlagen und Informationen sind zu zwei weiteren Bereichen zu finden: Quellen und Analysen zur eklatanten Unterrepräsentation von Frauen in den Gremien der EG und in der politischen Öffentlichkeit allgemein sowie Darstellungen zu Methoden und Perspektiven gewaltfreier Widerstands- und Protestformen. Eine Lücke ist allerdings sowohl hinsichtlich der Ausläufer der Studentenbewegung in den konkurrierenden Szenen der sogenannten K-Gruppen als auch der «Sponti-Szenen» der studentisch geprägten Milieus der Großstädte zu registrieren. Auch den «bewaffneten Kampf» der terroristischen RAF jener Jahre hat Petra Kelly offenbar kaum beachtet.

Petra Kelly engagierte sich besonders für die Verbesserung der desolaten Situation auf den Krebsstationen deutscher Kinderkliniken und ab Mitte der 1980er Jahre für die politische und kulturelle Selbstbestimmung des tibetischen Volkes. Beide Bereiche sind für den Zeitraum bis 1992 umfassend dokumentiert. Im April 1989 organisierte sie eine international besetzte Anhörung «Tibet und die Menschenrechte», die erste Konferenz dieser Art überhaupt.

Von besonderer Bedeutung ist Petras Nachlass für Forschungen zur Entstehungsgeschichte der Partei «Die Grünen». In keinem anderen Aktenbestand des Archivs Grünes Gedächtnis sind Dokumente in solcher Dichte zu finden, die die ersten Jahre der Grünen von 1978/1979 bis zum Einzug der ersten Fraktion in den Deutschen Bundestag Anfang 1983 widerspiegeln. Institutionelle Überlieferungen kommen für die ersten Jahre kaum in Betracht, denn die neue Partei verfügte zunächst über keine nennenswerte Infrastruktur. Es gab kaum Büros und nur wenige bezahlte Mitarbeiter. Die Gründungsphase war geprägt von ehrenamtlicher Arbeit und getragen von der Überzeugung, eine politische Alternative aufbauen zu können. Die Grünen wollten nicht nur Alternativen in den politischen Zielen, sondern auch in den eigenen Strukturen realisieren, was sich in der Partei als verbreitetes Misstrauen gegenüber jeglicher Art der «Professionalisierung» auswirkte. «Aktenplan» oder «Registrator» gehörten nicht zu häufig gebrauchten Begriffen der stürmischen Anfangsjahre.

Für Petra Kelly, Spitzenkandidatin – damals ebenfalls ein verpönter Begriff – bei der Europawahl 1979, den Bundestagswahlen 1980, 1983 und der bayrischen Landtagswahl im Herbst 1982, waren diese Jahre Reisejahre. Einen großen Teil ihres alltäglichen Lebens verbrachte sie in Zug oder Flugzeug, in Hotelzimmern oder als Gast bei wohlmeinenden Gastgebern. Dennoch ist es ihr gelungen, alle wesentlichen Unterlagen des Bundesvorstandes, dem sie als Sprecherin angehörte, zu bewahren, diese und vieles mehr ihrem «Privatarchiv» zuzufügen.

Selbstverständlich bilden diejenigen Archivalien, die eine Annäherung an Politik und Person Petras Kellys erlauben, das Herzstück des Petra-Kelly-Archivs. Im Zentrum stehen hier ihre Redebeiträge, Reiseberichte und zahllose andere Äußerungen, die für den Zeitraum 1971, also seit der Übersiedelung von Washington, DC, nach Europa, weitestgehend erschlossen sind. Die Datenbank des Archivs verzeichnet rund 1.800



einzelner erfasste Dokumente, von handschriftlichen, kurzen Entwürfen über Pressemitteilungen und Erklärungen zu tagespolitischen Ereignissen, regelmäßigen Kolumnen bis hin zu Essays und Redemanuskripten.

Der politisch relevante Schriftwechsel aus den gesamten 1980er Jahren war, als Teil des «Bundestagsarchivs», bereits nach Themen und Korrespondenzpartnern geordnet. Die private Korrespondenz ist gesichtet und archivisch erschlossen, aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes die der Korrespondenzpartner(innen) aber nicht zugänglich.

Weitgehend alle von Petra Kelly besuchten oder durchgeführten Veranstaltungen der 1980er Jahre sind als Termine in chronologischer Folge im Bestand abgelegt. Von ersten Kontakten und der Einladung zu einer Veranstaltung, als Rednerin auf einer Demonstration oder Teilnehmerin eines Kongresses über die Reiseplanung und organisatorische Durchführung, das Redemanuskript bis hin zu Pressereaktionen ist jede Veranstaltung zu einem Vorgang zusammengefasst.

Alle Veröffentlichungen über Petra Kelly, derer sie habhaft werden konnte, sind als Presseangelegenheiten chronologisch abgelegt. Diese Art der Medienbeobachtung ist charakteristisch für Prominente, die im Augenmerk der Berichterstattung stehen. Gleiches gilt für die Teilnahme von Petra Kelly an Fernsehdiskussionen und Talkshows. Aus der Aufzeichnung dieser Fernsehsendungen ist eine Sammlung an VHS-Videokassetten entstanden. Diese Sammlung wird intensiv genutzt wie auch die Sammlung von Tonaufzeichnungen, Fotografien<sup>2</sup>, Plakaten und weiteren Objekten, beispielsweise Kleidungsstücken. So trug Petra Kelly bei einem offiziellen Empfang durch Erich Honecker einen Pullover, auf dem deutlich lesbar aufgedruckt «Schwerter zu Pflugscharen» stand, die in der DDR unterdrückte Losung der Friedensbewegung.<sup>3</sup>

Die 5000 Titel umfassende Privatbibliothek von Petra Kelly sowie die ca. 500 Zeitschriften, mit einigen im deutschen Sprachraum schwer greifbaren Titeln aus der Frauen-, Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsbewegung anderer europäischer und überseeischer Länder vervollständigen das Petra-Kelly-Archiv.

Das Petra-Kelly-Archiv in all seinen Teilen ist weitestgehend zugänglich, soweit nicht Aspekte des Daten- und Persönlichkeitsschutzes dem entgegenstehen. Die Aktenbestände, die Bibliothek, Zeitschriften- und Fotosammlung sind verzeichnet und über Findbücher und eine Datenbank recherchierbar.

## Fußnoten

- 1 Eine zweite Option bot sich durch eine amerikanische Universität, die Interesse bekundete, den Nachlass zu betreuen.
- 2 Vgl. Petra Kelly. Eine Erinnerung. Ein Foto- und Essayband, hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, November 2007.
- 3 Z.Zt. als Dauerleihgabe im Haus der Geschichte, Leipzig.

# Die Plakatsammlung

Im Archiv Grünes Gedächtnis befindet sich der wohl größte Fundus an zeitgeschichtlichen Plakaten, der eine intensive Beschäftigung mit der Plakatkultur der grünen Partei ermöglicht. Gut 3.000 Motive dokumentieren die Entwicklung und politische Arbeit der Partei und einiger ihrer nahestehender Protestbewegungen von der Mitte der 1970er Jahre bis heute.

Vom sicherlich bekanntesten grünen Plakat, dem Sonnenblumenplakat von 1979, das sloganartig die vier ideologischen Standbeine «ökologisch, sozial, basisdemokratisch, gewaltfrei» propagiert, bis zum Kopfplakat des Politstars Joschka Fischer aus dem Bundestagswahlkampf 2002 «Grün wirkt: Außen Minister, innen grün», das eindringlich darauf hinweist, dass Fischer trotz seines hohen Staatsamtes Grüner geblieben ist, finden sich in der Sammlung die bildsprachlichen Dokumente zur nunmehr 28jährigen Parteigeschichte.

Ein kurzer Rückblick auf diese 28 Jahre macht deutlich, dass die Grünen mit Teilen der Protestbewegungen der Bundesrepublik Deutschland in den 1980er Jahren eng verflochten waren, so z.B. mit Teilen der Anti-AKW-Bewegung, der Frauen- und Friedensbewegung, der internationalen Solidaritätsbewegung. Spätestens in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre und besonders im Vorfeld der rot-grünen Koalition, die im September 1998 ihre Arbeit aufnahm, wurde deutlich, dass es großen Teilen der Partei nicht mehr in erster Linie darum ging, Protestbewegungen und ihre Themen im Parlament zu vertreten, sondern die Partei auf eine Regierungsbeteiligung vorzubereiten. Die Grünen entwickelten sich also von einer typischen Bewegungspartei mit starken Bezügen zur außerparlamentarischen Opposition zu einer Partei, die in die Regierungsverantwortung wollte.

Anhand der Plakatsammlung des Archivs lässt sich diese Entwicklung bildlich nachvollziehen. Plakate werden in erster Linie für Wahlkämpfe produziert. Ihre Slogans und Bildmotive enthalten zugespitzt die zentralen inhaltlichen und strategischen Aussagen. Und so lässt sich an ihnen auch die Haltung zum und die Stellung der Grünen im parlamentarischen System ablesen.

1979 beteiligen sich die Grünen zum ersten Mal an Europa- und 1980 an Bundestagswahlen. Aber erst über zehn Jahre später, ausgelöst durch die verlorene Bundestagswahl von 1990, setzt sich eine Plakatgestaltung durch, wie sie für die visuelle politische Kommunikation von Parteien in Deutschland üblich ist. Engagiert werden ab 1994 Werbeagenturen, die mit einem Slogan, einer einheitlichen bildlichen Gestaltung und vor allem mit Personenplakaten für die Grünen und ihre politischen Anliegen werben. Damit fällt auf Bundesebene das bis dahin gültige Tabu, prominente Köpfe für die Vermarktung von Politik einzusetzen. In der Zeit vor 1994 werden Wahlkämpfe zwar von der Bundesebene aus geplant und gesteuert, werden aber teilweise durch eigenständige Aktivitäten einiger grüner Landesverbände ergänzt, die ihren Ausdruck in einer recht vielfältigen grünen Plakatproduktion findet. Einige Plakate kommen zudem mehrfach zum Einsatz. Die Gestaltung liegt oft bei einzelnen politisch befreundeten Grafiker(innen) oder den Aktiven selbst.



1



2



3



4

- 1 Hrsg.: Die Grünen, Anlass: Europawahl 1979, Grafik Werkstatt Bielefeld
- 2 Hrsg.: Die Grünen Baden-Württemberg, Anlass: Landtagswahl 1980, Grüngraph/Daniel Wenk und Co., Tübingen
- 3 Hrsg.: Die Grünen, Anlass: Bundestagswahl 1980, Grafik Werkstatt Bielefeld
- 4 Hrsg.: Die Grünen, Anlass: Bundestagswahl 1983, Grafik Werkstatt Bielefeld



5



6



7



8

5 Hrsg.: Die Grünen, Anlass: Bundestagswahl 1983

6 Hrsg.: Die Grünen, Anlass: Bundestagswahl 1987, Michael Etter

7 Hrsg.: Die Grünen, Anlass: Bundestagswahl 1990, Richard Herten

8 Hrsg.: Bündnis 90/Die Grünen, Anlass: Bundestagswahl 1994, Trust Communication, Frankfurt a.M.



9



10



11



12

- 9 Hrsg.: Bündnis 90/Die Grünen, Anlass: Bundestagswahl 1994, Trust Communication, Frankfurt a.M  
 10 Hrsg.: Bündnis 90/Die Grünen, Anlass: Bundestagswahl 1998, Agentur Michael Schirner  
 11 Hrsg.: Bündnis 90/Die Grünen, Anlass: Bundestagswahl 2002, Agentur Zum Goldenen Hirschen  
 12 Hrsg.: Bündnis 90/Die Grünen, Anlass: Bundestagswahl 2005, Agentur Zum Goldenen Hirschen



## Wie kommen Plakate ins Archiv?

Das Archiv arbeitet seit 1992 systematisch am Aufbau eines «grünen Gedächtnisses». Seit dieser Zeit werden die Wahlkämpfe beobachtet und die Wahlkampfmaterialien akquiriert, so dass Belegexemplare der Plakatproduktionen aus den Wahlen auf Länder- und Bundesebene ab den 1990er Jahren im Fundus des Archivs vorhanden sind.

Die Zeit um die Parteigründung herum ist dagegen nicht lückenlos überliefert, weil es kein Archiv gab, das zeitnah zu den Wahlkämpfen hätte sammeln können. 1979 richtete die «Sonstige Politische Vereinigung Die Grünen» eine Bundesgeschäftsstelle als Wahlkampfzentrale für die Europawahl in Bonn ein. Daraus wurde 1980 die Bundesgeschäftsstelle der Partei. Landesgeschäftsstellen wurden aufgebaut und 1983 die Bundestagsfraktion. Hier wurden Plakatsammlungen angelegt, auf die das Grüne Gedächtnis Anfang der 1990er Jahre beim Aufbau seines Archivs zurückgreifen konnte und die den Grundstock der heutigen Sammlung bilden.

Darüber hinaus konnte das Archiv 1998 das Spezialarchiv «Die Grünen» des Zentralinstituts für Sozialwissenschaftliche Forschung (ZI 6) der Freien Universität Berlin übernehmen, das den Aufstieg der Grünen aus den sozialen Bewegungen und ihre Etablierung im Parteiensystem der Bundesrepublik wissenschaftlich beobachtete. Es enthielt eine wertvolle Sammlung alter Plakate, mit der große Lücken geschlossen werden konnten.

Weitere Überlieferungslücken werden durch die Aktenabgaben von grünen Geschäftsstellen auf Landes- und Bundesebene und von einzelnen Politiker(innen), Aktivist(innen) und politischen Initiativen, Gruppen und Organisationen geschlossen. Diese Abgaben enthalten oft auch Plakatsammlungen aus früheren Wahlkämpfen. Dennoch ist die grüne Plakatproduktion aus der Zeit vor der Bundestagswahl 1983 in der Sammlung des Archivs schwach vertreten und das Archiv sehr daran interessiert, Materialien aus dieser Zeit zu akquirieren.

## Was ist nun genau im Grünen Gedächtnis zu finden?

Zur Zeit umfasst die Sammlung gut 3.000 Plakate, deren Ursprung bis in die Mitte der 1970er Jahre zurückreicht. Plakate der grünen Vorläuferorganisationen in Bremen, Schleswig-Holstein und Hessen, der vielen bunten und alternativen Listen aus deutschen Großstädten, Bürgerinitiativen, von alternativen Presseprojekten, Gruppen aus der internationalen Solidaritätsarbeit, der Friedens-, Anti-AKW-Bewegung und weiteren internationalen grünen Organisationen sind in der Sammlung.

Den Hauptbestand bilden die Kampagnen- und Wahlplakate der bündnisgrünen Partei auf Länder-, Bundes- und Europabeine: Landtags-, Bundestags- und Europawahlen, Kongressplakate, politische Kampagnen- und Themenplakate. Damit ist die Arbeit der Partei ikonographisch relativ lückenlos seit ihrer Gründungsphase Ende der 1970er Jahre greifbar.

## Wie halten wir diese Plakate für zukünftige Generationen vor?

Als Archiv haben wir die Aufgabe diese zeitgeschichtlich bedeutenden politischen Quellen zu sichern und so zu erschließen, dass sie öffentlich genutzt werden können. Plakate werden im Grünen Gedächtnis deshalb möglichst in mehrfacher Ausferti-

gung aufgehoben. So können sie einerseits gesichert und andererseits für kulturelle Produktionen wie Ausstellungen, Publikationen, Schul- und Lehrveranstaltungen, politische Bildungsarbeit und Forschungsvorhaben ausgeliehen werden.

Plakate kommen heute digital und analog, als Bilddatei und als Papierdruck, ins Archiv. Sie werden physisch getrennt in einem digitalen und einem analogen Archiv abgelegt, sind aber in der Datenbank zusammengeführt und über diese zugänglich. Die Bilddateien sind als kleines Image in die Datensätze eingebunden, die zu jedem Plakat angelegt werden, um systematisches Recherchieren zu ermöglichen. Zur Beschreibung der Plakate werden Angaben zum Herausgeber, zu Anlass und Datum der Produktion, zu Grafik und Design erhoben. Mit Hilfe eines systematischen Schlagwortthesaurus werden sie inhaltlich beschrieben, so dass z.B. nach Plakaten aus der Friedensbewegung, nach Themen- und Kampagnenplakaten zur Frauenpolitik, Globalisierung, Homosexualität, Ökologie aber auch nach Plakaten von Veranstaltungen, zur Mitgliederwerbung etc. recherchiert werden kann. Darüber hinaus werden technische Daten wie z.B. das Format, die Stückzahl oder die Farben erfasst. Alles dies zusammen erlaubt einen gezielten, schnellen Zugriff für ganz unterschiedliche Interessen.

Eine besondere Herausforderung sind die veränderten Nutzungsanforderungen im digitalen Zeitalter. Für Buchpublikationen werden beispielsweise nur noch Bilddateien angefordert und Ausstellungen werden auch online angeboten. Eigentlich müssten heute alle Plakate digital und analog vorliegen. Für die neueren Plakate ab Ende der 1990er Jahre ist dies prinzipiell auch möglich, da sie digital generiert wurden und die Agenturen Belege an ihre Auftraggeberin abgeben und diese auf CDs und DVDs dann später bei den regulären Aktenabgaben auch ins Archiv gelangen. Für die analoge Zeit sieht das anders aus. Im Grünen Gedächtnis werden nach und nach die wichtigsten Plakate digitalisiert, damit die alten Plakate nicht mehr für jede Nutzung herausgegeben werden müssen und somit geschont werden können.

## **Zur Nutzung der Plakatsammlung im Archiv**

Plakate kleben an Bauzäunen, Betonwänden, in Unterführungen, an Straßenlampen, Hausfassaden, an Aufstellern entlang breiter Straßen und großen Plakatwänden im öffentlichen Raum. Interessierte ziehen sie ab, nehmen sie mit nach Hause und legen Sammlungen an oder stellen sie in ihren Büros aus. Oft geben Interessierte öffentlich ihre Meinung zum Motiv ab, indem sie Plakate beschreiben, bekleben und verändern. Dies ist gängige Praxis, obwohl es im juristischen Sinn Sachbeschädigung ist und zur Anzeige gebracht werden kann. In der Regel können Interessierte aktuelle Produktionen aber auch bei den jeweiligen Parteien kostenlos beziehen.

In der virtuellen Welt des Internets sieht es vergleichbar aus. Politisch Engagierte holen sich Bilddateien aus dem Netz und bauen Archive auf, häufig als systematisch angelegte Übersichten im Rahmen von politischen Bildungsprojekten zu Plakaten bundesrepublikanischer Parteien. Viele dieser Projekte sind sich der Tatsache bewusst, dass sie sich im Internet nicht in einem rechtsfreien Raum bewegen, und machen auf Copyright und Verwertungsrechte aufmerksam. Für viele andere dagegen scheinen mit dem Objekt Plakat und dem Medium Internet Urheber- und Verwertungsrechte ausgehebelt zu sein bzw. keine Gültigkeit mehr zu haben.

Welchen Wert hat also die Nutzung der Plakatsammlung des Archivs angesichts dieser analogen und digitalen, scheinbar frei zugänglichen Plakatflut?



Durch die Erschließung der Archivalien sind die Urheber- und Verwertungsrechte in den meisten Fällen bekannt und das Archiv in der Lage, den Nutzer(innen) gezielt bei der Einhaltung dieser Rechte behilflich zu sein und für mehr Rechtssicherheit zu sorgen. Die Urheberrechte an den Wahlkampfproduktionen liegen bei den Agenturen oder Grafiker(innen) und Künstler(innen), mit denen die Partei in ihrer Frühgeschichte zusammengearbeitet hat. Die Verwertungsrechte liegen zumeist bei der Partei, in deren Auftrag die Agenturen tätig sind.

Neben dem Mehr an Rechtssicherheit, das eine Archivnutzung bringt, bietet sie auch ein mehr an Informationen besonders für die wissenschaftliche Arbeit mit dieser Archivalienart. Wer mit den Plakaten im Archiv arbeitet, ist nicht auf eine einzige Quelle beschränkt, sondern kann aus einem großen Fundus systematisch Quellenmaterial zusammenstellen und z. B. vergleichende Fragestellungen bearbeiten. Im Archiv befinden sich zudem die Akten der bündnisgrünen Gremien und Wahlkampfkommissionen, die Kontextinformationen zu den Plakaten liefern.



13



14

13 Hrg.: Die Grünen, Anlass: Bundestagswahl 2005, Agentur Zum goldenen Hirschen

14 Hrg.: Die Grünen, Anlass: Bundestagswahl 2005, Agentur Zum goldenen Hirschen

## **4 Archivprojekte**

# Der Nachlass von Wolfgang Ullmann im Archiv der DDR-Opposition

Der Theologe und Kirchenhistoriker Wolfgang Ullmann (1929-2004), bis Ende der 1980er Jahre ein Inspirator seiner Studenten, wurde ab 1989 Impulsgeber in der Politik. Als Mitglied im Initiativkreis «Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung», Mitbegründer von «Demokratie Jetzt», Teilnehmer am zentralen Runden Tisch, Minister ohne Geschäftsbereich in der Regierung Modrow und Mitglied der letzten Volkskammer der DDR war er aktiv im politischen Veränderungsprozess der DDR bis zur Wiederherstellung der deutschen Einheit engagiert. Einer der Autoren der am Runden Tisch erarbeiteten Verfassung der DDR, wurde er als Mitglied von Bündnis 90 im Deutschen Bundestag Streiter für eine neue gesamtdeutsche Verfassung. Als Vorstandsmitglied im «Forum zur Aufklärung und Erneuerung» und im Verein «Gegen Vergessen – Für Demokratie» sowie als Abgeordneter des Europaparlaments blieb er kritischer Begleiter der Entwicklung des vereinigten Deutschlands und des gemeinsamen Europas.

Sein Nachlass, der ca. 20 laufende Meter umfasst, enthält vielfältige Zeugnisse seiner theologischen, politischen und vor allem der publizistischen Tätigkeit. Übernommen wurde das Schriftgut im November 2004 von der Robert-Havemann-Gesellschaft, zusammen mit der Bibliothek, mit Fotos, Graphiken, Noten, Plakaten, Zeitschriften und elektronischen Datenträgern, verpackt in 125 Umzugskisten.

Im Jahr 2006/2007 konnte der Bestand in einem von der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, vom Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR des Landes Berlin und vom Archiv Grünes Gedächtnis der Heinrich-Böll-Stiftung finanzierten Projekt erschlossen werden.

Große Teile des immensen schriftlichen Nachlasses waren nicht geordnet. Sie waren in Benutzung. Mitten in der Arbeit aus dem Leben gerissen, musste Wolfgang Ullmann sein Handwerkszeug zurücklassen. So, wie er dachte, nicht in den Grenzen von Fachdisziplinen, sondern jene überschreitend und diese miteinander verknüpfend, lagen Manuskripte, Aufzeichnungen, Briefe, Studien und anderes mehr aus allen Schaffensjahrzehnten griffbereit auf Tischen und in Regalen in seinen beiden Arbeitszimmern.

## Der Publizist

Ab Mitte der 1960er Jahre hat Wolfgang Ullmann in der DDR kirchengeschichtliche und religionsphilosophische Beiträge und Rezensionen veröffentlicht, im Laufe der 1980er Jahre auch in westlichen Zeitschriften und im Samisdat der DDR-Opposition. Mit dem Fall der Mauer explodierte das publizistische Schaffen Wolfgang Ullmanns



Wolfgang Ullmann spricht auf einer Kundgebung zur Währungsunion im Mai 1990 in Berlin.

gleichermaßen. Zahllose im Nachlass vorhandene Manuskripte und Publikationen belegen die Intensität und die Weitsicht, mit der er sich in öffentliche Debatten einmischte oder diese sogar anstieß.

Den bedeutsamsten Teil des Nachlasses stellen diese Manuskripte dar. Sie stammen aus den Jahren 1948 bis 2004. Zu den meisten Veröffentlichungen existieren handschriftliche Manuskripte, Entwürfe oder Aufzeichnungen. Diese fanden sich über den gesamten Nachlass verstreut in Korrespondenzen, verschiedenen thematischen Materialsammlungen, zwischen Zeitungen und auch in den Büchern seiner umfangreichen Bibliothek. In den seltensten Fällen sind die Manuskripte datiert und bis Ende der 1980er Jahre in deutscher Sütterlinschrift geschrieben. Daneben gibt es auch maschinenschriftliche Abschriften bzw. später Computerausdrucke von der Mehrheit der Manuskripte.

Die Unterlagen aus der herausgeberischen Tätigkeit Wolfgang Ullmanns betreffen – bis auf die Mitherausgabe der Wochenzeitung *Freitag* – die Edition theologischer Reihen, Nachschlagewerke und Monographien.

### **Der Theologe und Lehrer**

Von allen Etappen der Tätigkeit Wolfgang Ullmanns bis 1990 sind Unterlagen im Nachlass vorhanden, wenn auch in unterschiedlichem Umfang. Aus der Zeit als

Pfarrer in dem sächsischen Ort Colmnitz (1956-1963) sind neben Korrespondenz und dem Gästebuch des Pfarrhauses zwei Einladungen zu Einwohnerversammlungen aus dem Jahr 1961 erhalten. Der Ortsverband der Nationalen Front Colmnitz hatte dazu aufgefordert, örtlichen SED-Funktionären zu lauschen, die unter der Überschrift «Militarismus» über «Pfarrer Dr. Ullmann ..., der nicht unserer Meinung ist» informieren wollten, und ein zweites Mal über Äußerungen eines Bauern, der «die führenden Funktionäre unseres Arbeiter- und Bauernstaates als Lumpen und Strolche» beschimpft hatte.

Sehr viel umfangreicher ist das aus der Tätigkeit als Dozent für Kirchengeschichte und zeitweise auch Rektor am Katechetischen Oberseminar Naumburg und am Sprachenkonvikt Berlin stammende Schriftgut. Hervorzuheben sind hier Materialien, die Auskunft über die Auseinandersetzung mit staatlichen Stellen geben, z. B. wegen der Ermittlungen nach in Naumburg illegal verbreiteten Flugblättern im Jahr 1977 oder der Bewahrung der Studierenden davor, «heimliche Mitarbeiter irgendwelcher staatlicher oder sonstiger Stellen»<sup>1</sup> zu werden.

Von November 1982 bis Februar 1983 konnte Wolfgang Ullmann eine Gastdozentur am Trinity Lutheran Seminary in Columbus/Ohio wahrnehmen. Hierzu sind Aufzeichnungen, Korrespondenz, Materialien zu seiner Lehrtätigkeit und nicht zuletzt Reiseunterlagen vorhanden.

Über die Lehrtätigkeit hinaus war Wolfgang Ullmann in mehreren kirchengeschichtlichen Arbeitskreisen engagiert, aus denen ebenfalls Arbeitsunterlagen überliefert sind. International wirksam wurde Dr. Ullmann mit seinen ökumenischen Aktivitäten. In insgesamt 36 Bänden befinden sich die Zeugnisse dieses Engagements. Die Arbeitsunterlagen und Manuskripte der eigenen Beiträge als Mitglied der Vorbereitungsgruppe und Teilnehmer an den «Sagorsker Gesprächen» des Bundes der Ev. Kirchen mit der Russischen Orthodoxen Kirche füllen allein sieben Bände. Besondere Aufmerksamkeit verdient ein Band mit Briefwechseln, die Wolfgang Ullmann 1995 und 2000-2002 führte, um den ökumenischen Prozess vom Stadium der Verhandlungen in das der Anerkennung und Entscheidung zu bringen.<sup>2</sup>

## **Der Politiker**

Die ersten Zeugnisse oppositionellen Engagements von Wolfgang Ullmann liegen aus dem Jahre 1976 vor: Briefe von ihm an das «Neue Deutschland», mit denen er gegen die Diffamierung von Oskar Brüsewitz nach dessen Selbstverbrennung und gegen die Ausbürgerung Wolf Biermanns protestierte. Korrespondenz und Aufzeichnungen aus den Jahren der Mitarbeit in der Initiative «Praxis und Prinzip der Abgrenzung» (1987 bis 1989) folgen.

Aus der Zeit von Herbst 1989 bis Oktober 1990 sind umfangreiche Überlieferungen zu den Aktivitäten in der Bürgerbewegung «Demokratie Jetzt», am zentralen Runden Tisch, als Minister ohne Geschäftsbereich in der Modrow-Regierung sowie als Mitglied und Vizepräsident der Volkskammer erhalten. Die Unterlagen waren so aufbewahrt worden, wie sie in der arbeitsreichen Zeit entstanden sind, ohne Einhaltung der Provenienzen in Mappen bzw. lose in Stößen abgelegt. Sie mussten völlig neu geordnet werden.

Unter dem Schriftgut zu «Demokratie Jetzt» sind zahlreiche Zuschriften an Wolfgang Ullmann als Erstunterzeichner des Gründungsaufrufs und prominentes

Mitglied. Die Unterlagen zum zentralen Runden Tisch umfassen auch Materialien aus den Arbeitsgruppen «Wahlgesetz» und «Sicherheit». Aus den wenigen Wochen als Minister ohne Geschäftsbereich stammen Sitzungsmaterialien, Korrespondenz und Unterlagen zu den Verhandlungen des damaligen Ministerpräsidenten Hans Modrow in Bonn und Moskau sowie zu einem Treffen mit dem Vorsitzenden der Regierung der CSSR in Prag, an denen Wolfgang Ullmann jeweils teilgenommen hatte. Aus der Zeit als Mitglied des Präsidiums und der Volkskammerfraktion sind Sitzungsmaterialien und Beschlüsse des Präsidiums, Korrespondenz, verschiedene Unterschriftensammlungen und Materialien aus dem Ausschuss für Verfassung und Verwaltungsreform überliefert. Parallel hatte sich Wolfgang Ullmann für den Aufbau einer Treuhandanstalt eingesetzt. Korrespondenz, Vorschläge für den Aufbau einer treuhänderischen Verwaltung des Volkseigentums, Studien, Materialien des zentralen Runden Tisches und der Volkskammer der DDR sowie eine Unterschriftensammlung zur Überreichung der Volksaktien zeugen von seinen Aktivitäten in dieser Hinsicht.

Das Schriftgut zur politischen Tätigkeit ab Oktober 1990 lag relativ geordnet vor. Das betrifft den Zeitraum von Oktober 1990 bis 1994 als Mitglied im Deutschen Bundestag, die Zeit als Mitglied der Gemeinsamen Verfassungskommission von Bundesrat und Bundestag 1991 bis 1993 und im Europäischen Parlament 1994 bis 1999.

Unter den Materialien zum Bundestag befinden sich eine Sammlung aller gedruckten Reden Wolfgang Ullmanns, Korrespondenz, persönliche Arbeitsunterlagen zur Arbeit im Bundestag und in der Fraktion bzw. Gruppe Bündnis 90/Die Grünen sowie zum Wahlkampf 1990. Den größten Teil macht das Schriftgut zu verschiedenen Arbeitsschwerpunkten aus, welches aus dem Arbeitskreis III «Innen- und Rechtspolitik» der Gruppe Bündnis 90/Die Grünen und aus verschiedenen Ausschüssen stammt, u. a. zur Verfassungsdiskussion, zur Treuhandanstalt, zum SED-Unrechtsbereinigungsgesetz und zu Eigentums- und Vermögensfragen in den ostdeutschen Ländern.

In dem Schriftgut zur Tätigkeit in der Gemeinsamen Verfassungskommission von Bundesrat und Bundestag finden sich neben den Unterlagen zu Einsetzung, Sitzungen und Hearings der Kommission auch Korrespondenz und Presserklärungen zum Antrag Wolfgang Ullmanns zur Änderung der staatskirchenrechtlichen Vorschriften im Grundgesetz und zu seinem Austritt aus der Kommission.

Die Hinterlassenschaft aus dem Europäischen Parlament umfasst die persönlichen Unterlagen zur Arbeit im Parlament und in der Fraktion Die Grünen sowie Korrespondenz und thematische Sammlungen zu den Arbeitsfeldern: Bioethik/ Biotechnologie, Sekten in Europa, Menschenrechte, Kirchenklausel im Europäischen Unionsvertrag und Copyright.

Weitere politische Aktivitäten, die Niederschlag im hinterlassenen Schriftgut gefunden haben, betreffen die «Charta 99» des Forums Bürgerinnen- und Bürgerbewegung (in Bündnis 90/Die Grünen) aus den Jahren 1997 bis 1999 und Protestbriefe, Appelle und Erklärungen, die von Wolfgang Ullmann verfasst, initiiert oder unterzeichnet wurden. Zur Erklärung «Wir haben es satt» aus dem Jahr 2001 sind Zuschriften und Briefwechsel, Materialien zu Veranstaltungen, auf denen Wolfgang Ullmann als Unterzeichner aufgetreten ist, und zu einem Gespräch mit dem Bundespräsidenten Johannes Rau 2003 vorhanden.

Von erheblichem Umfang ist die Korrespondenz aus den Jahren 1944 bis 2004. Die bei einzelnen Arbeitsstellen, politischen Gruppierungen und Körperschaften sowie am Runden Tisch entstandene bzw. empfangene Korrespondenz verblieb auch bei diesen Unterlagen. Briefe und Schreiben darüber hinaus wurden in eigenen Bänden zusammengefasst, wie die Briefwechsel mit Forschungskollegen aus dem In- und Ausland, mit Politikern, Theologen und ehemaligen Studenten, darunter mit Freya v. Moltke, Wolfgang Thierse, Christa Wolf oder Hans Modrow.

Zu den zahlreichen Ämtern und Mitgliedschaften Wolfgang Ullmanns in Kuratorien, Stiftungen und Vereinen liegen Überlieferungen ganz unterschiedlichen Umfangs vor. Diese enthalten Korrespondenz, Sitzungsunterlagen, Notizen und Arbeitsunterlagen zu Projekten der jeweiligen Vereinigungen. Hervorzuheben sind die Unterlagen des «Forum zur Aufklärung und Erneuerung e.V.», dessen Initiator und Vorstandsvorsitzender Wolfgang Ullmann war. Hier finden sich Materialien zu den Arbeitskonferenzen und Buchprojekten des Forums, zum Einsatz für die Rehabilitation von Opfern der staatlichen Willkür in der DDR und zu einem Ermittlungsverfahren zum Verbleib von Schmuck- und Wertgegenständen aus der Abteilung Kommerzielle Koordinierung aus dem Zeitraum 1991 bis 2004. Stellvertretend für das breitgefächerte gemeinnützige Engagement Wolfgang Ullmanns sollen an dieser Stelle noch die Überlieferungen aus der Tätigkeit als Mitglied des «Kuratorium für einen demokratisch verfassten Bund Deutscher Länder», aus der Zeit als Kuratoriumsmitglied in der Stiftung «Haus der Demokratie», als Vorstandsmitglied im Verein «Gegen Vergessen – Für Demokratie», als Mitglied im Förderkreis «Denkmal für die ermordeten Juden Europas» und aus der Mitgliedschaft im Verein zur Förderung der Ausstellung «Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944» genannt werden.

Ergänzt wird die Überlieferung durch Schriftgut zu Tagungen, Veranstaltungen und Podiumsgesprächen aus der Zeit von 1966 bis 2004, auf denen er mit Vorträgen auftrat bzw. an denen er teilnahm. Hier sind Ankündigungen und Korrespondenz zu Vorträgen zu finden, zu denen keine Manuskripte oder Aufzeichnungen erhalten sind. Bei den Materialien zu einigen internationalen Kongressen in westlichen Ländern vor dem Fall der Mauer befindet sich auch Korrespondenz zu Genehmigung bzw. Ablehnung der dafür beantragten Reisen.

Zum Nachlass gehören des Weiteren persönliche Unterlagen wie Geburtsurkunde, Zeugnisse, Berufungsurkunden, Ausweise, Pässe und Dienstkarten sowie Urkunden und Medaillen. Kalender sind mit wenigen Lücken von 1951 bis 2004 und Notizhefte aus der Zeit 1943 bis 2000 überliefert. Verschiedene Sammlungen runden die Hinterlassenschaft Wolfgang Ullmanns ab.

## Fußnoten

- 1 Entwurf einer Verschwiegenheitserklärung der Studenten, 1974 (RHG/WU 173).
- 2 Brief von Wolfgang Ullmann an Papst Johannes Paul II, Brüssel, 28.06.1995 (RHG/WU 253).



MICHAEL KOLTAN

# Radio Verte Fessenheim

## Zur Geschichte eines unabhängigen Radios

Im Jahr 1970 entsteht im Elsass die Anti-Atomkraft-Bewegung mit der Gründung des Comité de Sauvegarde de Fessenheim et de la plaine du Rhin. Diese Bewegung feiert ihren größten Triumph mit der Verhinderung des Atomkraftwerkes in Wyhl. Darüber gerät leider allzu oft in Vergessenheit, dass das Atomkraftwerk in Fessenheim, dessen Bau die Bewegung ins Rollen brachte, trotz massiven Widerstands gebaut wurde und am 8. März 1977 ans Netz ging. Selbst ein Bombenanschlag auf das Kraftwerk behinderte die Inbetriebnahme nicht.

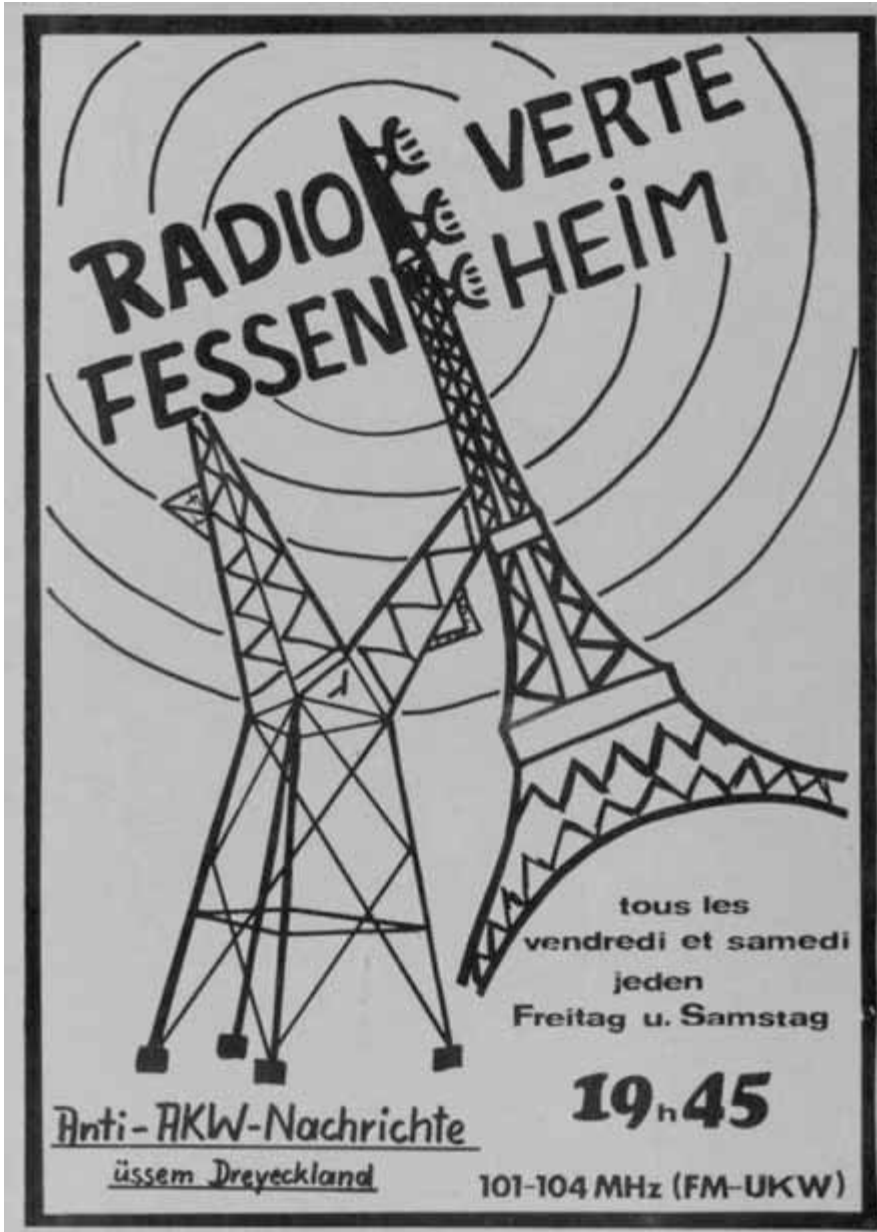
Diese Inbetriebnahme hält die Atomkraftgegner jedoch nicht davon ab, den Widerstand fortzusetzen. Am 30. März wird in Heiteren die Baustelle des letzten noch nicht fertig gestellten Hochspannungsmastes für die Stromleitung des in Fessenheim produzierten Atomstroms besetzt. Den ganzen Sommer über bleibt der Mast besetzt. Im Herbst räumt die französische Polizei ihn dann doch, und in Fessenheim wird bis heute, trotz vieler Störfälle, Atomstrom produziert.

Die Mastbesetzung in Heiteren ist nicht nur eine Niederlage, denn mit ihr nimmt die Arbeit von Radio Verte Fessenheim ihren Anfang. Am 4. Juni 1977 wird zum ersten Mal vom besetzten Mast in Heiteren aus gesendet. Die erste Sendung endet mit der pessimistischen Einschätzung: «Und wenn Sie diese Sätze hören, ist es eigentlich schon zu spät.» Dennoch beginnt an diesem Tag die Erfolgsgeschichte eines unabhängigen Radios, das bis heute unter dem Namen Radio Dreyeckland weiterbesteht und inzwischen legal sieben Tage die Woche rund um die Uhr sendet.

Am Anfang sieht das allerdings anders aus. Nach der großen Resonanz auf die erste Sendung werden an den folgenden sechs Samstagen weitere von jeweils ungefähr 15 Minuten Länge ausgestrahlt. Gesendet wird mehrsprachig von wechselnden Standorten aus und zwar zunächst auf französisch, dann auch auf Deutsch und im alemannischen Dialekt, der Sprache, die die Atomkraftgegner auf beiden Seiten des Rheins verbindet.

Nach einer Sommerpause geht es Ende August 1977 weiter, und nun holt die auf ihrem Rundfunkmonopol beharrende Staatsgewalt groß aus. Am 3. September wird aus der Nähe der deutschen Grenze gesendet. Nach nur wenigen Minuten Sendebetrieb werden die Radiomacher(innen) geortet und eineinhalb Stunden lang letztlich erfolglos von einem Polizeihubschrauber gejagt.

Als am 5. Oktober der Mast in Heiteren von der französischen Polizei geräumt wird, bedeutet das keineswegs das Ende des Senders. Radio Verte Fessenheim entwickelt sich weiter, und die Sendung vom 2. Dezember meldet zwei Neuigkeiten. Zum einen wird die Gründungsversammlung eines Freundeskreises für ein «Radio Verte Fessenheim – Dreyeckland» angekündigt, zum anderen wird das Themenspektrum des Radios erweitert: Es geht nun nicht mehr allein um ökologische Themen, sondern erstmals wird über einen Arbeitskampf berichtet. Die Anti-AKW-Zeitschrift *Was wir wollen* schreibt dazu in einem Kommentar: «Wir wissen, daß die Arbeiter



Plakat des Senders Radio Verte Fessenheim, mit dem in der Region für die Sendungen geworben wurde, ca. 1980.

«ihre» Sendung mit großer Aufmerksamkeit empfangen haben und gehört haben. Wichtig ist, daß sie außerdem vielleicht zum 1. Mal mit ökologischen Problemen und Anti-AKW-Informationen konfrontiert worden sind. Andererseits mussten sich die AKW-Gegner die Sorgen der Arbeiter anhören. Vielleicht gelingt es tatsächlich, diese 2 verschiedenen Kämpfe wenigstens im Radio miteinander zu verbinden.»<sup>1</sup>

In den nächsten Jahren weitet sich der illegale Sendebetrieb kontinuierlich aus. Lokalredaktionen werden nicht nur im Elsass, sondern vor allem auf der deutschen Rheinseite gegründet, und das Themenspektrum erweitert sich zusehends. Eine wichtige Rolle spielt das Radio dann in der Hochphase der Hausbesetzungszeit in Freiburg 1980/81.

Am 30. April 1981 benennt sich Radio Verte Fessenheim schließlich nach längeren Diskussionen der Lokalredaktionen in Radio Dreyeckland um. Damit endet die erste Phase des freien Radios in der Oberrheinregion.

## **Das Archiv-Projekt**

Die Sendungen aus diesen heroischen Jahren des Bewegungsradios sind zu großen Teilen glücklicherweise auf Tonbänder überspielt und aufbewahrt worden. Dem Archiv Soziale Bewegungen in Freiburg gelang es, diese Bänder, kurz bevor sie in den Abgründen eines staatlichen Archivs in Paris zu verschwinden drohten, seinen Beständen zuzuführen.

Damit war allerdings noch keineswegs gesichert, dass das Sendematerial auch einer interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden konnte. Die Bänder waren zumeist in schlechtem Zustand. Oft waren billige Bänder verwendet worden, bei denen sich nach 30 Jahren die Magnetbeschichtung löst. Das führt nicht nur zur Zerstörung der Bänder, sondern auch der Tonbandgeräte, deren Tonköpfe beim Abspielen verkleben. Zudem hatten die Radiomacher(innen) viele verschiedene Bandformate und Bandgeschwindigkeiten im Einsatz. Aus technischen Gründen war es sehr schwierig gewesen, alle Bänder abzuhören. Fünf verschiedene Tonbandgeräte mussten eingesetzt werden.

Deshalb begrüßte das Archiv Soziale Bewegungen in Freiburg das von der EU geförderte «Datenbank und Archivierungsnetzwerk Oberrheinischer Kulturträger» (DANOK). Das Archiv beteiligte sich an diesem Netzwerkprogramm und machte sich mit finanzieller Unterstützung der EU, der Stadt Freiburg und der Heinrich-Böll-Stiftung an die Sisyphus-Arbeit. Bänder wurden gesichtet, in einer Datenbank erfasst und digitalisiert.

Nach einem Jahr ist das Projekt nun gegen Ende 2007 weitgehend abgeschlossen. Die Bänder sind erfasst und digitalisiert, die Dateien in einzelne Sendungen zerlegt. Als mp3-kodierte Sounddateien passen nun alle Sendungen auf eine DVD. Sie sind auf der Website [www.danok.eu](http://www.danok.eu) frei zugänglich. Damit sind die Radiosendungen nun als historische Quellen bequem zugänglich und harren ihrer wissenschaftlichen Erschließung.

## **Die technischen Details**

Es handelt sich um 159 Tonbänder verschiedener Fabrikate und Formate aus den Jahren 1977 bis 1980. Bei den Formaten finden sich Bänder mit 1, 2 oder 4 Spuren

und den Geschwindigkeiten 1 7/8 in/s, 3 3/4 in/s, 7 1/2 in/s und 15 in/s. Einige wenige Bänder sind in Stereo, die meisten in Mono aufgenommen.

Bei der Durchsicht stellte sich heraus, dass nicht auf allen Bändern Sendungen gespeichert waren, sondern auf einigen kommerziell erhältliche Musik (Pop, Rock, Klassik) zur Auflockerung der Sendungen abgelegt war. Diese Bänder wurden von der Digitalisierung ausgenommen. Wieder andere Bänder waren Duplikate, so dass in einigen Fällen das technisch beste Band ausgewählt werden konnte. Übrig blieb ein Bestand von 75 Bändern mit originärem Sendematerial.

Dieser Bestand wurde in 167 Dateien digitalisiert. Dabei wurde jede Spur eines Bandes in einer wav-Datei mit 44.100hz, 16-Bit abgelegt. Eine Ausnahme bilden die wenigen Stereo-Bänder, bei denen jeweils 2 Stereo-Spuren in einer Datei abgelegt wurden. Zum Einsatz kamen dabei verschiedene Tonbandgeräte (und zwar Revox A77 Halbspur, Revox A77 Vollspur, Revox PR99 MKII, Philips N4515, Uher SG561 Royal) zum Abspielen und ein digitaler Multiprozessor (Fostex VF160EX) für die Digitalisierung.

Die Daten wurden zunächst auf CD-ROMs zwischengespeichert und dann auf einen Rechner (Debian-Linux etch) mit RAID-System überspielt, um maximale Datensicherheit während der Bearbeitungsphase zu garantieren. Auf diesem Rechner wurden die Digitalisate kontrolliert und nachbearbeitet.

Für das Projekt wurde eine Datenbankapplikation entwickelt, um die Metadaten der Bänder erfassen zu können. Diese Applikation fußt auf einer PostgreSQL-Datenbank mit einem Java-Benutzer-Interface, das eigens für das Projekt entwickelt wurde. Hier wurden die technischen Details wie Marke, Dauer, Aufnahmegeschwindigkeit, Beschriftungen zu den Bändern festgehalten. Zudem wurde erfasst, welche Sendungen auf welchen Bändern zu finden sind, wobei nicht von allen Sendungen Sendedatum und Sendungsnummer ermittelt werden konnten. Eine inhaltliche Erschließung fand bisher nicht statt. Um den Datenaustausch zu gewährleisten, enthält die Applikation außerdem eine Exportfunktion, so dass die Daten in Form von DublinCore-Records im xml-Format auszuspielen sind.

Damit das Material nicht nur konserviert, sondern auch einem breiten Publikum zugänglich gemacht werden kann, sind die Bandaufnahmen in die einzelnen Sendungen zerlegt und als mp3-Dateien mit 64kbit/s für mono-Aufnahmen und 128kbit/s für Stereo-Aufnahmen komprimiert worden. Dadurch passen alle Aufnahmen auf eine DVD und können einfach und effektiv zur Verfügung gestellt werden.

Die ebenfalls geplante Langzeitarchivierung der Daten im wav-Format konnte leider nicht realisiert werden. Ursprünglich war geplant, die gesamten Digitalisate (ca. 70 GB Daten) mit einem neuen Verfahren auf Mikrofilm zu sichern und damit der Nachwelt für mehrere Jahrhunderte zu erhalten. Dies wurde gegen Ende des DANOK-Projektes von den Partnern, die für die Mikroverfilmung zuständig waren, abgelehnt und das Datenvolumen, das dem Archiv soziale Bewegungen in Freiburg für die Mikroverfilmung zugestanden hätte, wurde auf 20 GB reduziert. Das Freiburger Archiv entschied sich deshalb bei der Mikroverfilmung für eine mp3-Kompression der Daten mit 224 kb/s. Die Komplexität dieses Kompressionsverfahrens macht es damit für die Langzeitarchivierung ungeeignet. Allerdings war es nur so möglich, das Gesamtdatenvolumen auf ca. 20 GB zu reduzieren.

Die originalen wav-Dateien sind statt auf Mikrofilm nun auf LTO2-Magnetbändern gesichert, die eine Lebensdauer von ca. 20 Jahren aufweisen. Das Archiv der

sozialen Bewegungen hofft nun nach Ablauf dieser Frist, eine andere Technologie zur Langzeitarchivierung einsetzen zu können.

### **Literaturtipp**

Zur Geschichte von Radio Verte Fessenheim bzw. Radio Dreyeckland ist jüngst, zum 30jährigen Jubiläum, eine DVD mit einer Fülle von Materialien erschienen. Nähere Informationen sind zu finden unter [www.rdl.de](http://www.rdl.de).

### **Fußnote**

- 1 In: Was wir wollen. Besetzerzeitung aus Marckolsheim, Wyhl, Kaiseraugst, Gerstheim, Heiteren, Nr. 17/18, 28.12.1977, S. 2.

# Bewegungsarchive im elektronischen Zeitalter

## Ein Tagungsbericht

23 Archive, Bibliotheken und Dokumentationsstellen aus Frauen-, Friedens-, Ökologie-, Jugend- und Alternativbewegungen, der Bürgerbewegung der DDR und von Geschichtswerkstätten trafen sich im Juni 2007 zum dritten Mal zu einem Erfahrungsaustausch im Archiv Grünes Gedächtnis.

Diese regelmäßig stattfindenden Archivtreffen dienen dem aktuellen archivfachlichen und politischen Erfahrungsaustausch. Obwohl die Bewegungsarchive hinsichtlich ihres Selbstverständnisses, ihrer Bestände und der Anbindung an politische Aktivitäten ganz eigene, unterschiedliche Schwerpunkte setzen, findet immer wieder ein gewinnbringender Austausch statt, werden Kooperationen verabredet und das Lobbying für die Anliegen der Überlieferungsbildung und -sicherung der Protestbewegungen in Deutschland intensiviert.

Im Rahmen des dritten Workshops diskutierten die Bewegungsarchive, auf ihre Möglichkeiten zugeschnitten, Fragen der Digitalisierung und elektronischen Archivierung. Archivische Standards wurden vorgestellt und auf ihre Anwendbarkeit in kleinen Archiven überprüft. Mit Blick auf den Auftritt von drei Bewegungsarchiven beim Deutschen Archivtag des Verbandes Deutscher Archivarinnen und Archivare (VdA) im September 2007 diskutierte man das Verhältnis der Oppositionsarchive zur etablierten Fachöffentlichkeit.

Auf dem 77. Deutschen Archivtag des VdA – Thema des Archivtags «Lebendige Erinnerungskultur für die Zukunft» – beschäftigte sich ein Forum mit der Überlieferungsbildung und -sicherung der freien Archive in Deutschland. Damit erfuhr die Arbeit der Bewegungsarchive zur Überlieferungsbildung und -sicherung von Archivalien der bundesrepublikanischen Opposition erstmals öffentliche, fachliche Anerkennung. Das Interesse der etablierten Fachöffentlichkeit, verbunden mit einem eingestandenem Defizit staatlicher Archive auf diesem Gebiet, wird von den Bewegungsarchiven aber auch mit Skepsis betrachtet. Sie befürchten, dass sie vereinnahmt werden könnten und ihre Unabhängigkeit damit gefährdet wäre.

Dennoch unterstützten die Teilnehmer(innen) des Archivtreffens den Auftritt von drei Archiven aus ihrem Kreis (Archiv der deutschen Frauenbewegung, Thüringer Archiv für Zeitgeschichte «Matthias Domaschk», Archiv für alternatives Schrifttum), lehnten aber eine von Seiten des VdA angebotene Einbindung in den Verband zum gegenwärtigen Zeitpunkt ab. Genutzt werden sollte der Auftritt vielmehr zur Intensivierung des fachlichen Austausches, zur Präsentation der eigenen Arbeit und zum Lobbying für die Anliegen der Bewegungsarchive. Die Unabhängigkeit bleibt ein wichtiges archivpolitisches Anliegen der Bewegungsarchive.

In Zeiten elektronischer Kommunikation und elektronischer Nutzungsgewohnheiten stehen Bewegungsarchive vor vielgestaltigen Aufgaben, für die sich, auf ihre

Möglichkeiten abgestimmt, noch keine Standards herausgebildet haben. Die Arbeit von politischen, sozialen und kulturellen Protestbewegungen erfolgt heute zum großen Teil mittels elektronischer Medien. Sollten Bewegungsarchive in der nächsten Zukunft keine Strategien und praktikierbare Verfahren entwickeln, um diese Medien zu archivieren, werden sie ihrem Anspruch, die Überlieferungsbildung und -sicherung der Opposition in Deutschland zu betreiben, nicht gerecht werden können.

Dabei sehen sie sich heute ganz besonderen Herausforderungen gegenüber, sind die Bestände in den Bewegungsarchiven im Kern doch Überlieferungen, die die kommunikative Vernetzung dokumentieren. Diese besteht heute zumeist aus einem Mix von analogen und elektronischen Dokumenten, die nur zusammen den Vorgang abbilden würden und archiviert werden müssten. Aus dieser «hybriden» Aktenführung im Nachhinein einen Vorgang zu bilden und zu archivieren ist für kleine Archive kaum möglich. Sie sollten sich allerdings so nah wie möglich an den Entstehungszusammenhang elektronischer Dokumente anbinden und ihre archivische Arbeit dort ansetzen.

Elektronische Medien sind flüchtig, weniger kontrollierbar, anfällig für Vernichtung und unautorisierten Zugriff. Sie können nicht wie analoge Archivalien noch Jahre nach ihrem Entstehen relativ einfach geborgen und gesichert werden. Der enge Kontakt, den viele Bewegungsarchive zu ihren Aktiven haben, ist somit eine gute Voraussetzung für eine gründliche Archivierung aktueller politischer Arbeit. Sollte dieser Kontakt nicht bestehen, müssen dringend Absprachen unter den Bewegungsarchiven getroffen werden, wer welche Archivierungsaufgaben übernimmt.

Erste Erfahrungen mit der elektronischen Archivierung von digital generierten Dokumenten – Online-Publikationen und Mailinglisten – liegen aus dem Kreis von kleinen Bewegungsarchiven bereits vor. Allerdings gibt es keine Erfahrungen mit der Archivierung von Websites aus Protestbewegungen, was von den Bewegungsarchiven als schwerwiegendes Defizit eingeschätzt wird.

Aus der Praxis elektronischer Archivierung berichtete das Archiv Aktiv aus Hamburg. Als klassisches Bewegungsarchiv, das in aktuelle atom- und gentechnik-kritische Kampagnen und damit deren digitale Kommunikation eingebunden ist, erfüllt es alle Voraussetzungen für eine gründliche Archivierung elektronischer Unterlagen. Die elektronische Archivierung von Mailinglisten der Kampagnen wird seit einiger Zeit in Hamburg erprobt und praktiziert. Im Bewusstsein der Gefahr, dass das Wissen über diese Kampagnen verloren geht, wenn der interne Email-Austausch nicht zeitnah archiviert wird, hat Archiv Aktiv sein erstes elektronisches Archivierungsprojekt als eigenes «Low-Budget-Projekt» gestartet. Die Mailinglisten der Kampagnen werden mit dem Email-Programm Mozilla Thunderbird eingelezen, in einer Verzeichnisstruktur nach Jahren sortiert abgelegt und auf einem externen Rechner gespeichert. Die Mailings werden, bevor sie abgelegt werden, auf ihre Archivwürdigkeit hin bewertet und gegebenenfalls kassiert. Die Suchfunktion des Email-Programms bleibt bei dieser Art der Speicherung erhalten und gestattet einfachsten Rechercheservice. Abgesehen von der begrenzten technischen Speicherkapazität des eingesetzten Emailprogramms wird das größere Problem bei diesem Archivierungsverfahren in der Handhabung des Datenschutzes gesehen. So können durch die Archivierung von Mailinglisten Inhalte und Strukturen politischer Kampagnen enthüllt werden, was für die Beteiligten strafrechtliche Konsequenzen haben kann.



Aus der Praxis der Schutzdigitalisierung und Langzeitarchivierung berichtete das Archiv der sozialen Bewegungen in Baden. Ca. 150 akut vom Verfall bedrohte Tonbänder des Senders Radio Verte Fessenheim aus den 1970er Jahren werden in einem Pilotprojekt mit dem Fraunhofer-Institut digitalisiert und sollen später auf Mikrofilm abgelegt und langzeitarchiviert werden. Das Fraunhofer-Institut hat dazu zusammen mit der MicroArchive Systems GmbH ein Verfahren zur Speicherung digitaler Daten auf einem analogen Medium, dem Mikrofilm, erarbeitet. Dieses aufwendige Projekt ist nur in Kooperation mit etablierten Einrichtungen zu realisieren, weil die technische Umsetzung soviel Spezialwissen, -ausstattung und finanzielle Ressourcen voraussetzt, dass, anders als beim «Low-Budget-Projekt» des Hamburger Archivs, Kooperationspartner gesucht werden mussten.

Aus Solidarität mit dem Umbruchbildarchiv und der Videowerkstatt Autofocus aus Berlin verabschiedeten die Teilnehmer(innen) zum Abschluss des Workshops eine Erklärung. Beide Einrichtungen waren im Vorfeld der G8-Proteste im Frühjahr 2007 vom Bundeskriminalamt durchsucht und Rechner mit Archivalien kopiert und beschlagnahmt worden. Damit verletzte das BKA das Recht auf Presse- und Informationsfreiheit. Das Netzwerk protestierte gegen diesen Rechtsbruch und forderte das BKA auf, die kopierten Daten zu löschen. Freie Archive sichern die Überlieferung der Oppositionsgeschichte. Sie leben vom Vertrauen ihrer Dokumentengeber. Diese Arbeitsgrundlage sehen sie durch Aktionen, wie sie das BKA gegen die beiden Berliner Archive durchgeführt hat, ernsthaft gefährdet.

Der vierte Workshop der Bewegungsarchive wird im Juni 2009 im Archiv Grünes Gedächtnis in Berlin stattfinden. Rahmenthemen werden das Urheber- und Nutzungsrecht mit besonderer Berücksichtigung elektronischer Medien und deren Nutzung sowie die Rechtsstellung freier Archive in Deutschland sein.

# **5 Rezension**

# Edgar Wolfrum: Die geglückte Demokratie

Der Titel des Buches ist zugleich seine These: Die «geglückte Demokratie», ein Überblickswerk über die Entwicklung der Bundesrepublik von ihrer Gründung bis zur Gegenwart. Es erhebt den Anspruch, die seit 1989/1990 angemahnte Historisierung der Bundesrepublik einzulösen und zwar als eine eindeutige Erfolgsgeschichte.

«Friedfertigkeit, Postnationalismus, soziale Marktwirtschaft und Rechtsstaatlichkeit» sind nach Wolfrum die normativen Parameter der gelungenen Bundesrepublik. Diese Entwicklungsgeschichte wird immerhin auf beeindruckenden fast 700 Seiten extemporiert. Wolfrum tut dies anhand dreier Entwicklungsphasen: der Stabilisierung der unmittelbaren Nachkriegszeit, der Pluralisierung der westdeutschen Gesellschaft und schließlich deren Internationalisierung.

Die verschiedenen Deutungsansätze sieht er nicht in einem Gegensatz zueinander, sondern als sich ergänzende und zum Teil verstärkende Entwicklungsstränge. Dadurch – das sei vorweggenommen – gewinnt das Buch eine Gradlinigkeit, die an einigen Stellen Verknüpfungen zwischen kultur-, sozial- und politikgeschichtlichen Entwicklungssträngen vernachlässigt, wie sie neuere Forschungen vorstellen. Zugunsten der Plausibilisierung der Ausgangsthese werden Widersprüche und Desiderate eher eingeebnet als offengelegt. So werden die Brüche in Form von Protestbewegungen, die gesellschaftspolitischen Gegenentwürfe und das Ringen um die Überwindung und die Bearbeitung des Nationalsozialismus zwar als wichtiger Beitrag zur Pluralität interpretiert, aber am Ende der Erfolgsgeschichte untergeordnet. Für Wolfrum ist 1989 der Epochenbruch, was einsichtig ist, wenn darin die Vollendung der deutschen Nation gesehen wird. Zugleich weist er aber die Interpretation der «Wiedergeburt der Nation» als geschichtsrevisionistisch zurück. Die von ihm zitierten «gestopften Trompeten», die die Glorie 1989/1990 begleiteten, sind u. a. die mentalen Restbestände der «German Angst», gemischt mit einer postmodernen Skepsis gegenüber dem Nationalstaat.

Die Eckdaten 1945, 1968 und 1989 und die drei durch sie geprägten Generationen sind der Rahmen, mit dessen Hilfe die drei Quantensprünge der deutschen Nachkriegsgeschichte nachvollzogen werden. Auf sie wird im Folgenden näher einzugehen sein.

In seiner Grundanlage folgt das Buch der bereits in den 1990er Jahren entwickelten These der Westernisierung Nachkriegsdeutschlands, des durch die USA angeregten und beeinflussten Wegs Deutschlands in die westlich-transatlantische staatliche und gesellschaftliche Werte- und Ordnungsgemeinschaft. Damit teilte Westdeutschland nicht nur die liberale demokratische Ausrichtung, sondern war auch durch einen stringenten Antikommunismus als Abgrenzungsmuster figuriert und phasenweise homogenisiert worden.

Zugleich durchlief die frühe Bundesrepublik einen Akkulturationsprozess an westliche und besonders amerikanische kulturelle Muster. Dennoch – und hier folgt Wolfrum Doering-Manteuffel<sup>1</sup> – hieß, trotz aller oberflächlichen Amerikanisierung, Kontinuität in der Ära Adenauer: die Werte der seit der Jahrhundertwende ausgebildeten bürgerlichen Kultur für den westdeutschen Teilstaat zu reklamieren. Bürgerlichkeit war für die beiden ersten Jahrzehnte die bestimmende Lebensführung.

Die Erzählung der 1950er Jahre wurde vom konservativen politischen Lager dominiert. Und die Symbolgestalt des «Alten», zusammen mit einem immer wieder zitierten repressiven Familienrecht, vollendet das Bild einer Epoche der kulturellen und politischen Stagnation. Seit Mitte der 1990er Jahre differenziert sich dieses Bild aus. Arbeiten, die sich mit der Modernisierungsgeschichte der 1950er Jahre beschäftigen, verweisen auf die neuen Konsum- und Kommunikationsmuster, indem sie die enge Verbindung von mentalem Aufbruch, sozial- und wirtschaftspolitischer Sanierung und politischen Integrationsprozessen herstellen. Nimmt man Nivellierungstendenzen und Aufstiegschancen als Maßstab, was Wolfrum tut, so ist die Demokratisierungsbilanz der 1950er Jahre besser als ihr Ruf. Auch wenn Schelskys Diktum einer nivellierten Mittelstandsgesellschaft mittlerweile empirisch überholt ist, so ist die Diagnose einer Verbürgerlichung der gesamten Gesellschaft, die schließlich sozialstaatlich flankiert wurde, nach wie vor gültig. Durch die Veränderung der Arbeitsbedingungen der Arbeiterschaft wurde verhindert, dass eine ausgeprägte, abgeschottete Klassengesellschaft wie vor 1933 entstand. Zum Gesamtbild einer restaurativen Epoche haben nicht zuletzt familienpolitische Vorstellungen beigetragen. Doch gerade die Geschlechtergeschichte des vorangegangenen Jahrzehnts ist ein Beweis für den Legendengehalt der 1950er Jahre als restaurativer Phase, waren doch Alleinernährermodell und wirtschaftliche Entwicklung mit ihrem Arbeitskräftebedarf Gegensätze. Gegensätze, die Frauenverbände, Gewerkschaften und Parteien zu komplizierten Aushandlungsprozessen nötigten, wie Christina von Oertzens Studie<sup>2</sup> über die Teilzeitarbeit anschaulich vorführt.

Das Konsumverhalten hatte besonders die Jugendkultur verändert. Es nahm allerdings systemübergreifend durchaus vergleichbare Formen an, ein Faktor, der die starre Gegensätzlichkeit der Systeme modifiziert.<sup>3</sup> Leider übersieht Wolfrum solche Aspekte in seiner Erfolgsgeschichte des Westens.

Und welche politischen Muster erzeugte das Kräfteparallelogramm des Kalten Krieges?

War der Kalte Krieg nicht eher eine geschützte Zone, die bei den Konservativen, bei allen Abgrenzungsgesten gegenüber dem Kommunismus, den von Wolfrum angeführten antitotalitären Konsensliberalismus ermöglichte? Zugleich reihten sich die linksliberalen Politiker und Intellektuellen in die kulturelle Front des Westens ein. Modernisierungsanforderungen konnten so in Ruhe angegangen werden. Es war diese Konsensdemokratie, die die späteren Eruptionen mit verursachte. Zwar ging es formal um die Abgrenzung gegenüber dem Osten, aber unterschwellig weiterhin um eine Legitimation nach dem Nationalsozialismus und um die Neurosen einer vom Krieg traumatisierten Gesellschaft. Diese Grundempfindungen waren in der Tat allen politischen Lagern eigen. Der These der Linken, mehr Kontinuität als Bruch mit dem Nationalsozialismus in der westdeutschen Nachkriegsentwicklung zu sehen (und gegen die Wolfrum seine Grundthese von der geglätteten Demokratie auch heute noch glaubt verteidigen zu müssen), lag eine interne west-

deutsche Auseinandersetzung zugrunde, die von der Abgrenzung Ost gegen West lebte. Es war die komplizierte Gemengelage der aus Verdrängung, Opferdiskursen, Amnestierungen und öffentlichen Skandalen sich manifestierenden Gesamtdisposition der westdeutschen Gesellschaft, die diesem Argument eine gewisse Glaubwürdigkeit verlieh. Nach 1989 hatte es folgerichtig ausgedient. Nun stand die Neuerfindung der Nation an.

Eine erste öffentliche Aufarbeitungswelle fand Ende der 1950er und Anfang der 1960er Jahre statt. Es begann sich das herauszubilden, was die Erinnerungspolitik und den öffentlichen Umgang mit der deutschen Schuld in den kommenden Jahrzehnten bestimmen sollte: das öffentliche und dann auch das bis in die private Sphäre hineinreichende Bekenntnis zu den deutschen Verbrechen des 2. Weltkriegs. Wolfrum beschreibt diese Konstituierung der Bundesrepublik als eine Phase, in der die Nachkriegsdemokratie zu sich selbst fand, in dem parlamentarisch-demokratische Spielregeln gelernt und angewandt wurden. Den Zeitgenossen war die Fragilität der eigenen Positionen, das Vertrauen in die Belastbarkeit der Demokratie noch keineswegs selbstverständlich.

Historisch-politisches Bewusstsein und politische Mentalitäten speisen sich aus den unterschiedlichsten Quellen und haben lange Konstitutionsphasen. Die Perspektive, dass die 1950er Jahre zuvörderst mental als eine Nachkriegsepoche zu interpretieren sind, stellt Sicherheitsdenken, Konservatismus und rigide Geschlechterbilder und -rollen in einen Zusammenhang, der öffentliche Politik, individuelle Erfahrung und gesellschaftliches Verhalten plausibel miteinander in Beziehung setzt. Die Verarbeitung von Kriegs- und Vertreibungstraumata, die moralische und politische Niederlage, dazu das wachsende öffentliche Bewusstsein von der Verantwortung für das, was ein Jahrzehnt später als Holocaust in das Weltgedächtnis eingehen wird, waren die verborgene mentale Landkarte dieses Jahrzehnts.

Die Akteure dieser Generation werden als die 45er beschrieben. Wolfrum zitiert sie im Anschluss an Schelsky als die skeptische Generation, deren Pragmatismus auch das Ergebnis ihrer Kindheit und Jugend war: kriegsgeschädigt, ohne die eigentlich Verantwortlichen zu sein, aus einer Jugend im Nationalsozialismus hervorgegangen und daher jeglichem ideologischem Pathos abhold, pragmatisch durch die Mangelwirtschaft der 1940er Jahre, waren sie die Aufbaugeneration, die Verdrängung und Bearbeitung der Vergangenheit im Gleichgewicht zu halten versuchte, im Westen wie im Osten.

Ihr Einfluss auf die konstituierende Phase der Bundesrepublik wird überlagert durch die Chiffre «1968». Wolfrum bietet zwei Interpretationen an, einmal eine Monumentalisierung, deren Kernargument eine zweite Gründung der bundesrepublikanischen Demokratie bedeutete, ihre eigentliche Liberalisierung und in deren Folge einen gesellschaftlichen Paradigmenwechsel hin zu einer offenen Gesellschaft. Dieses Narrative, zumeist von den Zeitgenossen als Heroisierung der eigenen Vergangenheit bis heute weitererzählt, vernachlässigt die Komplexität, mit der die deutsche Gesellschaft sich aus dem Schatten der Nazi-Zeit löste. Der Mythos funktionierte nur aufgrund der These, dass erst die 68er über einen Generationenbruch mit den Nazivätern die Vergangenheit bewältigt hätten. Die Gegenerzählung dazu ist der antiquarische Zugriff, nach dem die Stabilisierungskräfte der Adenauerperiode ernsthaft gefährdet wurden. Politischer Illusionismus, kommunistische Unterwanderung und Gewaltbereitschaft seien die Mixtur einer Revolte, die einerseits in unverant-

wortlichen Reformexperimenten und andererseits in Terrorismus endete. Beide Erzählungen bestehen in Variationen bis heute.

Die Frage bleibt, wie die Phänomene, die in Deutschland die 68er begleiteten und zu denen heute als absurd empfundene Welterklärungsmodelle gehören, einzuordnen sind. Welche generationellen psychodynamischen Prozesse, welche Mechanismen der Abgrenzungen von und der Identifikationen mit der Tätergeneration des Zweiten Weltkriegs lagen ihnen zugrunde? War diese Derealisation, wie Christian Schneider sie nennt, auch der Zweiten Generation ein Gestus der Abgrenzung von der Nazigeneration und zugleich das Erbe der mentalen und emotionalen Empathieverweigerung der Tätergeneration, der Mitscherlichs These von der Unfähigkeit zu trauern so populär Ausdruck verlieh? Die Suche nach Ersatzvätern, die man in den Begründern der Kritischen Theorie fand, lieferte die Begründungen für die gesellschaftspolitischen Analysen und Reformansätze. Die Verpflichtung, die Erinnerung an den Holocaust angemessen zu bewahren, prägt nicht nur die Erinnerungslandschaft bis heute, sie war auch Antrieb des Protestes in den 1960er Jahren.<sup>4</sup>

Auch in anderer Richtung bedarf die Wolfrumsche Darstellung einer Ergänzung. Die Reduktion der marxistischen Welterklärungsmodelle auf ihre Realitätsferne verkennt die kulturelle Durchdringung neomarxistischer Deutungsansätze, die für große Bereiche besonders der Geisteswissenschaften einen Erneuerungsprozess auslösten. Diese Aneignung eines neuen Theorieinstrumentariums bedeutet in der Rückschau, den Modernisierungstendenzen eine innere Logik, eine neue Plausibilität zu verschaffen. Besonders neomarxistische Theorien holten das Gesellschaftliche in die Geisteswissenschaften hinein und politisierten sie. Paradoxerweise war es offensichtlich die Dauer und die Statik des Kalten Krieges, die den Freiraum dafür schuf.

Auch ein anderes Element, das der derzeitige Historisierungsprozess erst allmählich konturiert – allen voran die Arbeit von Wolfgang Kraushaar<sup>5</sup> – ist die nationale Prägung einiger Teile der Studentenbewegung, von denen das spätere Abrutschen einiger prominenter Vertreter wie Bernd Rabehl und Horst Mahler in den Rechtsradikalismus eine ungeahnte Zuspitzung ist. Rudi Dutschke war durch seine Herkunft in der DDR gegenüber stalinistischen Anwendungen aufmerksam, propagierte Konvergenztheorien und Vorstellungen von einem «Dritten Weg», die die Friedensbewegung der 1980er Jahre und besonders den Protest gegen die Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenraketen belebten. Hier verbanden sich konservative Elemente nationalistischer Vergangenheitsschwärmerei mit den nationalromantischen Widerstandsfantasien der Friedensbewegung, die auch zum Gründungsimpuls der Grünen gehören.

Neben den von Wolfrum annotierten institutionellen Reformen waren die sozialen Bewegungen ein sichtbares Ergebnis des gesellschaftlichen Wandels, der die folgenden Jahrzehnte wesentlich prägte. Deren Verstetigung, das kritische Potential verschiedener gesellschaftlicher Gegenentwürfe und eine neue Diskussionskultur beendeten schließlich die Dominanz des bürgerlichen Ordnungssystems und stürzten den politischen Konservatismus in eine tiefe Krise.

Wolfrum beschreibt den tiefen Einschnitt, den die erste nicht von der CDU geführte Koalition auch im Bereich der politischen Kultur bedeutete. Die erste von der SPD geführte Koalition brachte den Gegenentwurf eines sozialliberalen Geschichtsbildes voran, wofür Gustav Heinemann steht, der Bürgerrechte und die

Ausweitung von Partizipationschancen betonte und die Tradition von 1848 als emanzipatorischen und demokratischen Geist nochmals bekräftigte. Dennoch konnte der Rückgriff auf diese Vorbilder im Westen die Sinnkrise des Nationalen nicht lösen, demgegenüber verfolgte die DDR eine immer deutlichere, auch symbolisch aufgeladene Nationalpolitik.

Erst mit der Ära Kohl wurde versucht, den Sinnzusammenhang, die Stabilitätsvorstellungen und den nationalen Konsens in der Erinnerung an die Adenauerzeit wiederherzustellen. Wolfrum sieht diesen Kampf um die Deutungshoheit, dass die deutsche Nachkriegsdemokratie gelungen sei, bis heute fortgesetzt.

Sichtbarer Ausdruck des Wandels war die Gründung der Grünen, die den wirtschaftlichen und sozialen Krisenerscheinungen der 1970er Jahre manifesten Ausdruck verliehen. Doch nicht nur Wachstumskepsis, auch ein anderer Parteienbegriff fand hier seinen Ausdruck. Die Strömungen, die sich hier zusammenfanden, waren divergenter als es sich auf den ersten Blick für die Zeitgenossen darstellte. Wolfrum beschreibt die Position der Grünen als deutlich sichtbaren Keil zwischen den Altparteien, analog der Sitzordnung im Bundestag. Ihr Erscheinungsbild war auf Provokation statt auf Aushandeln ausgelegt, und sie trugen Formen des sozialen Protests ins Parlament hinein. Das Diktum von Antje Vollmer, die Grünen seien die Resozialisierung der 68er, galt für einen Teil, den antipolitischen Impuls.<sup>6</sup> Dieser Teil zeichnete sich nicht nur durch ein besonderes Erscheinungsbild aus, sondern stand auch für den tiefer liegenden Gegensatz zwischen Zivilgesellschaft und Politik. Dieser Impuls aus den Sozialen Bewegungen, für den der Parlamentarismus zum Teil nur eine Bühne öffentlicher Aufmerksamkeit war, war im Grunde mit den Linken, dem anderen Teil, die strukturell und ideologisch an ihr Ende gekommen waren, die aber die Machtfrage nicht vergessen hatten, unvereinbar. Dieser Gegensatz wurde von der Gründungseuphorie nur kurze Zeit überdeckt. Für eine kurze Zeit waren die Grünen nicht nur politisch eine Provokation für das System Kohl (und für den Helmut-Schmidt-Flügel der SPD mindestens genauso), sie brachten auch einen anderen Lebensstil ins Parlament. Sie repräsentierten kein soziales Milieu im traditionellen Sinne, sondern stellten vielmehr die Milieubindung der Altparteien, wie sie bis dahin bestanden hatte, in Frage, indem sie versuchten, die moralischen Impulse ihres Engagements, das keine Klassen und damit keine Partikularinteressen kannte, unmittelbar in Politik umzusetzen.

Im Jahr 1990, als die ostdeutschen Dissidenten zu ihnen stießen, deren moralische Haltung einige der Grünen zuvor öffentlich unterstützt hatten, war die Antipartei zu einem Bestandteil der westdeutschen Parteienlandschaft geworden. Das bedeutete Institutionalisierung und machtstrategisches Verhalten und für das Ereignis 1989/1990 die Einstimmung in den Vereinigungskonsens. Es schien für das nächste Jahrzehnt, in dem die nationale Frage nochmals in zugespitzten Kontroversen aufs Tapet kommen sollte, fast so, als seien die Grünen das typischste Produkt Westdeutschlands, verkörperten sie nicht auch die Generation, die in der Politik nun dran war.

Das «freundliche Licht eines welthistorischen Sieges»<sup>7</sup>, dem Wolfrum wenig Schatten entgegen zu halten hat, ließ die vorangegangenen Gegensätze der Vergangenheitsdeutung obsolet erscheinen. Das stellte sich bald als Irrtum heraus. Welche neuen machtpolitischen Herausforderungen sich mit dem vereinigten Deutschland am Horizont zeigen sollten, verdeutlichte zum ersten Mal der Kosovo-Krieg. Die



Debatte um die Beteiligung am militärischen Eingreifen auf dem Balkan war die erste Manifestation eines Epocheneinschnitts. Fischer provozierte mit seinem Verweis auf die Verpflichtung, wegen Auschwitz müsse Deutschland sich militärisch engagieren, den reflexhaften Gegenstandpunkt, gerade wegen Auschwitz dürfe das vereinigte Deutschland seine Truppen nicht wieder ins Ausland schicken. Diese Neuauflage der deutschen Verantwortungsrhetorik ist nicht so neu, wie Wolfrum annimmt, sie war der Unterstrom aller Kontroversen seit 1945.

Und die DDR? Für Wolfrum ist sie die Negativfolie der Bundesrepublik, durch ihren Untergang nochmals bestätigt. Konvergenzen, mentalitätsgeschichtliche Vergleichbarkeiten hat die Forschung bisher nur in Ansätzen zu bieten. Kann man angesichts des gerade aufgebrochenen Streits um Erinnerung und Repräsentation schon davon ausgehen, die Integration der Ostdeutschen sei in ähnlicher Weise geglückt wie die großer Teile der Bevölkerung in Ost und West nach 1945?

Edgar Wolfrum ist die erste monumentale Darstellung der Bundesrepublik gelungen. Wer sich umfassend über die Geschichte unserer Republik informieren will, kommt um dieses Meisterwerk nicht herum. Angereichert ist es nicht nur mit einem dreißigseitigen Literaturanhang, sondern auch mit 70 Seiten Tabellen und Zeittafel. Es ist außerdem sehr gut lesbar und anschaulich geschrieben.

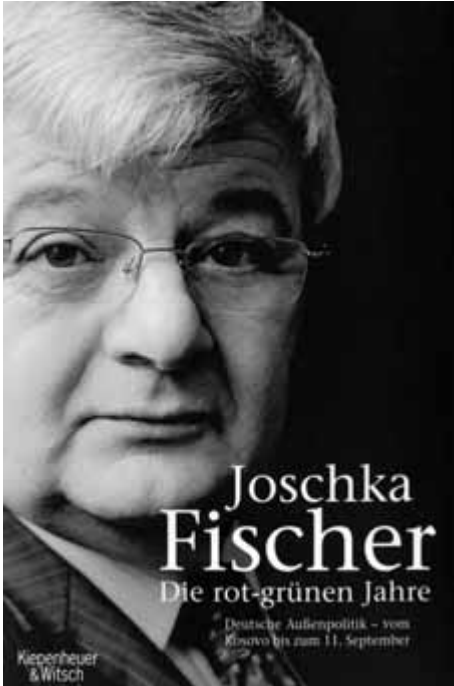
Edgar Wolfrum: *Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart*, Stuttgart 2006.

## Fußnoten

- 1 Anselm Doering-Manteuffel, *Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert*, Göttingen 1999.
- 2 Christina von Oertzen, *Teilzeitarbeit und die Lust am Zuverdienen. Geschlechterpolitik und gesellschaftlicher Wandel in Westdeutschland 1948–1969*, Göttingen 1999.
- 3 Ute Poiger G., *Jazz, Rock and Rebels. Cold War Politics and American Culture in a Divided Germany*, Berkeley 2000.
- 4 Christian Schneider, *Der Holocaust als Generationenobjekt. Generationengeschichtliche Anmerkungen zu einer deutschen Identitätsproblematik*, in: *Mittelweg* 4 (Aug./Sept. 2004), S. 56–73.
- 5 Wolfgang Kraushaar, *1968 als Mythos, Chiffre und Zäsur*, Hamburg 2000.
- 6 Ruth A. Bevan, *The Dilemma of Power in Petra Kelly's Antipolitics*, in: *Anti-Party Discourses in Germany. Three Essays*. IHS Reihe Politikwissenschaft No 22, März 1995, S. 35–47 (ich verdanke diesen Hinweis meinen Kollegen Christoph Becker-Schaum und Robert Camp).
- 7 Klaus Naumann (Hrsg.), *Nachkrieg in Deutschland*. Einleitung, S. 9–26, Hamburg 2001; ders., *Institutionalisierte Ambivalenz. Deutsche Erinnerungspolitik und Gedenkkultur nach 1945*, in: *Mittelweg* 36 Nr.6 (April/Mai 2004) S. 64–75.



## **6 Neuerscheinungen**



## Fischer-Memoiren, Außenpolitik, Europa und die Grünen

Der erste Band von Joschka Fischers Erinnerungen an die Zeit als Außenminister beginnt mit dem Wahlkampf 1998 und reicht bis zum 11. September 2001. Im Nebenberuf war er noch «heimlicher Parteivorsitzender», was bei den Personalentscheidungen, die Fraktion und Partei zu Beginn der Koalition zu fällen hatten, besonders hervortritt. Er hat sich durchgesetzt, als er Ludger Volmer als Staatsminister ins AA holte, anstelle von Helmut Lippelt, um die «Regierungslinken» einzubinden, und bei der Wahl von Rezzo Schlauch als Ko-Sprecher der Fraktion, anstelle von Werner Schulz, eine Entscheidung, bei der es ihm um sein persönliches Vertrauen in die Zusammenarbeit ging, die aber vielleicht noch mehr Vertrauen zerstört hat (S. 68).

Bevor es soweit war, mussten der Wahlkampf gewonnen und die Koalition mit der SPD geschmiedet werden. Fischer berichtet von einem ersten öffentlichen Streitgespräch mit Schröder im Februar 1997, anderthalb Jahre vor der Wahl, und zitiert Schröders Worte: «In einer rot-grünen Konstellation muss klar sein: Der Größere ist Koch, der Kleinere ist Kellner» (S. 45). Ein Schlag, der bei Fischer gesessen hatte. Auf keinen Fall sollten die Grünen bloße Mehrheitsbeschaffer für die SPD sein.

Der Kosovo-Krieg, zu dem zentrale Entscheidungen bereits in der Übergangsphase zwischen abgewählter und neuer Bundesregierung gefallen sind, ist das herausragende Ereignis zu Beginn von Fischers Amtszeit, bevor der 11. September, der Afghanistan-Krieg und der Irak-Krieg noch hinzukamen. Die neue Realität des Krieges erreichte ihn in den drei Worten, mit denen er seine amerikanische Amtskollegin Albright zitiert: «... or we bomb» (S. 126). Fischer war geschockt, aber er war kein Pazifist, er war durchaus dafür, Milošević mit militärischen Mitteln zu zwingen, die Politik der «ethnischen Säuberung» im Kosovo zu beenden. Menschlich, politisch und militärisch war der Kosovo-Krieg ein Desaster. Dass der Krieg beendet wurde, lag nicht zuletzt an Fischers beharrlichem Bemühen, Russland in der Anti-Milošević-Koalition zu halten und so den größtmöglichen diplomatischen Druck auf Milošević auszuüben.

Das zweite Zentrum von Fischer Erinnerungen kreist um seine europapolitische Grundsatzrede «Vom Staatenverbund zur Föderation» in der Humboldt-Universität vom 12. Mai 2001, deren zentrale Passagen wiederabgedruckt sind (S. 304-310). Der Kontext macht die Herausforderung deutlich. Angesichts der damals anstehenden, unabweisbaren Osterweiterung der EU und des offensichtlichen Reformstaus hinsichtlich des EU-Regelwerks, das, für das Europa der 6 entwickelt, dringend einer Anpassung an das Europa der 25 bedurfte (beides zusammen auf die Begriffe «Erwei-

terung» und «Vertiefung» gebracht), behaupteten die Europäer unter den Europapolitikern, dass die Vertiefung der Erweiterung vorausgehen müsse, wenn die erweiterte EU handlungsfähig sein sollte. Tatsächlich hatte der Kopenhagener Gipfel die Erweiterung aber lediglich daran geknüpft, ob die künftigen Mitglieder bestimmte Kriterien erfüllten. Ob die EU ihrerseits aufnahmefähig sei, diese Frage war ausgelassen und dadurch die Reihenfolge von «Erweiterung» und «Vertiefung» umgedreht worden. Nun stand die Überwindung der dadurch bedingten Blockade an, sie würde beim nächsten Gipfel in Nizza auf der Tagesordnung stehen. Bei einem Scheitern von Nizza drohte der Rückfall der EU in einen Staatenbund mit Freihandelszone. Das ist das Thema, das Fischer anpackt: In welches Verhältnis müssen Staatenbund und Föderalität gebracht werden, wenn die Europäische Einigung funktionieren soll. Um es anpacken zu können, verlässt er den Verhandlungstisch, das Klein-Klein sozusagen, und tritt ans Podium des Hörsaals, um Perspektiven zu entwickeln und eine Vision von Europa zu vermitteln. Dieses Heraustreten aus dem europäischen Alltag macht die Bedeutung der Rede aus.

Der Gipfel von Nizza ist gescheitert. Der Europäische Verfassungsvertrag, der durch Fischers Rede wesentlich mit angestoßen worden war, ist in zwei Referenden ebenfalls gescheitert und aktuell zum Mini-Vertrag von Lissabon geschrumpft. Diese vertrackte Realität wird Fischers Rede in der Humboldt-Universität noch eine lange Aktualität bescheren.

Die gern gestellte Frage nach der Einordnung von Fischers Außenpolitik als grüne oder deutsche Außenpolitik führt auf ein schwieriges Feld. Offensichtlich befand sich nicht nur die deutsche Außenpolitik in einem Umbruch, davon zeugen die in der öffentlichen Debatte regelmäßig wiederkehrenden Begriffe von Kontinuität oder Wandel oder Transformation der Außenpolitik wie auch der schlechte, weil Entschuldigung heischende Begriff der Normalisierung der deutschen Außenpolitik. Davon zeugen auch eine größere Zahl neuer Handbücher, Lehrbücher und akademischer Überblicksdarstellungen, die den aktuellen Zwischenstand der deutschen Außenpolitik vermessen. Jede Beurteilung von Fischers Außenpolitik muss berücksichtigen, wie sehr das Koordinatensystem selbst in Bewegung geraten ist. Auch die traditionelle Frage nach dem Verhältnis von Außenpolitik und Innenpolitik muss im Zeitalter der Globalisierung, d.h. angesichts der Europäisierung der Außenpolitik, neu formuliert werden und hätte zu berücksichtigen, in welchem Maße sich die innenpolitischen Restriktionen der Außenpolitik ihrerseits europäisiert haben.

Jedenfalls kann man sich Fischers Außenpolitik auch auf dem Weg über die angesprochenen Handbücher, Lehrbücher und akademischen Überblicksdarstellungen nähern. Das Spektrum der hier vertretenen Meinungen ist weit und kann angesichts des schieren Umfangs der Literatur nur angedeutet werden. Auf der einen Seite des Spektrums stellt Gunther Hellmann unter der Überschrift «Erosion des Fundaments Bonner Außenpolitik» fest, dass eine Politik, die in den letzten Jahren «zunehmend einen hervorgehobenen Rang in der europäischen Machthierarchie» eingeklagt habe, sich vom Grundrezept des Bonner Erfolgs – die Aufrechterhaltung engster Beziehungen einerseits zu den USA und der NATO, andererseits zu Frankreich und der Europäischen Union – entfernt habe. Die Meilensteine des hier geschilderten Irrwegs sind die Aushebelung des Stabilitäts- und Wachstumspakts, dass sich Deutschland «an die Speerspitze des Widerstands gegen den Irak-Krieg» gesetzt und

durch «die ‚Achsenbildung‘ mit Frankreich und Russland» die NATO gespalten und geschwächt habe (S. 226-227).

Wenn man dagegen wie Helmut Huber in seinem im «Studienkurs Politikwissenschaft» erschienenen Lehrbuch *Weltpolitische Konflikte* nach Theorieansätzen, Konflikttypen und den Akteuren der Konfliktbewältigung fragt, entgeht man der Gefahr, im Neuen gleich eine Abweichung vom Bewährten zu erkennen. Huber geht von den Konflikten aus und unterscheidet zwischen solchen, die aus den Zeiten des Ost-West-Konflikts herrühren und in die Gegenwart reichen wie der Nahost-Konflikt, und den neuen Konflikttypen, u.a. postsozialistische Konflikte, humanitäre Katastrophen und transnationaler Terrorismus. In seiner Sicht des Irak-Kriegs und der europäischen Sicherheitspolitik setzten sich die USA und Großbritannien «über die Vorbehalte der anderen Sicherheitsrats-Mitglieder» hinweg und stürzten «die EU in ihre bislang schwerste sicherheitspolitische Zerreißprobe» (S. 216).

Nicht unterschlagen möchte ich den von Thomas Jäger, Alexander Höse und Kai Oppermann herausgegebenen Sammelband *Deutsche Außenpolitik*, ohne dass auf die 32 Beiträge im Einzelnen eingegangen werden könnte. Wegen der zentralen Bedeutung des Kosovo-Krieges in Fischers rot-grünen Jahren erwähne ich nur den Beitrag von Rainer Baumann «Multilateralismus: Die Wandlung eines vermeintlichen Kontinuitätselements der deutschen Außenpolitik» (S. 442-461). Während die fortdauernde Einbindung der deutschen Außenpolitik in multilaterale Organisationen verbreitet als Beleg außenpolitischer Kontinuität gilt, macht Baumann auf einen Bedeutungswandel von Multilateralität aufmerksam, der schon unter Kinkel und Rühe eingesetzt habe. Während der rot-grünen Koalition wird Multilateralität verstärkt durch Rückbezug auf «Interessen» und «Verantwortung» definiert und zur schrittweisen Ausdehnung des Kampfeinsatzes der Bundeswehr instrumental eingesetzt. Unter der Oberfläche außenpolitischer Kontinuität erkennt Baumann «signifikante Veränderungen».

*Die sieben Todsünden der EU* ist das Buch von Michael Reimon und Helmut Weixler betitelt. Es hat mir gefallen, weil es flott geschrieben und trotzdem informativ ist, vor allem aber, weil es sich kritisch mit der EU und der Liberalisierung des Binnenmarktes – mit allem, was dazugehört – auseinandersetzt, ohne dabei in einen antieuropäischen Ton zu verfallen. Mit der modisch gewordenen antieuropäischen Attitüde eines sogenannten Antiliberalismus hat es nichts zu tun. Denen, die hier die kritische Auseinandersetzung suchen, ist es herzlich empfohlen.

Zuletzt sei auf das Sonderheft des *European Journal of Political Research* (EJPR) vom Jahr 2006 hingewiesen. Das Thema ist *Die Grünen an der Macht*. Die fünf Beiträge stellen sich vor allem die Frage, was die Regierungsbeteiligung in Finnland, Italien, Frankreich, Deutschland und Belgien den Grünen Parteien gebracht hat. Sie stellen ein Forschungsdesign zur Verfügung, weshalb das Heft Studierenden, die künftig (vergleichende) Untersuchungen über rot-grüne Koalitionserfahrungen anstellen wollen, ein Muss ist, ohne dass man allen Urteilen im Einzelnen zustimmen wird. Um ein Beispiel zu bringen: Wenn Elizabeth Bomberg und Neil Carter in ihrem Beitrag «The Greens in Brussels: Shaping or shaped?» (S. 99-125) die Konsensorientierung des Brüsseler Verhandlungsstils als Vehikel zu einer Deradikalisierung – d.h. Schwächung – grüner Policy-Positionen betrachten, steckt in diesem Verdikt die falsche Voraussetzung, dass man als Grüne in Brüssel aus einer Mehrheitsposition in Verhandlungen zu Kompromissen gezwungen sein könnte, statt als Minderheit etwas



einbringen zu können. Diese Art, halbvollte Gläser als halbleere anzusehen, ist ein Kategorienfehler.

Joschka Fischer, *Die rot-grünen Jahre: Deutsche Außenpolitik – vom Kosovo bis zum 11. September*, Köln 2007.

Gunther Hellmann, *Deutsche Außenpolitik: eine Einführung* (unter Mitarbeit von Rainer Baumann und Wolfgang Wagner), Wiesbaden 2005.

Helmut Hubel, *Weltpolitische Konflikte: eine Einführung*, Baden-Baden 2005.

Thomas Jäger; Alexander Höse; Kai Oppermann (Hrsg.), *Deutsche Außenpolitik: Sicherheit, Wohlfahrt, Institutionen und Normen*, Wiesbaden 2007.

Michael Reimon; Helmut Weixler, *Die sieben Todsünden der EU: vom Ausverkauf einer großen Idee* (mit einem Vorwort von Daniel Cohn-Bendit), Wien 2006.

*European Journal of Political Research* 45 (2006), Special Issue, *The Greens in Power*.



## Umweltgeschichte und -politik

Der Historiker David Blackbourn schildert in *Die Eroberung der Natur. Eine Geschichte der deutschen Landschaft* eine Reihe tiefgreifender Veränderungen in der natürlichen Umwelt der letzten 250 Jahre und setzt sie in Beziehung zur Entstehung des neuzeitlichen Deutschland. Landschaften sind weder natürlich noch unschuldig. Sie sind menschliche Konstruktionen. Wie und warum sie konstruiert wurden und welche Folgen dies hatte, ist Thema des Buches. Am Beispiel großer Wasserbauprojekte veranschaulicht Blackbourn, wie diese Eingriffe mit dem Absolutismus des 18. Jahrhunderts, mit Revolution und Nationalismus im 19. Jahrhundert, mit Nationalsozialismus, Kommunismus, Demokratie und den Kriegen des 20. Jahrhunderts zusammenhängen. So erfahren wir

z.B. etwas über die Trockenlegung des Oderbruchs und die Eroberung der «Wildnis» durch Kolonisten, die Beweggründe für die Bändigung des «wilden» Rheins, über den Zusammenhang von Rassenpolitik und Bodengewinnung, das Wirtschaftswunder und den Aufstieg der Ökologie. Dieses Buch macht Widersprüche auf Deutschlands Weg in die Moderne deutlich. Es erzählt neben der Geschichte der Zustimmung zu diesen Modernisierungen auch die Geschichte der Gewalt, die die nachteiligen Auswirkungen der «hydrologischen Revolution in Deutschland» nicht auspart.

Die Anthologie *Ökologische Wunsch- und Warnschriften seit dem späten 18. Jahrhundert* stellt deutschsprachige Kurztexte ökologisch sensibilisierter Schrift-

steller(innen) aus der Zeit von 1770 bis 2001 vor. Sie dokumentiert sowohl zeitlich wie politisch die Vielfaltigkeit der Auseinandersetzung. Die Herausgeber beziehen erfreulicherweise deutlich Stellung, indem sie ihre Auswahl auf Texte konzentrieren, die kritisch Position beziehen und gleichzeitig politische Perspektiven entwickeln. Abgerundet wird diese Sammlung bewusst mit Texten, die Positionen gegen eine neoliberale globalisierte Wirtschaft thematisieren: für eine Globalisierung von unten und eine regional begründete ökologische Nachhaltigkeit.

Sascha Müller-Kraenners Buch *Energiesicherheit. Die neue Vermessung der Welt* gestattet keinen Blick zurück, sondern konfrontiert uns mit den harten Fakten der Realpolitik, dem globalen Verteilungskampf um fossile Energie. Sollte dieser nicht verantwortlich gestaltet werden, wird er noch stärker als bisher schon Umwelt zerstören, Kriege auslösen, Armut verstärken, Demokratie und Menschenrechte verletzen. Auswege aus diesem Teufelskreis können nur in einer gemeinsamen internationalen Energiepolitik liegen, die alternative Energien fördert und Auseinandersetzungen um Ressourcen kooperativ und friedlich regelt. Konflikte sollten dabei auf der Grundlage völkerrechtlicher Verträge und mit Hilfe von Institutionen, etwa einer Weltumweltorganisation und einer Agentur zur Förderung erneuerbarer Energien, ausgetragen werden. Ein rigoroses Buch, das kein Zurücklehnen und Abwarten gestattet, sondern zur Gestaltung von Energiepolitik zwingt.

Ebenso nüchtern und mit einer ebenso dringenden Aufforderung beschreiben die Autorinnen und Autoren von *Kyoto Plus. So gelingt die Klimawende* ihren Vorschlag für einen erfolgversprechenden Ausweg aus der Klimakatastrophe. Es reicht nicht, wie mit dem Kyoto-Protokoll geschehen, einen globalen Vertrag zu haben, der kompliziert ist, von vielen unterzeichnenden Staaten nicht politisch aktiv mitgetragen wird und die Interessenlage des größten Teils der Menschheit nicht schlüssig berücksichtigt. Für viel erfolgversprechender halten die Autorinnen und Autoren dagegen ihr Kyoto-Plus-Konzept, das sich dem Konzept der öko-sozialen Marktwirtschaft auf globaler Ebene verpflichtet fühlt. Mit diesem Konzept sollen öko-soziale Rahmenbedingungen für die Weltwirtschaft bei gleichzeitiger Nutzung marktwirtschaftlicher Anreize durchgesetzt werden.

Aus Anlass der deutschen G8-Präsidentschaft möchte die Heinrich-Böll-Stiftung die Basis für die Bildung einer internationalen zivilgesellschaftlichen Allianz schaffen. Sie beabsichtigt Positionen zum verantwortungsvollen Umgang mit natürlichen Ressourcen zu stärken sowie diese in den G8-Prozess einzubringen. Das Memorandum *Haben und Nichthaben. Verantwortungsvolle Ressourcenpolitik im 21. Jahrhundert* ist eine Aufforderung zum politischen Handeln. Es richtet sich sowohl an zivilgesellschaftliche Akteure aus traditionell Rohstoff importierenden Ländern wie auch an diejenigen aus rohstoffreichen und Schwellenländern. Das Memorandum versteht sich als dringende Aufforderung, politisch aktiv zu werden, um Korruption und Misswirtschaft, mangelnde Transparenz, unzureichende Umwelt- und Sozialstandards und ganz besonders die Ressourcen vernichtende industrielle Holzgewinnung zu stoppen.

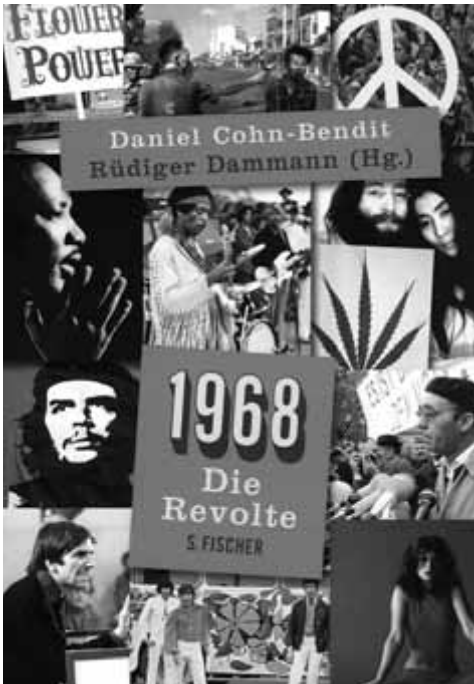
David Blackburn, *Die Eroberung der Natur: Eine Geschichte der deutschen Landschaft*, München 2007.

Jost Hermand, Peter Morris-Keitel (Hrsg.), *Noch ist Deutschland nicht verloren: Ökologische Wunsch- und Warnschriften seit dem späten 18. Jahrhundert*, Berlin 2006.

Sascha Müller-Kraenner, *Energiesicherheit: Die neue Vermessung der Welt*, München 2007.

Lutz Wicke, Peter Spiegel, Inga Wicke-Thüs, *Kyoto Plus: So gelingt die Klimawende. Nachhaltige Energieversorgung plus globale Gerechtigkeit*, München 2006.

Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.), *Haben und Nichthaben: Verantwortungsvolle Ressourcenpolitik im 21. Jahrhundert*, ein Memorandum der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin 2007 (nur noch als Download unter [www.boell.de](http://www.boell.de) zu finden).



## Soziale Bewegungen

Einen Blick zurück in die bewegten 68er Jahre legen Daniel Cohn-Bendit und Rüdiger Dammann mit ihrem Buch *1968. Die Revolte* vor. Die beiden Herausgeber haben Autorinnen und Autoren gewinnen können, die aktiv an den damals angestoßenen Neudefinitionen von Erziehung, Bildung, vom Verhältnis der Bürgerinnen und Bürger zum Staat, vom Verhältnis zwischen Sicherheit und Freiheit, von politischer Partizipation, Sexualität und dem Verhältnis zwischen den Geschlechtern beteiligt waren. Die Publikation ist für ein breites, politisch interessiertes Publikum geschrieben. Sie wagt ab und zu einen humorvollen Blick auf die Zeit und ihre Repräsentant(innen). Attraktiv wird die Arbeit auch besonders da, wo bisher wenig erforschte und publi-

zistisch vermarktete Kapitel der Revolte aufgeschlagen werden: die Schülerbewegung und die Beziehung zwischen RAF und ehemaliger DDR.

Wolfgang Sternsteins Lebensgeschichte *Mein Weg zwischen Gewalt und Gewaltfreiheit* macht auf eine sehr persönliche Weise die Entwicklung der Umwelt- und Friedensbewegung deutlich. Anhand seiner wichtigsten Lebensstationen werden die theoretischen Auseinandersetzungen und Abgrenzungen zwischen dem Politikverständnis und den Themen eines bedeutenden Teils der Neuen Sozialen Bewegungen und den Parteien in der Bundesrepublik Deutschland verdeutlicht. Die authentischen und informativen Berichte und Analysen zu den wichtigsten und bekanntesten Aktionen der Umwelt- und Friedensbewegung, von Wyhl über Brokdorf bis zu den Pflugschar-Aktionen, machen diese Autobiographie zu einem bedeutenden Zeitzeugenbericht über die Anti-Atom- und Friedensbewegung. Die Autobiographie vermittelt Einblick in eine Persönlichkeit, die politische Überzeugung und Lebenspraxis zu verbinden suchte. Die Schilderung der privaten Lebensumstände verdeutlicht, welche Konsequenzen dies hatte: Strafverfolgungen, unsichere finanzielle Verhältnisse und hohe Belastungen für die Familie.

Mit *In Bewegung bleiben. 100 Jahre Politik, Kultur und Geschichte von Lesben* ist den Herausgeberinnen das Kunststück gelungen, in fast 100 sehr unterschiedlichen Beiträgen die vielfältige deutsche Lesbengeschichte des 20. Jahrhunderts zu schreiben.

Dieses Lesebuch wendet sich mit inhaltlicher wie stilistischer Vielfalt an ein breites Publikum. Es bietet neben Überblicksartikeln zu jüngsten theoretischen Diskussionen, wie z. B. dem Verhältnis zwischen Feminismus, Queer Theory und Queer Politics, auch Einblicke in kulturelle Lebenszenen. Neben Literatur, Film, Theater und Musik werden Feste und Kneipen vorgestellt. Es hat die DDR sowie die BRD der 1970er und 1980er Jahre im Blick und diskutiert die neuen Perspektiven in den neuen Staatsgrenzen. Die reichhaltige Illustrierung des Buches lädt überdies dazu ein, sich die Lesbengeschichte in Bildern anzusehen. Ein umfangreicher Literaturanhang leistet gute Dienste bei weiterführenden Studien zur Lesbengeschichte und -bewegung.

Opposition und Widerstand sind zentrale Themen der zeithistorischen Forschung. Die Robert-Havemann-Gesellschaft nähert sich diesem Thema in ihrem Handbuch *Für ein freies Land mit freien Menschen. Opposition und Widerstand in Biographien und Fotos* aus zwei Perspektiven: über exemplarisch ausgewählte Biografien, die thematisch geordnet und mit einem einführenden wissenschaftlichen Kapitel versehen sind, und über rare Bildquellen zu widerständigen Aktivitäten, deren Präsentation der Publikation einen ganz besonderen Reiz gibt. Fotos, die Akteurinnen und Akteure sowie ihre Aktivitäten zeigen, geben im Zusammenspiel mit den Biografien Einblicke in individuelle und gesellschaftliche Entwicklungen. So wird anschaulich, dass Opposition und Widerstand in der DDR weder einheitliche Inhalte noch Formen hatte, sondern viele unterschiedliche Standpunkte, Forderungen und Anschauungen zu finden waren.

Daniel Cohn-Bendit, Rüdiger Dammann (Hrsg.), *1968: Die Revolte*, Frankfurt a. M. 2007.

Wolfgang Sternstein, *Mein Weg zwischen Gewalt und Gewaltfreiheit: Autobiografie*, Norderstedt 2005.

Gabriele Dennert, Christiane Leidinger, Franziska Rachut (Hrsg.), *In Bewegung bleiben: 100 Jahre Politik, Kultur und Geschichte von Lesben*, Berlin 2007.

Ilko-Sascha Kowalczyk, Tom Sello (Hrsg.), *Für ein freies Land mit freien Menschen: Opposition und Widerstand in Biographien und Fotos*, Berlin 2006.

Annotiert von Anne Vechtel und Christoph Becker-Schaum



- 1. Beiträge zur Zeitgeschichte** **Ruth A. Bevan:** Petra Kelly: Die *andere* Grüne **Andrea Humphreys:** «Ein atomares Auschwitz»: Die Lehren der Geschichte und der Streit um die Nachrüstung **2. Das historische Dokument** Auf der Suche nach neuen Formen politischer Vertretung: Roland Vogt, Grundsatzreferat zum Kongress «Bürgerinitiativen vor Wahlen – Möglichkeiten und Alternativen», veranstaltet vom Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) am 8./9. April 1978 in Kassel, Kommentiert von **Christoph Becker-Schaum** **3. Bestände im Archiv Grünes Gedächtnis** **Robert Camp:** Das Petra-Kelly-Archiv **Anne Vechtel:** Die Plakatsammlung **4. Archivprojekte** **Tina Krone:** Der Nachlass von Wolfgang Ullmann im Archiv der DDR-Opposition **Michael Koltan:** Radio Verte Fessenheim **Anne Vechtel:** Bewegungsarchive im elektronischen Zeitalter **5. Rezension** **Marianne Zepp:** Edgar Wolfrum: Die glückliche Demokratie **6. Neuerscheinungen** Annotiert von **Christoph Becker-Schaum** und **Anne Vechtel**